



92. Sitzung

Mittwoch, 27. August 2014

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin Abwicklung der Tagesordnung	6873	Dora Heyenn DIE LINKE Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin Lars Holster SPD Dietrich Wersich CDU	6877, 6884 6879 6881 6882
Ausscheiden einer Abgeordneten (Anja Domres SPD)		Fraktion DIE LINKE:	
Nachrücken eines Abgeordneten (Jenspeter Rosenfeldt SPD)	6873	Yeziden, Christen und Kurden brauchen Hilfe – auch Ham- burg kann und muss handeln!	
Aktuelle Stunde	6873	Cansu Özdemir DIE LINKE Kazim Abaci SPD David Erkalp CDU Antje Möller GRÜNE Martina Kaesbach FDP Michael Neumann, Senator Christiane Schneider DIE LINKE	6885 6886 6886 6888 6888 6889 6890
FDP-Fraktion: Hamburgs Hochschulen erhal- ten die BAföG-Millionen nicht: Der SPD-Senat ruiniert den Hochschulstandort und schad- et damit Hamburgs Zukunft mit		SPD-Fraktion: Von Grund auf: SPD investiert in die Bildung (Fortführung am 28.08.2014)	
CDU-Fraktion: Zweckentfremdung der BAföG- Mittel durch die SPD schadet Hamburgs Wissenschaft		GRÜNE Fraktion: Heiße Luft statt konkrete Pläne: Horch und Blankau ohne Plan gegen dreckige Luft (Fortführung am 28.08.2014)	
Dr. Wieland Schinnenburg FDP Philipp-Sebastian Kühn SPD Thilo Kleibauer CDU Dr. Eva Gümbel GRÜNE	6873, 6880 6874 6875 6876, 6883		

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
– Drs 20/12463 –

6892

Ergebnis

6900

Bericht des Verkehrsausschusses zum Thema:

Verkehrsleit- und Informationskonzept (VLIK) für den Ausbau der A 7 (Selbstbefassungsan gelegenheit gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürger schaft (GO))
– Drs 20/12389 –

6892

Dr. Wieland Schinnenburg FDP
Martina Koeppen SPD
Klaus-Peter Hesse CDU
Dr. Till Steffen GRÜNE
Heike Sudmann DIE LINKE

6892

6894

6895

6898

6899

Gesetz zur Änderung des Ham burgischen Krankenhausge setzes (HmbKHG) und des Hamburgischen Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Stelle zur Durchführung des Kostenausgleichs in der Aus bildung in Berufen der Alten pflege und der Gesundheits und Pflegeassistenz
– Drs 20/12600 –

6906

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Novellierung des Hamburgi schen Krankenhausgesetzes
– Drs 20/12787 –

6906

Dr. Martin Schäfer SPD

6906

Birgit Stöver CDU

6907

Heidrun Schmitt GRÜNE

6908

Dr. Wieland Schinnenburg FDP

6908

Kersten Artus DIE LINKE

6910

Cornelia Prüfer-Storcks, Senato rin

6911

Beschluss

6913

Kenntnisnahme

6900

Große Anfrage der CDU-Fraktion:

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Umweltgerechtigkeit: Strategi en und Maßnahmen zur Minde rung ungleich verteilter Um weltbelastungen in Hamburg!
– Drs 20/12687 –

6900

Dora Heyenn DIE LINKE

6900, 6905

Dr. Monika Schaal SPD

6902

Birgit Stöver CDU

6903

Martin Bill GRÜNE

6904

Dr. Kurt Duwe FDP

6905

Wie viel Platz bleibt Hamburgs Schülerinnen und Schülern?

– Drs 20/12459 –

6913

Karin Prien CDU

6913, 6920

Lars Holster SPD

6914

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE

6915, 6918

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP

6916

Dora Heyenn DIE LINKE

6916

Ties Rabe, Senator

6917

Robert Heinemann CDU

6919

Dr. Walter Scheuerl fraktionslos

6920

Beschluss

6906

Beschluss

6921

Senatsantrag:

Senatsmitteilung:

<p>Hamburger Strategie für freiwilliges Engagement (Engagementstrategie 2020) und Stellungnahme zu den Ersuchen der Bürgerschaft "Hamburg 2020: Eine Freiwilligenstrategie für Hamburg" (Drucksache 20/5856 vom 29. November 2012) "Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter – Gründung von Seniorengenossenschaften in Hamburg fördern" (Drucksache 20/9880, Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 20/8471 vom 27. November 2013) – Drs 20/12430 –</p> <p>Doris Müller SPD Dr. Friederike Föcking CDU Katharina Fegebank GRÜNE Martina Kaesbach FDP Cansu Özdemir DIE LINKE Detlef Scheele, Senator</p>	<p>Beschlüsse</p> <p>6921</p> <p>6921 6922 6923 6924 6925 6926</p>	<p>6932</p>
<p>Beschluss</p>	<p>6927</p>	
<p>Große Anfrage der SPD-Fraktion:</p> <p>Innovationshauptstadt für Europa – frische Ideen für den Standort Hamburg – Drs 20/11896 –</p>	<p>6927</p>	
<p>Beschluss</p>	<p>6928</p>	
<p>Antrag der CDU-Fraktion:</p> <p>Fahre nie schneller, als dein Schutzengel fliegen kann – Drs 20/12585 –</p>	<p>6928</p>	
<p>Beschluss</p>	<p>6928</p>	
<p>Antrag der GRÜNEN Fraktion:</p> <p>Inklusion im Rahmen der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen – Drs 20/12635 –</p> <p>Dr. Stefanie von Berg GRÜNE Ulrike Hanneken-Deckert SPD Karin Prien CDU Finn-Ole Ritter FDP Dora Heyenn DIE LINKE</p>	<p>6928</p> <p>6928, 6931 6929 6930 6930 6931</p>	

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie alle nach der Sommerpause ganz herzlich begrüßen. Die Sitzung ist eröffnet.

Zunächst habe ich Ihnen eine Personalie mitzuteilen. Mit Schreiben vom 31. Juli 2014 hatte mir die ehemalige Abgeordnete Anja Domres mitgeteilt, dass sie ihr Bürgerschaftsmandat mit Ablauf desselben Tages niederlege. Frau Domres war seit März 2008 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und wirkte in verschiedenen Ausschüssen mit. Zuletzt hatte Sie das Amt der Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses inne. Im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft danke ich Frau Domres für die geleistete Arbeit und wünsche ihr alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach Mitteilung des Landeswahlamts ist mit Wirkung vom 4. August 2014 auf der Wahlkreisliste 8 der SPD-Fraktion im Bezirk Hamburg-Nord Herr Jenspeter Rosenfeldt nachgerückt. Lieber Herr Rosenfeldt, ich begrüße Sie ganz herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude bei der neuen Aufgabe, die Ihnen ja noch ein bisschen bekannt sein dürfte. Herzlich willkommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dann kommen wir zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der FDP-Fraktion

Hamburgs Hochschulen erhalten die BAföG-Millionen nicht: Der SPD-Senat ruiniert den Hochschulstandort und schadet damit Hamburgs Zukunft

von der Fraktion DIE LINKE

Yeziden, Christen und Kurden brauchen Hilfe – auch Hamburg kann und muss handeln!

von der SPD-Fraktion

Von Grund auf: SPD investiert in die Bildung

von der CDU-Fraktion

Zweckentfremdung der BAföG-Mittel durch die SPD schadet Hamburgs Wissenschaft

und von der GRÜNEN Fraktion

Heiße Luft statt konkrete Pläne: Horch und Blankau ohne Plan gegen dreckige Luft

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und vierte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Hierzu rufe ich nun auf, und das Wort be-

kommt zunächst Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir werden seit einigen Tagen Zeugen eines Skandals.

(Zurufe von der SPD: Oh! – *Christiane Schneider* DIE LINKE: Nicht erst seit einigen Tagen, dauernd!)

Dieser Skandal hat einige bemerkenswerte Zutaten: Da gab es eine große Show, es gab Missbrauch und es gab einen völlig fehlgeschlagenen Ablenkungsversuch. Vor allem geht es um eine Senatorin, die sich Zweite Bürgermeisterin nennt, in Wirklichkeit aber offenbar keinerlei Einfluss auf die Politik des Senats und ihrer Partei hat. Das ist das Problem unserer Tage.

(Beifall bei der FDP)

Wir erinnern uns: Seit dreieinhalb Jahren spart dieser Senat die Hamburger Hochschulen kaputt. Es gibt nur 0,88 Prozent mehr pro Jahr. Das ist eine reale Kürzung. Senatorin Stapelfeldt wollte uns immer weismachen, dass sich das in der Praxis nicht auswirke. Ihr eigener Haushaltsplan, der gerade auf den Tisch gekommen ist, beweist das Gegenteil. Die Universität Hamburg hatte im Jahre 2012 9753 Studienanfänger. Im nächsten Jahr werden es 500 weniger sein, nur noch 9240 – und das in Zeiten eines großen Bedürfnisses an akademischer Bildung. Dann gab es einen Aufschrei der Herren Dohnanyi, Peiner und Maier, unter anderem eben ein SPD-Bürgermeister, der "In Sorge um Hamburg" ist. Meine Damen und Herren, die Lage der Hamburger Hochschulen könnte nicht schlimmer sein als sie ist.

(Beifall bei der FDP)

In dieser Lage gibt es jetzt einen Hoffnungsschimmer: Die Bundesregierung ist bereit, die BAföG-Zahlungen vollständig zu übernehmen. Das frei werdende Geld, in Hamburg sind es 29 Millionen Euro, wäre dann frei für die Hamburger Hochschulen. Und nun kommen die Zutaten: erst die große Show. Unser Bürgermeister stellt sich am 27. Mai vor die Presse und sagt: Wir haben vereinbart – er meint natürlich, ich habe es durchgesetzt –, dass die Hamburger Hochschulen mehr Geld bekommen.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Ja, kriegen sie auch!)

Dann kam die Sache mit dem Missbrauch. Die Bundesregierung, die auch von der SPD gestellt wird, verfasste einen Entwurf zum 25. BAföG-Änderungsgesetz, in dem wörtlich steht, die Übernahme der BAföG-Kosten erfolge – Zitat –:

(Dr. Wieland Schinnenburg)

"Um den Ländern zusätzlichen Spielraum für die Bildungsfinanzierung, insbesondere für Hochschulen, zu eröffnen."

– Zitatende.

Das ist die Vorgabe. Kein Cent davon ist bei den Hamburger Hochschulen angekommen. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der FDP)

Nun kommt das Ablenkungsmanöver. Senatssprecher Holstein sagte ernsthaft, man habe aber auch 300 Millionen Euro für den Campus Bundesstraße ausgegeben. Herr Holstein, Sie hätten besser geschwiegen. Erstens sind es nicht 300 Millionen Euro, sondern nur 190 Millionen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und was ist mit Bahrenfeld? 238 Millionen Euro, das wird nicht mitgezählt!)

Vor allem aber wird unheimlich viel Geld aus dem Wissenschaftsbereich verschwendet. Es werden nämlich 35 Euro pro Quadratmeter berechnet, eine völlig überhöhte Miete. Das Geld wird aus dem Wissenschaftsbereich abgezogen und woanders hingeschoben. Das war ein Ablenkungsmanöver, das überhaupt nicht funktioniert hat.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu Senatorin Stapelfeldt. Jeder Wissenschaftssenator mittlerer Art und Güte hätte diese beiden Vorlagen – Dohnanyi und die 29 Millionen Euro – genutzt. Stattdessen macht sie gar nichts, es ist noch schlimmer. Es geht nicht nur um die Hamburger Hochschulen, sondern auch um Hamburgs Zukunft. Im 21. Jahrhundert ist der wichtigste Rohstoff das Wissen, und Hamburg wird im internationalen Wettbewerb nur bestehen, wenn wir einen guten Hochschulstandort haben. Diese Senatorin tut alles, um das zu verhindern. Frau Senatorin, warum tun Sie das eigentlich uns allen, den Hochschulen und sich selbst noch an? Wer als Wissenschaftssenatorin nicht einmal dafür sorgt, dass das Geld, das in Berlin an die Hamburger Hochschulen abgeschickt wird, auch an den Hamburger Hochschulen ankommt, wer nicht einmal das schafft, der ist in diesem Amt offensichtlich überfordert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben Gott sei Dank in Berlin nichts mehr damit zu tun!)

Meine Damen und Herren! Die 29 Millionen Euro gehören den Hamburger Hochschulen und niemandem sonst. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Eva Gümbe*l und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Herr Kühn von der SPD-Fraktion.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn der Debatte feststellen, dass wohl kein Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland die Ausgaben für die Bildung in den vergangenen Jahren so massiv gesteigert hat wie die Freie und Hansestadt Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Punkt gehört an den Anfang dieser Debatte. Ergänzen will ich das damit, dass derzeit kein Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland so viel Geld in den naturwissenschaftlichen Bereich investiert wie Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schinnenburg hat eben schon darauf hingewiesen: Wir hatten in der vergangenen Woche eine Sitzung des Wissenschaftsausschusses. In dieser Sitzung haben wir unter anderem die Drucksache zum Neubau des Geomatikums beschlossen und den Bau eines weiteren Forschungsgebäudes auf dem Science Campus in Bahrenfeld. Wir haben damit quasi eine Strategie, die schon die CDU entwickelt hat – das muss man dazu sagen –,

(Dietrich Wersich CDU: Sie sind ja großzügig! Das sind Sie selten!)

sehr konsequent weiter verfolgt. Das haben wir nie zur Disposition gestellt, Herr Wersich, und das sollten auch Sie einmal anerkennen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in der vergangenen Woche Neubauten am Campus Bundesstraße und am Science Campus in Bahrenfeld für ungefähr 230 Millionen Euro beschlossen. Diese Bauvorhaben werden im Mieter-Vermieter-Modell umgesetzt. Damit werden erhebliche Mietlasten auf die Stadt zukommen, die, das können Sie den Drucksachen entnehmen, den Hochschulen in ihren Haushalten zur Verfügung gestellt werden. Natürlich werden die 30 Millionen Euro BAföG-Mittel, die jetzt frei werden, es uns ermöglichen, diese Mietzahlungen auch im Haushalt der Stadt abzubilden, und zwar dauerhaft.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in der vergangenen Woche die Grundsteinlegung für das CSSB erlebt, ein weiterer wichtiger Baustein für den Science Campus in Bahrenfeld. Auch die Ansiedlung des neuen Max-Planck-Instituts und einer Fraunhofer-Einrichtung sind Beispiele für die Strategie des Senats. All das zeigt, dass die Themen Ihrer Anmeldung zur Aktuellen Stunde vollkommen ins Leere laufen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich dieser Diskussion stellen will, dann muss man auch einmal in andere Bundesländer schauen. Welche Diskussionen finden in anderen Bundesländern statt, meine sehr verehrten Damen

(Philipp-Sebastian Kühn)

und Herren? In anderen Bundesländern wird darüber diskutiert, Studiengänge abzuwickeln, ganze Fachbereiche oder ganze Hochschulen zusammenzulegen. Schauen Sie ins Saarland, schauen Sie nach Sachsen, schauen Sie nach Mecklenburg-Vorpommern. Mecklenburg-Vorpommern mit seinen historischen Universitäten in Greifswald und Rostock stand vor der Entscheidung, an welchem der beiden Standorte künftig die Juristenausbildung stattfinden solle. In Mecklenburg-Vorpommern findet die Juristenausbildung nicht mehr an beiden traditionsreichen Hochschulen statt. Das sind Diskussionen, die wir in Hamburg überhaupt nicht führen.

(Jens Kerstan GRÜNE: Noch nicht! Das dauert nicht mehr lange!)

Das zeigt, dass wir den Hochschulen auch mit den Hochschulvereinbarungen eine solide Planungsbasis im Hinblick auf die Finanzierung liefern und wir in dieser Stadt ein Stöhnen auf hohem Niveau erleben.

(Beifall bei der SPD)

Als Letztes gestatten Sie mir noch einmal, einen Punkt anzusprechen, der immer etwas vergessen wird, nämlich die Abschaffung der Studiengebühren, eine der wichtigsten sozialen Leistungen, die wir im Hochschulbereich erbracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden ständig über steigende Mietkosten in dieser Stadt. Wir haben die Abschaffung der Studiengebühren für die Haushalte der Hochschulen voll kompensiert.

(Zuruf von Finn-Ole Ritter FDP)

Das hat kaum ein anderes Bundesland geschafft. Insofern unterstreicht auch das noch einmal, dass Wissenschaft und Forschung für die SPD absolute Priorität haben und die Anmeldungen Ihrer Themen zur Aktuellen Stunde vollkommen ins Leere laufen. – Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor genau einer Woche hat die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zur BAföG-Neuregelung vorgelegt, und darin heißt es wörtlich – Herr Schinnenburg hat es zitiert, aber ich glaube, das muss man Ihnen zweimal sagen –: Ab 2015 übernimmt der Bund die BAföG-Leistungen allein, um den Ländern zusätzlichen Spielraum für die Bildungsfinanzierung, insbesondere für Hochschulen, zu eröffnen. Bei allen Spielräumen, die dies für die Länder zu Recht lässt, weichen Sie

eklatant von dieser Vereinbarung ab. Das ist wirklich eine Bankrotterklärung für die Wissenschaftspolitik dieses Senats, und das empfinden die Hochschulen zu Recht als Ohrfeige.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Es hilft nichts, Herr Kühn, hier einfach ein paar Themen wahllos aneinanderzureihen. Ihr Senat, unterstützt von der SPD-Fraktion, hat vor wenigen Wochen den Haushaltsplan-Entwurf für die Jahre 2015/2016 im Detail vorgelegt und damit die Hosen heruntergelassen. Ihr Haushaltsplan-Entwurf sieht zwar vor, dass erst einmal zusätzliche Einnahmen in das Ressort der Wissenschaftsbehörde fließen – genau die 31 Millionen Euro, die dadurch gewonnen werden, dass der Bund die BAföG-Leistungen vollständig übernimmt –, aber um genau den gleichen Betrag werden die Mittel, die aus Landesmitteln für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt werden, bei Ihnen abgesenkt. Deutlicher kann eine SPD-Fraktion doch nicht zum Ausdruck bringen, dass der Wissenschaftsstandort Hamburg für sie keine Priorität hat.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Das gleiche Bild wiederholt sich im Übrigen im Jahr 2016. Wir wissen schon etwas länger – es stand im Koalitionsvertrag der Bundesregierung –, dass der Bund die Länder ab 2016 zusätzlich bei der Finanzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen entlastet. Auch das nehmen Sie gerne entgegen, aber das Geld bleibt nicht in der Kasse des Wissenschaftsressorts, sondern wird gleich abgeliefert. Das ist doch ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei Finn-Ole Ritter FDP)

Man muss sich auch vor Augen führen, dass diese Senatorin die letzten drei Jahre immer wieder gesagt hat, sie würde gerne mehr machen, bräuchte dafür aber zusätzliche Bundesmittel. Sie hat um zusätzliche Bundesmittel gebettelt, und jetzt ist das Geld da und es bleibt nicht im Wissenschaftsressort, sondern wird durchgereicht. Das zeigt, wie schwach diese Senatorin auf dem Posten ist.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Aber das ist nicht nur eine Schwäche der Senatorin. Es kann nicht sein, dass die SPD, die in Hamburg allein regiert, und der Bürgermeister sich bei einem so zentralen Politikfeld hinter einer Senatorin zu verstecken versuchen. Das sollte Ihnen als Ausrede nicht genügen.

Erinnern wir uns an die Diskussion, die in den letzten Monaten in dieser Stadt über den Wissenschaftsstandort Hamburg geführt wurde – auch von Ihnen, Herr Kühn, gab es an dieser Stelle Bei-

(Thilo Kleibauer)

träge zu dem Papier der Herren von Dohnanyi, Peiner und Maier –, in der es darum ging, dass wir nur zukunftsfähig sind, wenn wir den Hochschulstandort stärken. Dass der Senat als Antwort auf so eine Diskussion sagt, die BAföG-Mittel, die andere Bundesländer durchaus in Wissenschaft investieren – Sie haben andere Bundesländer angesprochen, ich komme gleich auf ein, zwei Beispiele –, werde man in Hamburg dem Wissenschaftsressort vorenthalten, kann nicht sein. Das ist vernichtend. Das ist eine ganz schlechte Antwort auf die Diskussion, die wir in den letzten Wochen und insbesondere vor der Sommerpause geführt haben.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Wenn man sich andere Bundesländer anschaut, zum Beispiel Sachsen und Hessen, dann geht dort ein großer Teil der BAföG-Mittel in den Bereich Hochschulen. Das wird den Standort Hamburg nicht unbedingt voranbringen. Auch Baden-Württemberg, das im Moment unverdächtig ist, von der CDU regiert zu werden, hat zumindest gesagt, es werde in Bezug auf die Anregungen des Wissenschaftsrats zur Grundfinanzierung der Hochschulen versuchen, ein wenig aufzuholen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist denn mit den Mietmitteln für die Gebäude? 30 Millionen Euro!*)

Da hat das Land das eine oder andere gemacht. Insofern müssen wir aufpassen, dass Hamburg nicht weiter zurückfällt.

Ich finde es sehr interessant, dass Sie dann den Campus Bundesstraße anführen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Und Bahrenfeld!*)

– Für das Objekt Bahrenfeld, Herr Dressel, haben Sie eigenständig Bundesmittel eingeworben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Die Mietmittel! – Finn-Ole Ritter FDP: Ach, das ist ja interessant, Herr Dr. Dressel!*)

Sie haben Bundesmittel für ein wichtiges Objekt und sagen jetzt, dass Sie den Rest aus BAföG-Mitteln finanzieren wollen.

Man muss sich im Übrigen auch anschauen – ich weiß nicht, ob das schon alle wissen –, dass Ihre Senatorin im letzten Wissenschaftsausschuss den Zeitplan schlank um ein halbes Jahr nach hinten geschoben hat. Wenn der Zeitplan nun noch etwas ins Wanken gerät, dann müssen Sie sogar die anderen Bundesmittel in Teilen zurückzahlen. Dass Sie das mit den BAföG-Mitteln kompensieren können, weil Sie selber nichts auf der Zeitschiene abarbeiten, ist schlichtweg peinlich, Herr Dressel.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Der Campus Bundesstraße war schlecht geplant. Dass es bei Ihnen länger dauert und teurer wird, kann man nicht den Hochschulen anlasten. Die 0,88 Prozent, wir haben es oft genug gehört, führen zu einem Abbaukurs. Auch das ist in den Haushaltsplänen ersichtlich. Professorenstellen werden abgebaut, Studienplätze werden abgebaut. Diese Diskussion, Herr Kühn, haben wir in Hamburg durchaus auch, und sie wird sich zuspitzen angesichts der Rahmenbedingungen, die Sie bis 2020 festgelegt haben, und angesichts der Studienplätze, die Sie zum Beispiel im Bereich Betriebswirtschaft, im Bereich Medizin und auch im Bereich der naturwissenschaftlichen Fakultät abbauen wollen.

Meine Damen und Herren! Der Bund setzt klare Schwerpunkte. Der Bund stellt Mittel zur Verfügung. Lassen Sie uns dafür Sorge tragen, dass diese Mittel auch den Hamburger Hochschulen zugutekommen.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was für eine Fehlentscheidung. Es ist, Herr Kleibauer hat es eben angesprochen, geradezu paradox, vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir in dieser Stadt infolge des Papiers "In Sorge um Hamburg" von Dohnanyi, Maier und Peiner hatten, die frei werdenden BAföG-Mittel nicht in die Hochschulen fließen zu lassen. Der Hamburger Senat nimmt der Stadt Entwicklungsmöglichkeiten im Hochschulbereich, die andere ihr geben wollen. Wer sind denn diese anderen? Das ist Wissenschaftsministerin Wanka und das gesamte Kabinett der Großen Koalition auf Bundesebene – da sitzt die SPD, glaube ich, mit dabei. Ministerin Wanka hat nämlich zu Recht erkannt, dass sich die aufwachsenden Probleme an den Hochschulen, etwa das Missverhältnis zwischen Drittmittelfinanzierung und Grundfinanzierung, nur lösen lassen, wenn es zu einer Anhebung der Grundfinanzierung kommt. Genau dafür sollten diese BAföG-Mittel genutzt werden. Andere Länder – Hessen, Baden-Württemberg, Sachsen und das Saarland – tun das. Die Hamburger Hochschulen sind zu Recht davon ausgegangen, dass die zusätzlichen Mittel auch in Hamburg in die Hochschulen fließen werden. Mit der Vorlage des Haushaltsplan-Entwurfs in der letzten Woche wissen wir alle, dass das nicht der Fall ist. Kein einziger Euro fließt in die Hochschulen – was für eine Fehlentscheidung.

(Beifall bei den Grünen und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

(Dr. Eva Gümbel)

Stellvertretend für die Hamburger Hochschulen hat Präsident Lenzen das Verhalten des SPD-Senats so beschrieben – ich zitiere –:

"Die Entscheidung des Senats, die durch die Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund frei gewordenen Mittel nicht den Hochschulen zur Verfügung zu stellen, ist eine Ohrfeige für sämtliche Hochschulen in der Stadt, denn genau das wäre die Chance gewesen, die Unterfinanzierung der Hochschulen ein Stück weit auszugleichen."

Und weiter:

"Hier ist eine Entscheidung gegen den Wissenschaftsstandort getroffen worden. Das Geld wird schlicht zur Sanierung des Haushalts verwendet."

Diese Ohrfeige reiht sich nahtlos in eine Kette von Fehlentscheidungen ein, die die SPD in den vergangenen Jahren getroffen hat, angefangen mit den Hochschulverträgen und der kümmerlichen Steigerung um 0,88 Prozent. Sie wissen, zu was das führt. Bis 2018, das ist aus dem Haushaltsplan-Entwurf ersichtlich, werden 700 grundfinanzierte Studienanfängerplätze abgebaut und 8 Prozent der Stellen des wissenschaftlichen Personals. Das bedeutet weniger Forschung, weniger Lehre an der Hamburger Universität. Die SPD hat die Wissenschaftsstiftung abgeschafft,

(Dirk Kienscherf SPD: Und die Stadiengebühren haben wir auch abgeschafft!)

und sie hat darüber hinaus auch die Mittel der Landesforschungsförderung deutlich abgesenkt. Das bedeutet noch einmal weniger Forschung aus Hamburg.

Als Botschafter dieser wirklich wissenschaftsfeindlichen Politik trat der Finanzsenator in Erscheinung. Er hat im vergangenen Jahr massiv und erfolgreich interveniert, als der Wissenschaftsrat, immerhin eine Einrichtung der Länder und des Bundes, die Ausgaben für Bildung und Forschung von 10 auf 11,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anheben wollte. Das wurde gestrichen – Herrn Tschentscher ist es geschuldet.

Auch bei dem Strategiepapier, zu dem die Hochschulen heute eine gesalzene Stellungnahme abgegeben haben, wurde die Kooperationsbereitschaft des Senats deutlich. Das Papier ist in keiner Weise mit den Hochschulen gemeinsam erarbeitet worden, es ist nicht einmal mit ihnen abgestimmt worden.

All diesen Beispielen ist eines gemeinsam: Die Geringschätzung dieses SPD-Senats für die Wissenschaft und damit für die Zukunft unserer Stadt. Da fragt man sich doch, was eigentlich die Wissenschaftssenatorin in einer solchen Situation macht. Tritt sie auf als streitbare Kämpferin für die Hochschulen, erhebt sie laut und vernehmlich das

Wort? Nein, das tut sie nicht. Sie taucht ab und nimmt es klaglos hin, dass die Hochschulen sparen müssen. Sie nimmt es klaglos hin, dass die Lösung, die der Bund für die Probleme auch in Hamburg angeboten hat, nicht greift. Sie nimmt hin, dass all das Geld nicht an die Hochschulen weitergeleitet wird, sondern in den Hamburger Haushalt fließt. Das ist wirklich eine Bankrotterklärung der Wissenschaftspolitik in dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Deshalb fordern wir GRÜNE den Senat auf: Frau Stapelfeldt, Herr Bürgermeister, revidieren Sie diese Entscheidung. Sie ist falsch und sie führt die Stadt in die ganz falsche Richtung.

(Glocke)

Nutzen Sie die BAföG-Millionen, um den Hochschulen Entwicklungsperspektiven zu bieten, und kehren Sie ab von der Kürzungspolitik in diesem wichtigen Zukunftsfeld der Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Von der Fraktion DIE LINKE bekommt jetzt Frau Heyenn das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Juni haben wir schon einmal über die Folgen der BAföG-Reform diskutiert. Finanzsenator Tschentscher erklärte in der Debatte, dass die BAföG-Millionen der Bildung zugutekämen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Tun sie auch, jeder Cent!)

Frau Gümbel hat sich voll hinter den Antrag der Grünen gestellt – ich zitiere aus dem Plenarprotokoll –, der lautete:

"Der Senat wird ersucht, die ab 2015 im Etat der Behörde für Wissenschaft und Forschung freiwerdenden Mittel für das BAföG in voller Höhe und ausschließlich für die Grundfinanzierung der Hochschulen (insbesondere zur Verhinderung von Studienplatzabbau) sowie zur Forschungsförderung zu verwenden."

Von Mietzahlungen war da überhaupt keine Rede.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Jetzt stellt sich heraus, dass die frei werdenden Mittel ausschließlich an die Schulen gehen sollen. Unsere Befürchtungen, die wir in der Debatte im Juni vorgetragen haben, sind leider eingetreten. Dieser Senat setzt die frei werdenden BAföG-Mittel nach Kassenlage ein.

Es ist richtig, dass im Schulsystem finanzielle Mittel fehlen, um die Inklusion so umzusetzen, dass

(Dora Heyenn)

sie auch funktioniert. Aber diese frei werdenden Mittel sollen ja nicht einmal für Inklusion eingesetzt werden. Davon habe ich nichts gehört, ich höre immer nur Bauten, Bauten, Bauten. Außerdem entfällt auf den Wissenschaftsbereich der größte Anteil der BAföG-Mittel.

Was Sie hier betreiben, ist Haushaltskonsolidierung durch die Hintertür. Anders als in den anderen Bundesländern war im Juni nicht klar, wohin der Senat die BAföG-Millionen fließen lassen wollte. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt. Wir verlangen nach wie vor, dass die frei werdenden BAföG-Mittel in den Bereich Bildung fließen, und zwar im Verhältnis 20:80 aus einem ganz einfachen Grund: Die BAföG-Mittel entfallen zu 20 Prozent auf Schüler-BAföG und zu 80 Prozent auf BAföG für Studierende. In diesem Umfang sollten die frei werdenden Mittel auch in die Schulen und in die Hochschulen einfließen, und zwar on top und nicht irgendwo anders wieder eingespart.

(Beifall bei der LINKEN)

So haben wir eine doppelte Kürzung im Wissenschaftshaushalt und das geht überhaupt nicht.

Als wir im Juni diesen Antrag gestellt haben, haben SPD und FDP dagegen gestimmt. Jetzt meldet die FDP zur Aktuellen Stunde die Zweckentfremdung der BAföG-Mittel an. Ich kann nur sagen, der 15. Februar naht. Das ist ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver und nichts anderes.

(Beifall bei der LINKEN)

Einmal abgesehen davon, dass die letzte Woche vom Bundeskabinett beschlossene BAföG-Erhöhung zu gering ist und deutlich zu spät kommt,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Klar, zu spät, zu wenig!)

kommen die jetzt frei werdenden Mittel aus dem Landeshaushalt nicht dort an, wo sie dringend gebraucht werden. Das Geld kommt aus dem Bildungsbereich und gehört dort auch wieder hin, und zwar im Verhältnis 20:80, wie ich bereits ausgeführt habe. Bei den Hochschulen muss ganz konkret in die Qualitätsverbesserung der Lehre investiert werden.

Und nun kommt Herr Kühn um die Ecke und erklärt, die SPD brauche diese BAföG-Mittel – die Schulbauten haben Sie nicht erwähnt –, um die Universitätsneubauten in der Grindelallee, den Campus für Naturwissenschaften und den Campus Bahrenfeld zu finanzieren. Ich habe im Wissenschaftsausschuss nachgefragt, weil wir diese ÖÖP-Modelle ausgesprochen kritisch sehen. Ich habe gefragt, was denn passiert, wenn die Mieten zum Beispiel in Bahrenfeld erheblich ansteigen und die Universität diese Mieten nicht mehr bezahlen kann oder nicht mehr bezahlen will. Die Antwort war nicht, das komme aus den BAföG-Mitteln, sondern die Antwort war, dann müsse man eben

– und das sei wohl ein Klacks – am Standort Bahrenfeld einfach die Drittmittel erhöhen und daraus könne man dann die Miete zahlen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Erst mal werden die Mittel angehoben, und das wird aus BAföG-Mitteln finanziert!)

Sie können es im Protokoll nachlesen, genauso ist es mir gesagt worden. Mehr Drittmittel bedeuten mehr Abhängigkeit von der Wirtschaft, und das geht gar nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Und zweitens, nachdem ich mehrere Male nachgebohrt habe, kam auch nicht, dass es aus BAföG-Mitteln kommen müsse, sondern es kam ganz klar, dann werde dieses neu erschaffene Forschungszentrum eben an jemand anderes vermietet. Da sind schon genug, da sind schon DESY und das Max-Planck-Institut, und das wäre dann eine weitere Privatisierung. Aber dass Sie jetzt anfangen, mit den Bauten zu argumentieren, würde im Umkehrschluss bedeuten, dass Sie den Campus Bahrenfeld nicht ausgebaut hätten, wenn der Bund nicht die BAföG-Mittel übernommen hätte. Das ist doch total absurd, was Sie da erzählen.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Es geht um die steigenden Mietmittel!)

Die Hamburger Hochschulen sehen sich zu Recht von diesem Senat getäuscht. Zu einer bisher konstanten Unterfinanzierung, wie es Professor Lenzen immer gesagt hat, kommt eine neue Unterfinanzierung hinzu. An der Universität Hamburg droht zum Beispiel eine Unterfinanzierung von mindestens 16 Prozent. Die Folge davon sind nicht besetzte Stellen, Massenvorlesungen und eine überbordende Zahl von Lehraufträgen, die auch noch schlecht bezahlt werden. Eine zunehmende prekäre Beschäftigung auch an den Hochschulen ist inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Holster hat in der Debatte im Juni gesagt – ich zitiere –:

"Den Antrag der Fraktion DIE LINKE sehe ich schon viel näher zu unserer Position. [...] Wissenschaft und Forschung. Nun will die Fraktion DIE LINKE das Fell des Bären schon jetzt verteilen, aber wir warten lieber in Ruhe ab; vielleicht stellen Sie den Antrag noch einmal nach den Haushaltsberatungen."

Wir werden den Antrag stellen, und wir werden nicht zulassen, dass Sie das Fell des Bären dahin verteilen, wo es nicht hingehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt das Wort.

Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute über die Verwendung von über 30 Millionen Euro, um die Hamburg vom Bund entlastet wird. Nicht von ungefähr ist der entsprechende Passus im Koalitionsvertrag des Bundes nicht im Bereich Wissenschaft verortet, denn es handelt sich zunächst einmal um eine finanzielle Entlastung der Länder um 6 Milliarden Euro bis 2017, damit sie ihre Aufgaben in Bildung und Wissenschaft ordentlich wahrnehmen können. Diese 6 Milliarden Euro werden selbstverständlich dazu genutzt, um Hochschulen, Schulen und Kitas zusätzlich zu stärken. Und wir wissen alle, dass diesen Passus des Koalitionsvertrags und vor allen Dingen auch die weitere konkrete Umsetzung dieses Auftrags aus der Koalitionsvereinbarung ganz wesentlich Bürgermeister Scholz ausverhandelt hat.

(Beifall bei der SPD)

Das ist mehrfach gut für Hamburg. Das ist gut für die Schulen, für die Wissenschaft und für die Kindertagesbetreuung. Hamburg hat dadurch Spielräume bekommen, um genau in diesen wichtigen Zukunftsfeldern zusätzliche Prioritäten zu setzen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass es nicht bei einer Entlastung in der bisherigen Höhe des Hamburger Anteils an den BAföG-Kosten bleiben wird. Vielmehr impliziert diese Vereinbarung, dass künftige BAföG-Erhöhlungen, wie sie zum Beispiel zum Wintersemester 2016/2017 geplant sind, ebenfalls nicht mehr durch die Länderhaushalte aufzubringen sind. Auch dies ist eine Entlastung der Länderhaushalte und insoweit ein sehr positiver Effekt für die zukünftigen Etats von Wissenschaft und Bildung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist gut, Herr Wersich, dass die Große Koalition in Berlin zu den prioritären Themen unserer Gesellschaft, wie Menschen an Bildung teilhaben können, Fortschritte erzielt hat. Studierende werden eine höhere BAföG-Förderung erhalten, die Länder haben mehr Luft für ihre Aufgaben in Bildung und Wissenschaft, und weitere Spielräume entstehen durch die geplante Änderung von Artikel 91b des Grundgesetzes. Zukünftig können Bund und Länder aufgrund von Vereinbarungen in Fällen überregionaler Bedeutung bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre zusammenwirken. Die Grundgesetzänderung ermöglicht es, die Hochschulen künftig durch Bundesmittel auch institutionell zu fördern, während dies derzeit nur über befristete Programme wie den Hochschulpakt oder die Exzellenzinitiative möglich ist, und auch dies ist ein guter und ein wichtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sieht vor, die durch die vollständige Übernahme der BAföG-Leistungen durch den Bund frei werdenden Mittel – ich zitiere –

"[...] zur Finanzierung von Bildungsausgaben im Bereich Hochschule und Schule [zu] verwenden."

Der Senat hat entschieden, genau dies so umzusetzen für Bildung und Wissenschaft in unserer Stadt für die kommenden Generationen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Prioritäten stehen. Unser Horizont geht über tagesaktuelle Debatten hinaus, was nicht bei allen Akteuren in diesem Zusammenhang der Fall ist

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, das kann man wohl sagen!)

– außerhalb des Parlaments.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Verantwortung für Bildung ist eine Zukunftsaufgabe, die Weitblick und Nachhaltigkeit braucht und nicht das schnelle reflexartige Heischen nach Schlagzeilen.

In den nächsten Jahren werden die frei werdenden Mittel nicht nur für die Erfordernisse der Bildung in den Schulen, sondern auch für die Finanzierung der dringend erforderlichen Verbesserungen der baulichen Infrastruktur an den Hochschulen verwendet. Sie wissen, dass wir den fahrlässig zugelassenen baulichen Stillstand an der Universität aufgelöst und den Neubau am Geomatikum für die Geowissenschaften und die Klimaforschung sowie den Forschungsbau für die Physik in Bahrenfeld, das CHYN, auf den Weg gebracht haben.

(Dietrich Wersich CDU: Seit der BAföG-Entscheidung! – Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

Das allein sind Investitionen von rund 240 Millionen Euro.

(Beifall bei der SPD)

Und wir übernehmen noch mehr Verantwortung für die Hochschulen und nicht nur für die außeruniversitäre Forschungsförderung wie zum Beispiel mit dem Max-Planck-Institut für Struktur und Dynamik der Materie oder dem CSSB: die Neubauten für das MIN-Forum und die Informatik an der Bundesstraße, die Modernisierung des Geomatikums und die des Philosophenturms oder auch die Verbesserung der räumlichen Situation an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften durch Anmietung, Neubauten oder Sanierung, um nur einige Beispiele zu nennen. Nach dem Beschluss über den Neu-

(Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

bau der Kinderklinik am UKE gibt es weitere notwendige Bauvorhaben, die wir finanzieren werden,

(Dr. Eva Gümberl GRÜNE: Sanierungsstau von 630 Millionen Euro sage ich nur!)

und mit einem großen Vorhaben beginnen wir im nächsten Doppelhaushalt.

Um die bauliche Infrastruktur unserer Hochschulen massiv voranzutreiben, werden uns die Entlastungen des Bundes helfen. Auch das ist ein positiver Effekt einer klugen Entscheidung der Großen Koalition in Berlin, lieber Herr Kollege Wersich.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Mitnahmeeffekte!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich kann man immer über Geld streiten,

(Dr. Eva Gümberl GRÜNE: Ja, tun Sie das mal! – Jens Kerstan GRÜNE: Das ist Ihr Job!)

und ich kann nachvollziehen, dass die Hochschulen es begrüßt hätten, wenn Teile der BAföG-Entlastungen den Budgets der Hochschulen jetzt unmittelbar zugutegekommen wären und nicht erst in den kommenden Jahren, zumal die Hochschulen bedeutende Bildungsaufgaben für unsere Gesellschaft zu leisten haben. Sie bilden mehr Studentinnen und Studenten denn je aus – eine große Aufgabe, zumal die Hochschulen anders als die Einrichtungen der außeruniversitären Forschung bundesweit nicht einen Pakt für Forschung und Innovation mit Steigerungen von 5 Prozent in den letzten Jahren hatten. Bundesweit, das ist schon angesprochen worden, konstatieren wir auch Schließungen von Hochschuleinrichtungen.

Aber wie ist nun die tatsächliche Lage in Hamburg? Das von einigen gezeichnete Bild der finanziellen Situation entspricht nicht der Realität.

(Dr. Eva Gümberl GRÜNE: Ach so!)

Die staatlichen Hamburger Hochschulen, das UKE und die Staats- und Universitätsbibliothek erhalten in diesem Jahr rund 700 Millionen Euro, davon auf der Grundlage der Hochschulvereinbarungen 636 Millionen Euro und circa 65,2 Millionen Euro aus dem Hochschulpakt zu den Hochschulvereinbarungen, die bis 2020 moderat steigen. Das ist nicht wenig Geld, und ich bin mir sicher, dass die Hamburger Hochschulen damit imstande sind, gute Lehre und gute Forschung zu betreiben.

(Beifall bei der SPD – Jens Kerstan GRÜNE: Noch nicht mal Tarifausgleich! Das können Sie echt nicht ernst meinen!)

Aus den Jahresabschlüssen, die Sie demnächst beraten werden, sehen wir zudem, dass die Hochschulen Überschüsse erwirtschaften. Ihre ohnehin bereits hohen liquiden Mittel wachsen seit Jahren

an. Am Ende des ersten Halbjahres 2014 waren das ohne Drittmittel rund 296 Millionen Euro.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich müssen die Hochschulen Prioritäten setzen und verantwortungsvoll wirtschaften. Genau dies geschieht bereits, wie die hohen Rücklagen der Hochschulen belegen. Ich bin froh, dass die Hochschulen diese Herausforderung angenommen haben, und ich bin auch zuversichtlich trotz der einen oder anderen Äußerung, dass das auch zukünftig so sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten bei der Diskussion nicht vergessen, dass wir seit Jahrzehnten um die Metropolfunktion auch im Bereich der Hochschulen wissen. Hamburg erbringt in diesem Bereich außerordentliche Leistungen für Deutschland. Das spiegelt sich aktuell auch im sogenannten Länderfinanzbenchmarking von PricewaterhouseCoopers wider. Dort wird noch einmal explizit festgestellt – was wir aber wirklich schon seit Jahrzehnten wissen –, dass Hamburg von allen Ländern im Verhältnis zur Einwohnerzahl die höchsten Ausgaben für seine Hochschulen tätigt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das sollte die Opposition mal nachlesen, diese Passage da!)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! So wichtig die Finanzierung von Aufgaben ist: Priorität muss es zunächst sein, die Inhalte zu klären, also wie und in welche Richtung die Hochschulen sich in den kommenden Jahren entwickeln sollen. Diesen Dialog führen wir für gute Hochschulen,

(Dr. Eva Gümberl GRÜNE: Für wen jetzt genau? Die Hochschulen wissen davon nichts!)

gute Lehre und gute Forschung und für exzellente Wissenschaft als belastbare Grundlage für die positive Entwicklung unserer Freien und Hansestadt Hamburg. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat noch einmal Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sagen Sie einmal, Frau Senatorin Stapelfeldt, mögen Sie eigentlich den Bürgermeister nicht? Nach Ihrer Rede habe ich ein bisschen den Eindruck. Sie haben nun alle Leute mit der Nase darauf gestoßen, dass der Bürgermeister im Bund eine an sich gute Regelung mit ausgehandelt hat und diese hier nicht umgesetzt wird. Mit anderen Worten: Der Bürgermeister setzt die von ihm selbst herbeigeführte Re-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

gelung nicht um. Das haben Sie eben – wahrscheinlich unabsichtlich, aber vielleicht auch bewusst – deutlich gemacht. Dann sind nicht nur Sie schuld, Frau Stapelfeldt, sondern ebenso der Bürgermeister. Darauf hätten Sie vielleicht im Interesse Ihrer Partei nicht hinweisen sollen. Sie haben es getan, vielen Dank für den Hinweis.

(Beifall bei der FDP)

Ansonsten ist das drei- oder viermal aufgetauchte Lob für die Bundesregierung völlig verfehlt. Sie haben mit viel Mühe den fast einzigen Punkt herausgefunden, wo die Große Koalition etwas richtig gemacht hat, nämlich diese 6 Milliarden Euro Entlastung für die Länder. Alles andere ist bei der Großen Koalition doch viel schlechter. 6 Milliarden Euro gibt es teilweise für Hochschulen, Hunderte von Milliarden werden für Wahlgewinne im Bereich der Rente ausgegeben. Das ist die Priorisierung der Großen Koalition. Sie geben Geld aus für Rente und nicht für die Zukunft.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Krokodilstränen sind hier echt fehl am Platze!)

Das ist das Problem, und darauf haben Sie schön hingewiesen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Herr Kühn, Sie haben ernsthaft gesagt, wir gäben Geld aus für die Hochschulen und zahlten demnächst von diesen BAföG-Geldern die Miete. Frau Heyenn wies schon darauf hin, dass dies eine völlig unsinnige Argumentation ist, denn die Gebäude waren längst geplant.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Trotzdem muss die Miete gezahlt werden!)

Da Sie vorhin meine Zwischenfrage nicht erlauben, muss ich es so sagen: Die Mietzahlungen erfolgen erst in einigen Jahren. Selbst wenn es stimmen würde, was Sie gesagt haben, würden diese 29 Millionen Euro pro Jahr über viele Jahre im Haushalt versickern.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die versickern überhaupt nicht!)

Ihre Argumentation ist nicht einmal im Ansatz richtig, und es stimmt einfach nicht, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich verstehe auch nicht, warum Sie erneut mit dem Thema Abschaffung der Studiengebühren angekommen sind. Man kann darüber diskutieren, ob dies richtig oder falsch ist, aber eines steht fest: Die Kombination, die Sie gewählt haben, ist keineswegs ausreichend und trägt ihren Teil zur großen finanziellen Auszehrung der Hochschulen bei. Bei Studiengebühren ist es nämlich so, dass umso mehr Geld eingenommen wird, je mehr Stu-

denten es gibt. Sie haben einen nichtdynamischen Festbetrag eingeführt. Das heißt, wenn die Universität gut arbeitet und mehr Studenten bekommt, dann erhält sie anteilig weniger Geld. Der Ausfall der Studiengebühren wird gerade nicht kompensiert. Das ist ein Teilaspekt der finanziellen Auszehrung der Hochschulen. Ich weiß nicht, warum Sie es jetzt wieder erwähnt haben, das ist einfach nur peinlich für Sie.

(Beifall bei der FDP)

Und dann kommt die Sache mit dem Strategiepapier. Wenn man hier gar nicht zugehört hätte und sich nur mit dem Strategiepapier beschäftigt und das liest, dann kann man doch nur zu dem gleichen Ergebnis kommen, zu dem auch Professor Lenzen, der Präsident der Universität Hamburg, heute gekommen ist. Erstens ist es eine grobe Verletzung der Hochschulautonomie. Sie als versagende Wissenschaftssenatorin, die nichts tut für die Hochschulen und sie im Gegenteil nur schädigt, maßen sich an, den Hochschulen im Detail sagen zu wollen, was sie zu tun oder zu lassen haben. Und wenn das Entscheidende ansteht, was Sie tun müssen, nämlich das Geld dafür geben, dann passiert nichts. Ihr Strategiepapier ist eine einzige Peinlichkeit und ein Beleg dafür, wie Sie mit den Hamburger Hochschulen umgehen: Bevormundung und Regulierung, aber kein Geld. Den Undank der Hamburger Hochschulen haben Sie zu verantworten und nach Ihrer Vorführung auch ein bisschen der Bürgermeister. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Holster von der SPD-Fraktion hat jetzt das Wort.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dr. Gümbel, habe ich Sie da richtig verstanden? Sie sprechen von einer Bankrotterklärung dieser Universitäten?

(Jens Kerstan GRÜNE: Jawoll!)

Das kann ja wohl nicht wahr sein. Haben Sie denn nicht zugehört, was die Senatorin eben gesagt hat?

(Jens Kerstan GRÜNE: Lesen Sie doch bitte nach!)

– Lesen Sie es bitte im Bildungsmonitoring 2014 nach. Hamburg weist von allen Bundesländern die höchsten Zuschüsse je Einwohner auf.

(Beifall bei der SPD)

Und es geht weiter: Wir haben die höchste Promotionsquote, wir haben eine Spitzenquote bei den Habilitationen, und bei den Forschungsaufgaben pro Forscher haben wir einen Spitzenwert in ganz Deutschland. Von Bankrotterklärung kann überhaupt nicht die Rede sein. Unsere Universitäten

(Lars Holster)

sind gut ausgestattet für eine hervorragende Forschung in Deutschland.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE*: Komisch, dass diese Exzellenzinitiativen nichts gekriegt haben! Schon komisch, oder?)

Dann hat Herr Kleibauer auch sehr viel über andere Bundesländer gesagt, aber das Entscheidende haben Sie wahrscheinlich in letzter Minute doch lieber weggelassen. Wenn man nämlich ein bisschen auf die Bundesländer schaut, wo die CDU mitregiert, dann wird im Saarland ein großes Ganztagschulprogramm geplant, in Mecklenburg-Vorpommern wird diskutiert, in KITAS und Schulen zu investieren, und auch im rot-grünen Niedersachsen wird überlegt, in die KITAS zu investieren – alles richtige Investitionen, die wichtig sind für die Bildung in unserer Stadt und für die Bildung in ganz Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kühn hat es auch angesprochen: Was haben wir für eine Vielfalt, und was wird in den anderen Bundesländern alles diskutiert abzuschaffen? Das passiert in Hamburg nicht. Auch in Hamburg werden wir weiter auf eine gute Lehrerausbildung setzen und auf viele gute Studiengänge. Diese Vielfalt wird erhalten bleiben, und das ist gut für unsere Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns einmal genau hinschauen, wofür wir dieses Geld einsetzen wollen: für den wichtigen Ausbau der Ganztagschule. 75 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Grundschulbereich nehmen das Angebot einer Ganztagschule wahr. Wir haben die Investitionen für die Inklusion erhöht, und wir haben dafür gesorgt, dass die berufliche Bildung und die Übergänge deutlich ausgebaut werden. Das sind die wichtigen Weichenstellungen für den Bildungsbereich. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt das Wort Herr Wersich von der CDU-Fraktion.

Dietrich Wersich CDU: Werte Frau Präsidentin! Liebe Frau Stapelfeldt, zunächst einmal haben Sie da, wo Sie die Bundesregierung und die Wissenschaftspolitik von Bundesbildungsministerin Wanka von der CDU in Ihrer Rede gelobt haben, uneingeschränkt recht gehabt,

(Beifall bei der CDU)

aber zu Hamburg sind Ihnen nur Allgemeinplätze und ungefähre Aussagen gelungen. Sie konnten hier nicht erklären, welche zusätzlichen Maßnahmen nach der Entscheidung der Bundesregierung

mit den BAföG-Millionen in Hamburg neu und zusätzlich verwirklicht werden. Damit sind Sie allerdings Ihrer traurigen Rolle in diesem Amt gerecht geblieben.

Herr Kühn, was war denn der Subtext Ihrer Rede? Sie haben aufgezählt, was da alles gemacht wurde, und der Subtext war, Sie hätten genug getan.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Nicht was gemacht wurde, sondern was gemacht wird!)

Auch Herr Holster hat hier noch Grafiken angeführt und gesagt, es sei genug getan worden: die Investitionen, die Abschaffung der Studiengebühren und all das. Dann gab es einen wunderbaren Vergleich Hamburgs mit Mecklenburg. Jetzt wissen wir auch, wo die Maßstäbe dieser Regierung für unsere Stadt liegen. Was lehrt uns das? Auch der Fachsprecher der SPD in der Wissenschaftspolitik ist nicht besser als seine Senatorin.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Die SPD hat wieder einmal deutlich gemacht, dass sie überhaupt nicht verstanden hat, worum es bei der Förderung des Wissenschaftsstandorts geht. Es gab doch einmal dieses Thema "pay as you go". Diesen Begriff mag ich auch nicht, aber offenbar will uns die SPD hier verkaufen, dass sie wusste, als sie 2010 gesagt hat, sie schaffe die Studiengebühren ab und baue die Universität neu,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: 2010 habt ihr noch regiert!)

dass im Jahr 2014 eine Große Koalition in Berlin den Hamburger Etat um BAföG-Millionen entlasten wird. Das ist so absurd, das glaubt Ihnen doch kein Mensch. Das ist ein politischer Betrug,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Von Betrug verstehen Sie besonders viel!)

weil Sie mehr Geld für die Hochschulen verhandelt haben. Und Sie benutzen das, um die bestehenden politischen Beschlüsse im Nachhinein zu finanzieren. Das ist Haushaltskonsolidierung und keine Förderung des Wissenschaftsstandorts.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Es ist politischer Betrug zu behaupten, Sie hätten schon die Studiengebühren abgeschafft. Es ist politischer Betrug zu behaupten, Sie hätten schon vor Jahren beschlossen, mit diesem Geld Hochschuleinrichtungen neu zu bauen. Und das Schlimme ist, dass diese Sache auch ein Fragezeichen auf die Rolle des Bürgermeisters selbst wirft, denn er kann sich da nicht hinter der Fachsenatorin verstecken. Er selbst hat in Berlin einen Vertrag mit verhandelt, der mehr Geld für zusätzliche Maßnahmen in die Länder holt. Und er hat das gemacht im festen Wissen und Bewusstsein, dass er das für Hamburg nicht vollziehen will, weil er glaubt, da hätte er schon genug getan. Das ist auch ein politi-

(Dietrich Wersich)

scher Betrug in der Aushandlung dieser Verträge zwischen Bund und Ländern zur besseren Förderung der Hochschulen.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Es ist doch nicht so, wie hier dargestellt wird, dass die Hochschulen nicht mehr Mittel brauchen. Es wäre doch dringend an der Zeit, Schluss zu machen mit der Aushöhlung der Etats durch diese sogenannten Stabilitätsverträge über die kommenden Jahre, die zu nichts weiter führen, als dass die Hochschulförderung nicht einmal an die Inflationsrate angepasst wird. Dieses Geld ist doch da, damit wir die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern und damit sie dann besser Drittmittel akquirieren können. Wenn man die Hochschulen nicht in der Grundfinanzierung ausstattet, dann können sie auch nicht erfolgreich mehr Drittmittel akquirieren. Das sagt Ihnen doch jeder in der Stadt, und das haben Sie bis heute nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Sie haben nicht verstanden, wie man die Grundfinanzierung sichert, und auch nicht, wie man Exzellenz fördert. Für eine wachsende Stadt ist es heute unerlässlich, dass auch der Bereich Wissenschaft und Forschung wächst. Machen Sie diesen Job, sonst – ich verspreche es Ihnen – wird eine CDU-Regierung diese 30 Millionen Euro zusätzlich in die Hamburger Hochschulen stecken

(Zurufe von der SPD-Fraktion: Ah!)

und nicht diesen politischen Betrug machen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt das Wort Frau Dr. Gümbel von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Wersich, es ist noch viel schlimmer.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ihr legt noch mal 30 Millionen Euro drauf!)

Ich glaube nicht, dass die SPD beziehungsweise der Bürgermeister das nicht verstanden hat. Er hat das sehr wohl verstanden, und er hat genau in diesem Sinne diesen Vertrag geschlossen. Er hat sich den Ausweg gelassen, das in die Bildung zu stecken,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Tut er denn das nicht oder tut er das doch?)

und er hat deshalb in diesem Sinne den Vertrag mit Frau Wanka ausgehandelt, weil er wusste, dass die Bildungsministerin das Geld für die Länder nicht freigeben würde, wenn sie wüsste, dass es den Hochschulen in den Ländern nicht zur Ver-

fügung gestellt werden würde, denn es war natürlich die Absicht der Hochschulministerin, dass die Hochschulen entlastet werden.

Noch einmal: Was wird denn passieren? Es wird eine dritte Exzellenzinitiative geben. Eine ganze Reihe anderer Länder, wir haben es gehört, stellt dieses Geld, so wie vorgesehen, den Universitäten zu 100 Prozent zur Verfügung wie etwa Hessen, Baden-Württemberg, Saarland und auch Sachsen. Die sind dann natürlich wesentlich besser ausgestattet und werden wiederum erfolgreich bei der Exzellenzinitiative sein. Das heißt, dort, wo jetzt schon viel Geld ist, kommt durch die Entlastung bei der BAföG-Finanzierung noch mehr Geld dazu, was in der Zukunft dazu führen wird, dass Hamburg wiederum nicht so gut bei der Exzellenzinitiative abschneiden wird, wie es bereits in der Vergangenheit der Fall war.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Was haben Sie denn gerade gehört?)

Die Fehlentscheidungen dieser Wissenschaftssenatorin in der Vergangenheit werden solche Fehlentwicklungen in der Zukunft bewirken. Und das ist der Grund, weshalb die gesamte Opposition und die Hochschulen hier so fassungslos sind, weil wir glauben, dass Sie sich wirklich an der Zukunft versündigen und dass dies einer Mehrheitspartei, die Volkspartei sein will, auch überhaupt nicht ansteht.

Die Situation hat sich doch verändert seit der Zeit, in der Sie studiert haben. 50 Prozent eines Jahrgangs schicken wir an die Universitäten. Kann es denn da sein, dass eine Partei wie die SPD, die Volkspartei sein will, sagt, es sei ihr egal, wie es an den Hochschulen aussehe?

(*Wolfgang Rose SPD:* Was reden Sie denn?)

Das tun Sie faktisch damit, dass Sie diese Verbesserung der BAföG-Mittel nicht nutzen, um Hamburg hier voranzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Senatorin Stapelfeldt, ich finde es perfide, wie Sie mit den Hochschulen umgehen. Anstatt sich vor Ihre Hochschulen zu stellen, fallen Sie ihnen im Parlament in den Rücken,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Haben Sie irgendwas eingenommen, oder was ist los mit Ihnen?)

indem Sie hier noch einmal diese merkwürdige Legende der Rückstellungen ausbreiten. Sie wissen genau, dass die Rückstellungen sich zum einen aus HSP-Mitteln zusammensetzen und andererseits zur Berufungsrücklage der Hochschulen notwendig sind. Die Hochschulen sind eben keine Jugendhilfeeinrichtung, die am Ende auf null rauskommen muss. Sie müssen wirtschaften, und dazu brauchen sie diese Rücklagen. Das wissen Sie, aber Sie agieren hier so, als sei es im Prinzip eine

(Dr. Eva Gümbel)

unlautere Angelegenheit, dass die Hochschulen diese Mittel haben, und als sei der Preis, den sie dafür zahlen müssen, dass der Senat ihnen diese BAföG-Mittel verweigert; um nichts anderes handelt es sich an dieser Stelle. Und dann führen Sie auch noch diese Baugeschichten an und sagen, Sie hätten investiert. Wir haben zugestimmt, wir finden es gut, dass gebaut wird,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Irgendwie müssen sie auch bezahlt werden!)

aber da einen Zusammenhang zu konstruieren, ist wirklich absurd. Der Sanierungsstau – mein lieber Herr Dressel, vielleicht wissen Sie das nicht so genau – liegt bei 630 Millionen Euro.

(Dirk Kienscherf SPD: Da merken Sie, was Sie alles nicht gemacht haben zu Ihrer Zeit, was Sie alles liegen gelassen haben!)

Das ist eine ganz normale Aufgabe. Der Hochschulbau ist zurückgegeben worden an die Länder.

(Dirk Kienscherf SPD: Das haben Sie alles verkommen lassen, Frau Gümbel!)

Natürlich sind die Länder dafür zuständig, dass diese Mittel ausgegeben werden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das muss ja auch bezahlt werden!)

– Ja, es muss bezahlt werden, und zwar von diesem Senat und nicht von Frau Wanka aus BAföG-Mitteln. Das ist das, was Sie nicht verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Das Land soll hier seine Hausaufgaben machen und Mittel zur Verfügung stellen, und der Bund gibt etwas on top, weil es für diese Republik wichtig ist, dass sie Bildungsrepublik ist. Sie benutzen das, um Ihren Haushalt zu sanieren, und das ist die eigentliche Gemeinheit, die Sie dieser Stadt antun.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Das ist die Chance, die geboten wird von einer CDU-Ministerin und beschlossen wird von einem Vize Gabriel. Und was machen Sie? Sie stopfen Ihre Haushaltslöcher damit. Das ist unlauter.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Zuruf aus dem Plenum: Machen Sie weiter in dem Tempo!)

Dora Heyenn DIE LINKE:* – Nein, ich mache das alles ein bisschen ruhiger.

Ich möchte auf dieses PwC-Länderfinanzbenchmarking 2014 zurückkommen, einmal abgesehen davon, dass darin ein bemerkenswerter Satz steht: Aufgrund der sehr günstigen Rahmenbedingungen bei Steuereinnahmen und Zinsen und des zu erwartenden Bevölkerungswachstums könne sich Hamburg bis 2020 deutliche Mehrausgaben leisten, ohne die Ziele der Schuldenbremse zu gefährden. Das sollten Sie bitte in Zukunft berücksichtigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt zu Ihnen, Herr Holster. Wir sind beide schon groß und vergleichen nicht Äpfel mit Birnen, aber wenn Sie Hamburg mit Mecklenburg vergleichen, dann vergleichen Sie Äpfel mit Birnen. In dieser Studie werden die Stadtstaaten unter "Länderprofile" verglichen. Verglichen mit Mecklenburg-Vorpommern hat Hamburg natürlich, was die Hochschulen anbetrifft, mehr investiert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Gegenüber allen anderen Bundesländern!)

Aber gegenüber den Stadtstaaten hat Hamburg weit weniger ausgegeben, nämlich genau 32 Euro pro Einwohner. Da ist Hamburg nicht vorn, sondern, verglichen mit den Stadtstaaten, weit hinten.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Wir haben im Mai 2014 eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt, in der wir fragten, ob der Senat sich dafür einsetzen werde, dass die frei werdenden Mittel ausschließlich zur Finanzierung von Bildungsausgaben im Bereich Hochschule und Schule verwendet werden. Die Antwort des Senats war – ich zitiere –:

"Der Senat wird frei werdende Mittel zur Finanzierung von Bildungsausgaben im Bereich Hochschule und Schule verwenden."

Bildungsausgaben sind keine Mieten, und es wäre schön, wenn der Senat in Zukunft seine Auskünfte so nah an der Wahrheit geben würde wie möglich.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei Robert Heinemann CDU)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema gibt, rufe ich das nächste Thema auf, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE:

Yeziden, Christen und Kurden brauchen Hilfe, auch Hamburg kann und muss handeln!

Das Wort bekommt Frau Özdemir.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Cansu Özdemir DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie haben es wahrscheinlich in den letzten Wochen durch die Presse mitbekommen. Am 3. August haben die Mördertruppen der ISIS die heilige Stätte der Jesiden, Shingal, eingenommen. Dadurch müssen Tausende von Menschen auf die umliegenden Berge flüchten. Sie sind dort tagelang ohne Wasser und Nahrung geblieben, bis die YPG und auch die PKK es geschafft haben, dort einen Schutzkorridor einzurichten, damit sie nach Nordsyrien kommen können. Die, die es nicht geschafft haben, wurden auf grausame Weise massakriert, sie wurden getötet und gefoltert, Frauen wurden entführt und jetzt auf dem Sklavenmarkt verkauft. Immer noch sind Hunderttausende auf der Flucht, sie haben Angst vor der ISIS und wissen nicht, wie es weitergehen soll.

Es sind Alevitinnen, Jesidinnen, Christinnen und viele andere Minderheiten in dieser Region, die Zielscheibe von Angriffen der ISIS sind. Sie werden bedroht und brauchen dringend Hilfe. Wer die Geschichte dieser Minderheiten im Mittleren Osten kennt, der weiß, dass es nicht die erste Verfolgung und auch nicht die erste Flucht ist. Die ISIS, die an Grausamkeit nicht zu übertreffen ist, mordet im Namen des Islam. Sie nutzt den Islam, um ihre Taten zu rechtfertigen. Aber nichts auf der Welt kann und darf solche Grausamkeiten rechtfertigen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das bedeutet, dass diese Mördertruppe endlich gestoppt werden muss, und das nicht nur im Irak, in Kurdistan oder in Syrien, sondern auch bei uns in Europa und in Hamburg. Es ist kein Problem, das die Menschen drüben angeht, sondern eines, das uns auch in Hamburg angeht. Es geht nicht darum, nur menschliche Solidarität zu zeigen, sondern auch darum, hier in Hamburg zu handeln. Es gibt Handlungsoptionen, und ich sage, warum hier gehandelt werden muss, denn die Zahlen steigen kontinuierlich in Deutschland und auch bei uns in Hamburg. Es war die Rede von knapp 40 jungen Menschen, die sich dieser Organisation anschließen, davon elf Menschen mit Migrationshintergrund, der Rest hat keinen Migrationshintergrund.

Die Jugendlichen werden als Mörder rekrutiert, beispielsweise in Boxvereinen, Sportvereinen, in Jugendhäusern und sogar in den Schulen. Die Hintermänner schicken Jugendliche in die Schulen oder in die anderen Institutionen, in denen sie andere Jugendliche anwerben sollen. Das darf natürlich nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Die EU-Kommission spricht von 2000 Dschihadisten, die aus Europa kommen. In Hamburg sind es jetzt knapp 40, davon wurden mittlerweile fünf

getötet. Die, die jetzt aktiv sind oder sich angeschlossen haben, haben Eltern, die sehr verzweifelt sind über diese Situation und das natürlich nicht unterstützen. Wir haben in letzter Zeit viele Anrufe von Eltern in Hamburg bekommen. Das Schreckliche ist zudem, dass die Jugendlichen Aleviten sind, und nun ruft Pierre Vogel auch noch dazu auf, jesidische Jugendliche sollten zum Islam konvertieren. Es gibt hiergegen Mittel, wie wir handeln können. Langfristig müssen natürlich die Ursachen erforscht werden, warum so junge Menschen davon angezogen werden. Kurzfristig brauchen die Eltern eine Anlaufstelle, eine Beratungsstelle, wo sie professionell betreut werden, denn sie sind verzweifelt, und wir wissen nicht, wie wir ihnen helfen sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt jedoch auch andere Mittel wie beispielsweise schon vorhandene Paragrafen, so der Paragraph 109, der hier angewendet werden kann. Diese Arbeit leisten momentan die Communities, die alevitische, die kurdische und auch die jesidische. Sie beraten und betreuen die Eltern, sie versuchen, ihnen zu helfen, bekommen jedoch keinerlei Unterstützung. Es ist aber keine Last, die die Communities allein tragen können. Hier müssen auch staatliche Institutionen Hilfe leisten und sie nicht allein lassen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke* GRÜNE)

Leider wurde das Problem nicht gelöst, indem die Taiba-Moschee geschlossen wurde. Das Problem liegt nun darin, dass sich alles verteilt hat. Die Jugendlichen sind nicht in einer Moschee, sondern verteilen sich auf mehrere Moscheen, genauso wie die Anwerber.

Es gab auch Angriffe mitten in Deutschland und bei uns in Hamburg gegenüber christlichen und jesidischen Flüchtlingen wie beispielsweise in der Schnackenburgallee. Die Schriftliche Kleine Anfrage von Herrn de Vries zeigte es, dort wurden Flüchtlinge vom Sicherheitspersonal gequält. Wiederum in der Schnackenburgallee wurden jesidische Flüchtlinge von ISIS-Anhängern, die von draußen kamen, bedroht und geschlagen mit der Aussage, sie würden sie enthaupten. Die Menschen haben Schreckliches erlebt und müssen jetzt in Hamburg wirklich geschützt werden. Es kann nicht sein, dass sie vor Terroristen flüchten mussten und sich dann hier auch nicht sicher fühlen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Frank Schmitt* SPD und *Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Kommen Sie bitte zum Schluss.

Cansu Özdemir DIE LINKE (fortfahrend): Im Dezember ist die Innenministerkonferenz, und ich glaube, es gibt dort Gesprächsstoff. Es kann wirklich nicht sein, dass die ISIS hier noch nicht verboten ist, das ist ein Skandal. Sie muss dringend verboten werden, diese Fahne darf nicht auf Hamburgs und Deutschlands Straßen zu sehen sein. Die Gefahr und das Ziel sind klar, hier muss gehandelt werden. Und auch der Paragraf 109h ist das richtige Mittel. Es ist besser, dass sie eingesperrt werden, als dass sie andere Menschen ermorden oder in Gefahr bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat das Wort Herr Abaci.

Kazim Abaci SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Lage im Irak und in Syrien ist dramatisch, das hat Frau Özdemir auch so beschrieben. Die IS-Terroristen stehen etwa 40 Kilometer vor Erbil. Erbil ist die Hauptstadt der kurdischen Autonomieregion im Irak. Das ist die Region, in der nicht nur Jesiden Zuflucht gefunden haben, sondern auch Christen, Aleviten und sogar Muslime, die von der IS verfolgt werden. Die Kurden in der autonomen Region haben bislang jeden Flüchtling, ungeachtet seiner Ethnien- und Religionszugehörigkeit, aufgenommen. Dafür verdienen sie unseren größten Respekt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU, den GRÜNEN, der LINKEN und der FDP)

Wenn Erbil und die kurdische Region im Irak an die IS-Kämpfer fallen, dann sind nicht nur die Menschen in Erbil bedroht, sondern auch die Flüchtlinge, für die das die einzige Zufluchtsgegend darstellt, die ihnen zur Verfügung steht. Selbst gemessen an den Taliban und an al-Qaida ist die Brutalität der IS von einem bislang unbekanntem Ausmaß. Es ist insgesamt eine sehr schwierige und sehr extreme Situation.

Das heißt, dass auch die Bundesregierung vor einer sehr schwierigen außenpolitischen und verteidigungspolitischen Entscheidung steht. Aber die Außen- und Verteidigungspolitik wird nicht in Hamburg, sondern in Berlin und anderswo gemacht. Die Menschen, die vor Bürgerkrieg und politischer Verfolgung flüchten, müssen und wollen wir aufnehmen, darüber gibt es keinen Dissens. Hamburg kann und wird selbstverständlich seinen Teil dazu beitragen. Das hat Hamburg früher gemacht, das macht Hamburg auch jetzt und wird es ebenfalls in der Zukunft so machen.

(Beifall bei der SPD)

Dass dieses Thema auch in Hamburg ein wichtiges Thema ist, haben wir in einem Gespräch mit den Vertretern der Jesiden, Christen und Kurden,

mit meiner Kollegin Frau Steppat, mit Niels Annen, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, und auch mit dem Bundestagsabgeordneten Herrn Bartke behandelt. Dieses Gespräch hat noch einmal gezeigt, dass wir auch hier sicherheits- und ordnungspolitisch aufpassen und präventiv handeln müssen. Aber das haben wir auch. Frau Özdemir, ich weiß nicht, ob Sie nicht mitbekommen haben, dass bei der BASFI eine Beratungsstelle zur Prävention gegen islamische Extremisten existiert, und mit dieser Beratungsstelle mehrere Behörden – Schulbehörde, Innenbehörde und Sozialbehörde – zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist in der Tat so, dass diejenigen, die aus diesen Kämpfen zurückkommen, auch für uns eine Bedrohung darstellen. Insofern sind wir alle gefragt, die Sicherheitsorgane und der Verfassungsschutz; dazu haben Sie sich auch geäußert. Wir alle sind gefragt, die Augen aufzuhalten und aufzupassen. In diesem Zusammenhang ist es sehr erfreulich, dass sich viele muslimische Verbände von diesen Extremisten distanziert haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

Man kann sagen, dass der Vertrag, den wir mit den Muslimen und Aleviten in Hamburg geschlossen haben, ein richtiger und wichtiger Meilenstein in einer interreligiösen und interkulturellen Gesellschaft und eine wichtige Grundlage für diese Distanzierung der muslimischen Verbände ist.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Schnackenburgallee. Dieser Vorfall ist nicht neu, er war vor mehreren Monaten,

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Der andere war neu!)

und da wurde sofort gehandelt. Der Wachdienst wurde ausgetauscht, das ist auch durch die Presse gegangen. Das Thema ist richtig und wichtig, aber wir müssen von einer Dramatisierung absehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Erkalp.

David Erkalp CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor unseren Augen werden in Syrien und im Irak täglich Tausende von Menschen umgebracht. Die islamistischen Kämpfer der ISIS möchten einen rein islamischen Staat und nach ihrer Definition eigentlich nur Moslems der sunnitischen Art. In nur wenigen Wochen hat die ISIS im Nordirak viele Gebiete erobert und beschreitet dabei einen erschreckenden, harten Weg gegen die Zivilbevölkerung der Jesiden. Die Jesi-

(David Erkalp)

den sind in islamischen Ländern oftmals nicht als gleichberechtigte Menschen akzeptiert. Ihre Verfolgung fällt im Nordirak teilweise sogar noch drastischer aus als bei allen anderen Minderheiten, weil sie von den sunnitischen Fanatikern nicht einmal als Schrift- oder Buchreligion anerkannt werden. Tausende jesidische Familien werden auseinandergerissen, verfolgt, getötet, und auch vor Kindern wird nicht haltgemacht. Teilweise sind Familien ohne Verpflegung und mit schlechter Kleidung zehn Tage unterwegs und müssen dann flüchten bis in die Berge hinein, bis sie es irgendwann schaffen, sicher ins Kurdengebiet zu kommen. Der Schock ist umso größer, wenn dann der Vater, die Mutter oder andere Familienmitglieder es nicht geschafft haben. Die Jesiden im Nordirak erfahren heute eine der schlimmsten Zeiten in ihrer mehrere tausend Jahre alten Geschichte.

Kommen wir zu den Christen. Seit mehr als zwei Jahren werden Christen in Syrien verfolgt und nun auch seit einigen Wochen im Irak. Sie werden gebrandmarkt, gejagt, entführt, vergewaltigt und getötet. Die ursprünglichen syrischen Revolutionäre sind immer mehr der ISIS gewichen oder haben sich ihr angeschlossen. Es ist der Heilige Krieg, in dem Christen getötet werden dürfen, so behaupten sie es zumindest. Es macht ihnen Spaß, sie kommen aus Europa, aus dem Westen, aus Amerika. Doch welche Gruppen und Völker verbergen sich hinter diesen Christen, die wir bisher nur als Christen bezeichnen? Zu den Christengruppen gehören vor allem syrisch-orthodoxe Christen, in Deutschland auch bekannt als Aramäer. Es sind griechisch-katholische, melkitisch-griechisch-katholische, armenisch-apostolische, armenisch-katholische, syrisch-katholische, assyrisch- und chaldäisch-katholische Christen. Die häufigsten dieser Kirchen sind mit der katholischen Kirche uniert.

Die Berichte über entkommene oder geflohene Menschen sind kaum zu ertragen. Frauen und Töchter werden vor den Augen ihrer Männer und Söhne vergewaltigt, zwangsislamisiert und nicht selten als Sklavinnen einfach mitgenommen. Ihre Männer sterben oft an Ort und Stelle vor den Augen ihrer Angehörigen. Und nicht selten werden christliche Frauen und Mädchen durchgereicht und müssen sich einer fünfzig- bis hundertfachen Massenvergewaltigung ergeben. Einige von ihnen sterben später mit einem übergroßen Holzkreuz, einem Kruzifix, das durch den Mund in den Schädel gerammt wird. Häuser von Christen, von christlichen Familien, werden mit dem arabischen "N" für Nazarener beschmiert. Im Arabischen ist dies eine negative Christendeutung, und dadurch werden die Christen schneller gefunden. Wenn ich darf, möchte ich Ihnen dieses Zeichen einmal zeigen. Diese Zeichen werden an die Wände, Häuser und Geschäfte geschmiert. Ich denke, wir alle kennen diese Art der Verfolgung aus Deutschland. Das ist eine Verfolgung, die es nicht geben darf.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Hunderte Kirchen und Klöster, teilweise über 1600 Jahre alt, sind zerstört. Bücher aus den Anfängen des Christentums sind verbrannt worden, kurz gesagt: Es wird versucht, die Geschichte und die Religion der Christen auszulöschen. Die ethnische Säuberung ist damit eigentlich in vollem Gange, ähnlich wie bei den Jesiden.

Zur Abschreckung wirbt die ISIS mit Filmaufnahmen im Internet. Mal werden etliche Lkw-Ladungen mit völlig verängstigten jungen Männern und Vätern gezeigt, die wie Tiere ein- und ausgeladen werden und dann wie Tiere erbarmungslos erschossen werden. Und sie wissen alle, dass sie in ein bis zwei Minuten sterben werden. Ich habe es mir bis vor Kurzem nicht zugetraut, das anzuschauen, ich wollte es auch nicht ansehen. Aber ich habe vor drei Wochen hineingeschaut, und seitdem gehen mir die Bilder nicht mehr aus dem Kopf. Es ist einfach Wahnsinn, wie Menschen mit anderen Menschen umgehen, nur wegen des Glaubens. Meist schneiden sie den Christen mit bloßen Fleischermessern die Köpfe ab, sie werden geschächtet und die Menge jubelt im Hintergrund. Die Köpfe werden auch manchmal aufgespießt, das ist alles ganz normal. Natürlich ist immer die Handy-Kamera dabei. In vielen Videos kann man die Volkszugehörigkeit und die Ethnie der Menschen nicht erkennen. Es sind Jesiden, Christen, Aleviten, Sunniten und Kurden. Die Ursprungsländer des Christentums in den sieben Jahrhunderten vor dem Islam, die heutige westliche Zivilisation, die hier mit auf den Weg gebracht wurde, drohen völlig wegzufallen, genauso wie seine indigenen Völker wie zum Beispiel die Aramäer, die Chaldäer, die Assyrer, aber auch die Jesiden.

Aus dem "Arabischen Frühling" ist am Ende ein schrecklicher Winter geworden. Die Kurden sind in diesen Tagen definitiv die Helden. Sie helfen allen unterdrückten Menschen in beiden Ländern, zumindest, wenn man es bis dahin geschafft hat. Aber auch die Kurden haben unter ihren Leuten viele Verluste zu beklagen.

Ich komme zum Ende. Wir sollten und wir müssen etwas tun. Humanitäre Hilfe, medizinische Hilfe, Entwicklungshilfe, monetäre Hilfe, Bedarfsanalyse zusammen mit Regierung und Region, Kurdistan und dem Irak. Und wir befürworten im Grunde Waffenlieferungen an die Regierung der Region Kurdistan/Irak. Für diesen speziellen Fall der unmenschlichen Minderheitenverfolgung durch die ISIS muss es eine Ausnahme geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Frau Möller das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! 51,2 Millionen Flüchtlinge zählte der UNHCR Ende 2013. Das ist die höchste Zahl von Flüchtlingen seit 1945. Er veröffentlichte diese Zahlen im Juni und warnte damals vor allem vor einem weiteren Anstieg der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Syrien. Die Situation im Irak könnte man zu der Zeit beinahe noch als unauffällig beschreiben. Jetzt kommen wahrscheinlich allein aus diesem Kriegsgebiet weitere 1 Million flüchtende Menschen dazu. Eine Terrorarmee tötet Tausende in einem Krieg, der sich gegen die zivile Bevölkerung wendet. Die archaische Art dieser Kriegsführung, verbunden mit Geld scheinbar im Überfluss, war so bisher nicht bekannt und bringt uns natürlich als internationale Staatengemeinschaft an die Grenzen des Handelns.

Ich sehe den Fokus der heutigen Debatte jedoch im humanitären Bereich. Die bedrängten Familien, Männer, Frauen, Alte und Junge brauchen vor allem Nahrung und Unterkunft an sicheren Orten. Die Karikatur aus der "Süddeutschen Zeitung" von gestern, vielleicht haben Sie sie gesehen, zeigt eine Flüchtlingsfrau mit kleinen Kindern und einen Mann mit Rakete in der Hand, der die Frage stellt: Kannst du daraus was kochen? Dies wirft die Frage auf, was wir in Hamburg tun können. So wie es eben schon vom Kollegen der SPD gesagt wurde, waren wir als Fraktionen wohl alle im Gespräch mit dieser kleinen Delegation aus Vertreterinnen und Vertretern von Jesiden, der deutsch-syrischen, christlichen Gemeinden und Kurdinnen und Kurden, die ihre Sorgen um Familienangehörige und Bekannte deutlich gemacht haben. Sie senden selbst Lastwagen mit Hilfsgütern, die dann in der Türkei steckengeblieben sind, oder bieten Unterkunft innerhalb ihrer Gemeinde.

Deswegen sollten wir versuchen, uns in der Bürgerschaft gemeinsam auf einen Aufruf zur humanitären Unterstützung zu verständigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir sollten in einem Appell an die Menschen in dieser Stadt und an die Wirtschaft um Unterstützung bitten. Ich glaube, es muss schnelle und konkrete Hilfe geben. Es gibt zwei Aufgaben, zwei Wege notwendigen Handelns, denn man darf sich nichts vormachen. Die Konflikte, die sich in der Welt abspielen, spiegeln sich ebenso in Hamburg unter den Flüchtlingen wider. Da ist ein Großteil von Menschen, die vor allem zur Ruhe kommen wollen, aber gleichzeitig die Konflikte, die es dort gab, hierher mitbringen.

Man darf sich auch nichts darüber vormachen, dass es innerhalb der Flüchtlinge genauso Antisemitismus und Vorbehalte gegenüber Christen gibt, ebenso Konflikte zwischen Ethnien und Staaten. Das ist, so profan es auch klingen mag, so etwas wie gelebter Alltag. In der Regel äußert sich dieses dann in verbalem Streit, aber nicht in Gewalt.

Trotzdem gibt es diese Entwicklung und die Tendenz, die eben schon dargestellt wurde. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass es eine Radikalisierung von Jugendlichen im westlichen Europa gibt und damit natürlich auch in Hamburg.

Wir hatten schon eine Debatte zum Thema Erstarren des Salafismus unter Jugendlichen. Dort hat der Senat sehr deutlich gemacht, dass er ein Präventionsprogramm auflegen will. Dieses gibt es inzwischen, aber die Frage ist, inwieweit tatsächlich die Gruppen, die Menschen, die in dieser Stadt auch in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind, mit hineingenommen werden in die Schulen, in die Jugendeinrichtungen und natürlich in die kirchlichen Gemeinden, in die jüdische Gemeinde ebenso wie in die islamischen Gemeinden. Hier kann man nur zusammen mit viel Bildung und Aufklärung wirklich Prävention leisten.

Das wäre der zweite Weg. Meiner Meinung nach liegt der erste dicht dabei, nämlich konkrete humanitäre Hilfe zu leisten für die Menschen, die an einen relativ sicheren Ort haben flüchten können und dort Unterstützung brauchen, Nahrung und Unterkunft. Gleichzeitig darf man die Eltern und Familien, in denen es Jugendliche gibt, die sich aus relativ moderater religiöser Erziehung heraus möglicherweise radikalieren, nicht aus den Augen verlieren und muss diese auch unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Frau Kaesbach das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Vorredner haben es benannt, die Vorgänge rund um die radikale Gruppe der ISIS in Syrien und im Irak sind sehr besorgniserregend und sehr erschreckend. Es ist eine große politische Herausforderung für die Bundesregierung. Es ist aber auch eine Herausforderung für die Bundesländer, was den Zustrom der Flüchtlinge betrifft. Genauso besorgniserregend ist das Vorgehen der Salafisten in den Bundesländern und in Hamburg. Sie versuchen immer mehr, unter jungen Menschen Anhänger für ihren Radikalismus zu gewinnen.

Ebenfalls steht uns das Problem der Rückkehrer ins Haus, von dem aber nicht nur religiöse Minderheiten, sondern wir alle betroffen sein werden. Dies gilt es ebenfalls anzupacken und zu lösen. 36 Islamisten sind laut Mitteilung des Hamburger Verfassungsschutzes aus Syrien nach Hamburg zurückgekehrt. Es darf nicht zu einem Vorfall wie in Belgien oder Übergriffen wie in Frankreich kommen. Dafür lassen sich die Instrumente, die wir dem Senat bei der Bekämpfung des religiösen Extremismus nahegelegt haben, auch nutzen.

(Martina Kaesbach)

Zu diesen Themen haben wir, wie vorhin schon gesagt wurde, als Bürgerschaft bereits eine gute Herangehensweise beschlossen. Wenn ich Ihrem Gedächtnis ein wenig auf die Sprünge helfen darf, meine Damen und Herren von der LINKEN: Noch vor der Sommerpause hat die Bürgerschaft einstimmig einen Antrag meiner Fraktion beschlossen, um die Ausbreitung radikal islamistischen Gedankenguts einzudämmen und die Toleranz und Akzeptanz in unserer Gesellschaft zu fördern. Wir haben durch die Annahme unseres Antrags gemeinsam den Senat aufgefordert, effektive Maßnahmen gegen den Salafismus und religiösen Extremismus zu ergreifen. Dieses Problem wird also bereits angegangen, auch wenn es natürlich einige Zeit braucht, bis alle Projekte greifen. Und wenn Sie, meine Damen und Herren von der Links-Fraktion, sich solche Sorgen um den ausufernden Flüchtlings-Extremismus machen, dann hätten Sie unserem Antrag auch zustimmen können statt sich zu enthalten.

Nun zu den Übergriffen in der zentralen Erstaufnahme Schnackenburgallee. Da gibt es Vorwürfe von Christen, dass es Übergriffe von Muslimen gegeben habe. Wie aus einigen der Schriftlichen Kleinen Anfragen zu diesem Thema hervorgeht, kann in der öffentlichen Unterbringung jeder Einwohner seine Religion diskriminierungsfrei ausüben und erhält dabei die notwendige Unterstützung und Hilfe. Der vorgeworfene Übergriff auf Christen in der öffentlichen Unterbringung ist nicht strukturell, sondern die strafbare Tat Einzelner. Dieser Fall wird nun von der Staatsanwaltschaft Hamburg bearbeitet. Die Justiz wird in diesem Fall zu einem diskriminierungsfreien Ergebnis kommen und die Täter bestrafen, sollten sich die Tatvorwürfe als begründet erweisen. Selbstverständlich ist sowohl in der Gesellschaft im Allgemeinen als in der öffentlichen Unterbringung im Besonderen ein interkultureller Dialog notwendig, damit Animositäten, die vielleicht zwischen benachbarten Bevölkerungs- oder Glaubensgruppen im Heimatland bestanden, nicht in Hamburg verfestigt werden. Das ist ein Anliegen, das wir unterstützen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei *Uwe Lohmann SPD*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Innensenator Neumann.

Senator Michael Neumann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir in diesen Wochen auf die Krisenherde rund um unser Land und um Europa schauen, dann scheint die Welt wahrhaft aus den Fugen geraten zu sein, seien es die Angriffe auf Israel und Gaza, die Annektion der Krim oder die Kämpfe im Osten der Ukraine. Krieg in Europa 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, vor Jah-

ren noch unvorstellbar und etwas, was wir für unmöglich gehalten haben. Ganz besonders erschüttern uns die Nachrichten aus dem Irak und aus Syrien. Mit unvorstellbarer Brutalität ist die Terrorgruppe ISIS auf dem Vormarsch, ermordet Frauen, Männer und Kinder und zu Zehntausenden sind Menschen auf der Flucht. Erschüttert ist jeder, der diese Nachrichten liest und der vor allem diese Bilder sieht.

Aber Erschütterung allein reicht dabei nicht aus. Deshalb hilft Deutschland dabei, akute Not zu lindern durch Notunterkünfte, Lebensmittel, Medikamente und andere Hilfsgüter, die unsere Bundeswehr nach Erbil fliegt. Aber letztlich setzt die Wirksamkeit unserer humanitären Hilfe ein sicheres Umfeld voraus, und dazu muss der brutale Vormarsch der ISIS gestoppt werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Die kurdischen Peschmergas stehen im Kampf gegen die ISIS vor einem Gegner, der ihnen an Brutalität, an Hemmungslosigkeit, aber auch an technologischer Ausrüstung zum Teil weit überlegen ist. Um sich diesem Feind wirkungsvoll entgegenstellen zu können, fordern diese kurdischen Kämpfer von uns nicht nur humanitäre, sondern auch militärische Unterstützung. Für Konflikte wie diesen gibt es aber keine Schwarz-Weiß-Lösungen. Es steht auf der einen Seite unser Prinzip, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, denn Waffen bergen immer Gefahren, und sie können in die falschen Hände gelangen. Andererseits gilt es aber auch, Menschenleben zu schützen und die Sicherheit der Menschen in der Region zu festigen. Wir dürfen uns diesen Herausforderungen nicht entziehen, sondern müssen diese Widersprüche aushalten, abwägen und entscheiden. Leicht machen dürfen wir es uns niemals, weder durch ein kategorisches Ja noch durch ein vorschnelles Nein. Verantwortung tragen wir am Ende für unser Nichthandeln genauso wie für unser Handeln.

In Krisengebiete wie die Ukraine, Syrien und Libyen liefern wir keine Waffen, und das aus guten Gründen. Vieles spricht aber dafür, dass die Krise im Nordirak, in Syrien ganz anders gelagert ist. Einerseits ist die ISIS eine völlig neuartige Form der Bedrohung, eine rücksichtslose Terrortruppe, die ein wachsendes Territorium kontrolliert, andererseits steht ihr mit der kurdischen Regionalbehörde eine relativ stabile Struktur gegenüber. Die Kurden sind in der Region das wichtigste Bollwerk gegen diese Mörderbanden von ISIS. Und werden sie überrannt, sind nicht nur Tausende von Menschenleben, sondern auch die Stabilität der gesamten Region in akuter Gefahr, verbunden mit erheblichen Sicherheitsrisiken auch für uns hier in Europa. Die Bundesregierung hat deshalb den Beschluss gefasst, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die militärische Ausrüstung der

(Senator Michael Neumann)

Kurden in ihrem Kampf gegen ISIS zu verbessern. In den kommenden Tagen wird unsere Bundeswehr unter anderem Schutzwesten und Helme auf den Weg bringen. In einem zweiten Schritt werden Fahrzeuge zur Verfügung gestellt werden, und drittens soll eine weitere Ausrüstungshilfe auch in Form von Bewaffnung geleistet werden.

Klar ist dabei aber: Militärische Aufrüstung und Ausrüstung ist keine Strategie. Auf längere Sicht kommt es darauf an, den Mörderbanden von ISIS den Nährboden zu entziehen. Das erfordert mindestens dreierlei: erstens eine Zentralregierung in Bagdad, die alle Gruppen des Landes repräsentiert, zweitens die politische Stabilisierung von Syrien und drittens, den Zufluss von Geld und Kämpfern an ISIS aus dem Ausland zu stoppen.

Die fürchterliche Krise im Irak zeigt erneut, dass der Irakkrieg der USA falsch war. Er hat zum Gegenteil des Gewünschten geführt, er hat die Spannungen in der Region erhöht. Deshalb war unser damaliges Nein, das deutsche Nein zu diesem völkerrechtswidrigen Krieg, richtig.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

Wir dürfen es uns aber in dieser Haltung nicht bequem machen. Wir dürfen nicht zusehen, wenn Bevölkerungsgruppen von fanatischen Terroristen brutal unterdrückt, vertrieben und ermordet werden. Hierbei sind auch wir Hamburgerinnen und Hamburger gefordert. Wir wollen Flüchtlingen helfen, sei es vor Ort oder in unserer Stadt. Und hier hat Hamburg bisher außerordentliches geleistet und will es auch in Zukunft tun. Die Erstaufnahmekapazitäten sind in den letzten 30 Monaten von 70 auf mehr als 2000 Plätze ausgebaut worden. Die Unterstützung vor Ort ist, bei aller Kritik, immer wieder beeindruckend. Besonders ältere Menschen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg selbst Opfer von Krieg und Vertreibung wurden, können sich noch sehr gut erinnern, wie sie in Hamburg Aufnahme und eine neue Heimat gefunden haben. Auch deshalb packen sie mit an und helfen bei der Aufnahme und der Integration von Flüchtlingen in unserer Stadt. Dafür zolle ich, dafür zollt der Senat diesen Menschen großen Respekt, und ich sage Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir müssen aber darüber hinaus auch dafür Sorge tragen, dass nicht weiter Menschen aus unserem Land in unserem Land radikalisiert werden und den Weg über die Türkei nach Syrien und in den Irak suchen und finden, um dort als Kämpfer oder, wie "DER SPIEGEL" schreibt, als Selbstmordattentäter ihr Ende zu finden. Hier werden wir alle rechtlich möglichen und zulässigen Wege zur Ausreiseverhinderung beschreiten. Wir werden die Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden weiter intensi-

vieren und jede Möglichkeit nutzen, Ausreisen zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn ich sage, alles rechtlich zu Gebot stehende und alles, was unser Rechtsstaat möglich macht, dann gilt das natürlich auch für die Verbotsmöglichkeiten von Organisationen und Organisationsstrukturen, sei es in Hamburg, sei es in unserer Republik. Wir nehmen diesen Kampf im Rechtsstaat mit rechtsstaatlichen Mitteln auf und werden ihn auch erfolgreich zu Ende führen.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig haben wir das Beratungsnetzwerk Islamismus in der Federführung der Sozialbehörde initiiert, um präventiv Radikalisierung zu bekämpfen. Natürlich sind alle Organisationen, alle Communities herzlich eingeladen, daran mitzutun, denn es ist eine gemeinsame Hamburger Aufgabe, dieser Herausforderung zu begegnen.

Wir müssen aber auch selbst eine friedliche Gesellschaft bleiben, auch und gerade im Angesicht solcher Bedrohungen und Gewaltexzesse. Das bedeutet für mich, dass wir bei allen unterschiedlichen politischen und religiösen Vorstellungen respektvoll und würdig miteinander umgehen, genauso wie wir die Flüchtlinge in unserer Stadt vor Anfeindungen und Übergriffen schützen müssen. Auch hier werden wir mit aller Konsequenz gegen diejenigen, die unser Recht brechen, vorgehen. Dazu gehört auch, dass wir entschlossen und entschieden jedweder Form von Antisemitismus, Antislamismus oder Antiziganismus als Gesellschaft, aber auch jeder Einzelne von uns, entgentreten werden, denn das Privileg, in einer sicheren, sozialen und demokratischen Gesellschaft leben zu dürfen, wird uns vielleicht gerade in Zeiten solcher Konflikte erst richtig bewusst. Bewusst wird uns aber auch, dass wir tagtäglich dafür arbeiten müssen, diesen guten Weg beizubehalten, und dass diese Werte und Überzeugungen es auch wert sind, verteidigt zu werden. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Jetzt haben alle Fraktionen die Möglichkeit, noch einen Beitrag zu leisten. Frau Scheider von der LINKEN hatte sich gemeldet. Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Hamburg, und das heißt, wir alle müssen das friedliche Zusammenleben in dieser Stadt gewährleisten. Das ist das grundlegende Anliegen, das Frau Özdemir für DIE LINKE dargelegt hat.

(*Kazim Abaci SPD:* Wir auch!)

– Ja, andere auch.

(Christiane Schneider)

Ich wollte gerade sagen: Das Thema entzieht sich eigentlich der Polemik. Ich glaube nicht, dass wir wetteifern sollten, wer am meisten fordert oder schon am meisten gemacht hat. Wir bestreiten auch gar nicht, dass es Beratungsangebote gibt. Aber wenn ich innerhalb weniger Wochen mehrfach angerufen werde von Angehörigen, die sagen, ihre Kinder seien in Gefahr oder schon weg, und die fragen, was sie denn machen können, dann bin ich, ehrlich gesagt, als Person überfordert. Das heißt, wir brauchen auch eine Stärkung der Selbstorganisation der Communities. Wir brauchen Prävention, aber wir brauchen natürlich auch Ansprechpartner, wenn die Situation schon weit fortgeschritten ist. Da muss mehr Öffentlichkeitsarbeit passieren. Ich muss zum Beispiel wissen, wo ich die Leute hinschicken kann, sodass ich nicht völlig damit alleingelassen bin. Diese Probleme gibt es, und deshalb müssen wir da noch mehr tun. Wir bestreiten nicht, dass etwas getan wird, aber wir glauben, dass wir mehr tun müssen.

Ich will hier keine außenpolitische Debatte führen, aber doch auf einige Punkte eingehen, die gesagt worden sind und die uns am Herzen liegen.

Erstens: Die elementarste Forderung ist humanitäre Hilfe. Die humanitäre Hilfe für die von Terror bedrohten Menschen muss absolute Priorität haben. Den Flüchtlingen, das ist schon gesagt worden, fehlt es an allem, an Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten, Zelten. In der kurdischen Autonomieregion des Irak gibt es zurzeit bis zu 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge. Die Region ist mit der Versorgung überfordert. Noch prekärer ist die Situation der Zehntausende, die in das kurdische Selbstverwaltungsgebiet in Syrien, nach Rojava, entkommen sind. Die Leute sind extrem erschöpft und traumatisiert. Die Region ist jedoch einem Embargo durch die Türkei und auch durch die kurdische Autonomieregierung im Nordirak ausgesetzt und wird von der syrischen Seite her durch ISIS bedroht, sodass die gesamte Bevölkerung Mangel leidet und dennoch mit großer Solidarität den Flüchtlingen hilft. Die internationale Hilfe läuft jedoch erst langsam an.

In Hamburg leben viele Menschen, die von der großen Katastrophe direkt betroffen sind: aramäische Christen, Jesiden, Kurden – eine Delegation hat ja auch die Bürgerschaftsfraktionen besucht. Deswegen ist auch Hamburg gefordert; da möchte ich mich dem Appell von Frau Möller ausdrücklich anschließen. Es würde uns gut zu Gesicht stehen, gemeinsam und in Zusammenarbeit mit den Communities einen Aufruf zur humanitären Hilfe für diese Region und für die Flüchtlinge zu machen. Ich bin gewiss, dass es in der Stadt eine große Welle von Solidarität und Hilfsbereitschaft gibt.

Zweitens – das ist schon gesagt worden und ich habe es auch sehr wohl gehört –: Hamburg soll sich bundesweit dafür einsetzen und auch selber

bereit erklären, Menschen aufzunehmen, die hier Zuflucht suchen.

Drittens: Wir haben, und da bin ich anderer Auffassung als der Innensenator, am 26. Februar in diesem Haus über die Problematik deutscher Waffenexporte und über die Bedeutung des Hafens als Waffenumschlagsplatz diskutiert. Es gab viel Kritik an der deutschen Rüstungsexportpolitik. Die Bundesrepublik Deutschland beliefert seit Jahren Saudi-Arabien mit Kriegs- und Kleinwaffen. Darüber hinaus werden in Saudi-Arabien seit Langem Sturmgewehre des Waffenbauers Heckler & Koch in Lizenz produziert – übrigens auch in der Türkei, die bisher eine mehr als problematische Rolle in dem Konflikt spielt. Saudi-Arabien und Katar finanzieren und bewaffnen die ISIS. Unter den Gewehren, die man bei den Dschihadisten hat feststellen können, sind auch G3- und G36-Gewehre von Heckler & Koch. Es ist das Gebot der Stunde zu verhindern, dass auch mit deutschen Waffen Völkermord begangen wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Deutsche Waffenexporte in den Mittleren Osten müssen sofort gestoppt, die Lizenzproduktion dort mit allen Mitteln beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür soll sich Hamburg auf Bundesebene einsetzen, und nicht dafür, Waffen an die Regierung der kurdischen Autonomieregion des Irak zu liefern. Die Peschmerga verfügen in der Tat über moderne Waffen, sie sind gut ausgerüstet. Das Problem ist doch eher, dass die Waffen, die an die Peschmerga geliefert werden, allzu leicht in die Hände der Dschihadisten fallen können. Wir sind gegen deutsche Waffenlieferungen in die Region.

Viertens: Es kann nach allen Berichten überhaupt kein Zweifel bestehen, dass es die PKK und die Verteidigungskräfte des kurdischen Selbstverwaltungsgebiets in Syrien sind, die die Hauptlast des Kampfes tragen. Wir sind der Meinung, dass die Bundesregierung mit diesen Kräften bei der Organisation humanitärer Hilfe zusammenarbeiten muss, auch hier, und deshalb sind wir dafür, dass das Verbot der PKK endlich aufgehoben wird, damit die Hilfe optimal organisiert werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Wird weiterhin das Wort gewünscht? – Dies ist nicht der Fall. Dann ist die Aktuelle Stunde für heute beendet, und wir werden sie morgen mit dem dritten und fünften Thema fortsetzen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2, Drucksache 20/12463, Unterrichtung durch die Präsidentin:

(Erster Vizepräsident Frank Schira)

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**

– Drs 20/12463 –]

Der Stimmzettel für diese Wahl liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte Sie, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf Frau Timmermann und Herrn Wankum bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Das ist der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen.

Das Wahlergebnis wird ermittelt und im Laufe der Sitzung bekannt gegeben.**

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 78, Drucksache 20/12389, Bericht des Verkehrsausschusses: Verkehrsleit- und Informationskonzept für den Ausbau der A 7.

[Bericht des Verkehrsausschusses zum Thema:**Verkehrsleit- und Informationskonzept (VLIK) für den Ausbau der A 7 (Selbstbefassungsan gelegenheit gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürger schaft (GO))**

– Drs 20/12389 –]

Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion hat das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss zugeben, dass es mir nicht ganz leicht fällt, nach dieser Debatte zur Verkehrspolitik zu sprechen, insbesondere nicht nach dem, was Herr Erkalp berichtet hat. Es ist sicher wichtig, sich mit Hamburger Verkehrsproblemen zu beschäftigen, aber wenn wir das hören, dann sind das, verglichen mit dem Los der Jesiden und anderer, natürlich Luxusprobleme, die wir haben. Dennoch, wir haben die Debatte angemeldet, und ich finde es auch richtig, darüber zu diskutieren. Ich wollte aber schon gesagt haben, dass es einen großen Unterschied gibt zwischen der Frage, wie es den Jesiden und anderen geht, und der Frage, wie die Stau-Lage auf der A 7 ist.

Trotz alledem möchte ich Ihnen meinen Vortrag nicht vorenthalten.

Das Problem ist, dass sich der Senat konsequent nicht mit Staus beschäftigt. Wir haben mehrfach angefragt, wo denn Staus seien.

(*Birgit Stöver CDU: Überall!*)

Listet uns doch einmal auf, wo die Staus sind, dann kann man daraus Rückschlüsse ziehen. Die Antwort des Senats war jedes Mal: Das wissen wir nicht, das wird statistisch nicht erfasst. Darum haben wir uns die Mühe gemacht, selber einmal eine Zeitlang zu beobachten, wo denn auf der A 7 Staus sind.

(*Sören Schumacher SPD: Vor Heimfeld!*)

Wir haben nur den August genommen und ziemlich erschreckende Ergebnisse bekommen.

3. August: 25 Kilometer Stau auf der A 7 von Schnelsen-Nord bis Dreieck Hamburg-Südwest, am 4. August 6 Kilometer von Bahrenfeld bis Schnelsen, am 7. August 18 Kilometer von Schnelsen bis Heimfeld, am 8. August 10 Kilometer vom Elbtunnel bis Schnelsen, am 14. August 14 Kilometer vom Volkspark bis Heimfeld, am 21. August 25 Kilometer von Schnelsen-Nord bis Hamburg-Südwest und am 24. August 8 Kilometer von Othmarschen bis Schnelsen. Diese Liste ließe sich fast beliebig fortsetzen. Das sind keine kleinen Staus, das sind Mega-Staus.

(*Dirk Kienscherf SPD: Und immer, wenn Sie da waren! Das sollten Sie mal bedenken!*)

Haben Sie sich eigentlich schon einmal Gedanken darüber gemacht, was 25 Kilometer Stau bedeuten? Da stehen mindestens 5000 Autos, nicht gerechnet die Zehntausende, die warten müssen, bis sie überhaupt in den Stau hineinkommen. Die dort stehenden Autos produzieren Kosten, sie produzieren Abgase und sie produzieren Ärger.

Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion ist, wie alle anderen Fraktionen auch, dafür, dass die A 7 ausgebaut wird.

(*Sören Schumacher SPD: Der ADAC unter den Parteien!*)

Wir sind auch dafür, den A7-Deckel zu bauen. Und es ist völlig klar, dass es bei solch einem Projekt nicht ohne Staus und Behinderungen abgeht. All dies trägt die FDP-Fraktion selbstverständlich mit. Aber spätestens mit Vorlage der Drucksache, über die wir diskutieren, wird klar, dass dieser Senat offensichtlich überfordert ist mit dem Ausbau der A 7, und das geht zulasten der Autofahrer und auch zulasten der Umwelt.

(Beifall bei der FDP)

Der vorliegende Bericht des Verkehrsausschusses – ich habe nur einige Punkte herausgesucht – ist nichts anderes als ein Dokument der Hilflosigkeit.

**Das Wahlergebnis ist auf Seite 6900 zu finden.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Auf Seite 1 können Sie lesen, dass der Senat erreichen will,

"[...] 15 Prozent der Fahrzeuge aus dem Verkehr herauszubringen".

Drei Seiten später muss der Senat einräumen, dass diese 15 Prozent ein absolutes Optimum wären, das man nicht erreichen werde; das stimmt. Ich glaube, bisher hat der Senat es nicht geschafft, auch nur ein einziges Auto aus dem Verkehr herauszunehmen.

Der zweite Punkt: Der Senat sagt auf Seite 5, er wolle, wenn im Westen Probleme auftauchen, die östliche Umfahrung verbessern und da einen guten Verkehrsfluss sicherstellen. Und dann heißt es ernsthaft, die große Baustelle auf der A 1 in Höhe der Glinder Au werde – Zitat –:

"[...] mit Beginn der Bauarbeiten auf der A 7 fast fertig sein; es werde allenfalls eine Überlappung von maximal 1,5 Monaten geben."

– Zitatende.

Nach dieser Rechnung hätten die Bauarbeiten an der Glinder Au Ende Juni beendet sein müssen. Tatsächlich werden die Bauarbeiten, wie der Senat selber in einer Protokollerklärung einräumt, die wir angefordert haben, voraussichtlich bis Ende des Jahres andauern, also nicht 1,5 Monate, sondern sieben. Ich persönlich befürchte, dass es noch länger dauert. Auch das ist ein Zeichen dafür, dass der Senat nicht einmal auf kurze Sicht weiß, was in seiner Stadt passiert.

Der dritte Punkt: Der Senat möchte die Situation auf der A 7 dadurch verbessern, dass der ÖPNV gefördert wird – eine gute Idee. Lesen Sie nach auf Seite 4 der Drucksache, über die wir diskutieren – wörtliches Zitat –:

"Über eine Verstärkung des Schienenpersonennahverkehrs könne erst nachgedacht werden, wenn 2016 hoffentlich die neuen S-Bahn-Fahrzeuge geliefert würden."

– Zitatende.

Meine Damen und Herren! Der Senat redet von Verbesserung des ÖPNV. Er hat nicht einmal einen einzigen Waggon zur Verfügung, um das auch umzusetzen – ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der FDP)

Oder kommen wir zu einem anderen Punkt, der in diesem VLIK so schön genannt wird: Wir wollen eine Stärkung des P+R-Angebots. Eine gute Idee, dafür bin ich auch. Sie alle wissen, was stattdessen passiert. Stattdessen wird Entgelt für P+R eingeführt,

(Sören Schumacher SPD: In Niedersachsen auch!)

und Sie können in der Zeitung nachlesen, Sie können im Fernsehen verfolgen oder es einfach selber sehen, dass die P+R-Stationen leer stehen

(Dirk Kienscherf SPD: Das kommt alles, beruhigen Sie sich!)

und genau das Gegenteil dessen eintritt, was der Senat versprochen hat. Es sind übrigens auch nicht irgendwelche P+R-Stationen, sondern sie sind alle im Einzugsbereich der A 7; ich nenne nur Harburg, Neugraben, Neuwiedenthal und Veddel. Das Gegenteil dessen, was der Senat will, tut er tatsächlich und trägt damit zu Staus auf der A 7 bei.

(Sören Schumacher SPD: In Buxtehude musste man schon immer zahlen!)

Dann hat der Senat gesagt – Nummer 4 seiner Pläne –, er wolle eine umfassende und aktuelle Informationsbereitstellung. Auch dazu haben wir im Ausschuss um eine Protokollerklärung gebeten. Diese besagt nun, es werde noch über die Art der Darstellung diskutiert – Zitat –:

"Auf welchen Daten [...] diese Darstellung basieren soll, wird momentan geprüft."

– Zitatende.

Meine Damen und Herren! Der Senat hat keine Daten, er hat sich noch nicht einmal darum bemüht, Daten zu bekommen und weiß nicht, wie er sie, wenn er sie denn irgendwann einmal hat, darstellen soll. Das ist ein fürchterliches Armutszeugnis. Nichts von dem, was er verspricht, tut er.

(Beifall bei der FDP)

Dann hat der Senat versprochen, er wolle die Situation auf der A 7 dadurch verbessern, dass es in ihrem Einzugsbereich keine anderen Baustellen gebe, damit der Verkehr dort wenigstens abfließen könne. Nun schauen wir unsere Drucksache an. In der Anlage werden Sie nicht weniger als sieben große Baustellen finden, die jetzt oder später während der Baumaßnahmen auf der A 7 im Gang sein werden; Sie alle kennen das Beispiel Kieler Straße/Sportplatzring. Der Senat macht nicht weniger Baustellen, er macht mehr Baustellen und behindert damit die Autofahrer und produziert Staus auf der A 7, die nicht notwendig wären.

(Beifall bei der FDP und bei Christoph Ahlhaus und Klaus-Peter Hesse, beide CDU)

Schauen Sie auf Seite 4 der Drucksache, über die wir diskutieren. Da steht, dass die Leistungsfähigkeit der A 7 am stärksten durch die Baumaßnahmen im Elbtunnel beeinträchtigt sei. Und dann kommt Senator Horch am 2. Juli und feiert sich ganz groß dafür, dass die Bauarbeiten am Elbtunnel früher fertig werden – Zitat Horch –:

"Der Elbtunnel ist jetzt gerüstet für die kommenden Jahre."

(Dr. Wieland Schinnenburg)

– Zitatende.

Lieber Herr Horch, das war Anfang Juli. Da frage ich mich, wie es im August zu bis zu 25 Kilometern Stau kommen kann. Ich glaube, Sie wissen nicht einmal, wo die Probleme auf der A 7 sind; der Elbtunnel gehört jedenfalls nicht mehr dazu, den haben Sie ja nun so schön saniert. Sie haben gar nicht gemerkt, wo die wirklichen Probleme stecken. Als Ergebnis stehen Tausende Autofahrer im Stau und der Senat steckt im eigenen Planungschaos.

Der Senat weiß doch seit Jahren, was auf ihn zukommt. Es ist ja kein plötzliches Ereignis, dass eine Fahrbahn kaputt geht. Seit Jahren weiß dieser Senat, dass etwas im Bereich der A 7 getan werden muss und eine große, unvermeidliche Baustelle kommt. Da ist es schon ein ziemliches Armutszeugnis, nicht vorbereitet zu sein.

Meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich wenig Hoffnung, dass der Verkehrssenator in diesem Bereich noch etwas tut, aber ein bisschen Hoffnung habe ich noch auf den Ersten Bürgermeister. Schließlich ist er einmal mit der Parole vom ordentlichen Regieren angetreten.

(Dirk Kienscherf SPD: Was macht denn der Staukoordinator?)

Wenn Sie die Presse verfolgen, dann werden Sie feststellen, dass der Erste Bürgermeister sich nicht zu Verkehrsfragen äußert, schon gar nicht zur A 7. Nun dürfen Sie ihm aber nicht vorwerfen, dass er gar nichts sage oder tue; das stimmt nicht. Am 14. August hat er immerhin Aale in die Alster gegossen, und dazu – es war ihm offenbar nicht peinlich genug – gibt es auch ein schönes Zitat von ihm. Er sagte:

"Der Aal gehört zu Hamburg – da packt der Bürgermeister auch mit an."

– Zitatende.

Herr Bürgermeister, packen Sie endlich einmal da an, wo es die Leute wirklich interessiert und wo ihnen der Schuh drückt und nicht bei Aalen in der Alster.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es hatte schon einen gewissen Symbolwert: Am Aalaktionstag des Bürgermeisters, am 14. August, hatten wir einen 14 Kilometer langen Stau auf der A 7. Während der Bürgermeister in aller Ruhe Aale in die Alster schüttet, stehen die Bürger dieser Stadt und unsere Gäste im Stau und sind genervt. Da zeigt sich der Unterschied zwischen dem Handeln des Bürgermeisters und dem, was er eigentlich tun müsste.

(Beifall bei der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Herr Bürgermeister, kümmern Sie sich endlich um die wirklichen Sorgen der Menschen. Wenden Sie den Verkehrskollaps ab, und machen Sie vor allem Ihrem Verkehrssenator Beine, damit endlich Bewegung in diese Stadt kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat das Wort Frau Koeppen von der SPD-Fraktion.

Martina Koeppen SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schinnenburg, das einzige Armutszeugnis der Nichtvorbereitung war Ihre Rede, die wir eben gehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten sich die Situation vor Ort wirklich einmal anschauen; Sie scheinen sich überhaupt nicht auszukennen, was die A 7 angeht. Ein kleiner Hinweis: Die Baustelle Sportplatzring/Kieler Straße ist keine Straßensanierung, sondern eine Baustelle der DEGES, eine Maßnahme, die gerade im Zusammenhang mit dem Ausbau der A 7 umgesetzt wird. Aber auch darüber haben wir im Verkehrsausschuss gesprochen. Das scheinen Sie vergessen zu haben. Zur Aufzählung der ganzen Staus, die Sie heute wieder gebracht haben: Herr Schinnenburg, während Sie noch mit den Aufzählungen beschäftigt sind, hat dieser SPD-Senat wieder eine Straße saniert.

(Beifall bei der SPD und Heiterkeit bei Dietrich Wersich CDU)

Genau das ist der Unterschied zwischen Reden und Handeln, sehr geehrter Herr Schinnenburg.

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Da mögen Sie noch so lautstark in der Presse verkünden, dass der Senat nun seine Maske fallen lasse und der Autofahrer keine Hilfe von ihm zu erwarten habe. Unsere Antwort darauf lautet: Noch nie hat ein Senat so viele Haushaltsmittel für die Sanierung von Straßen zur Verfügung gestellt wie dieser SPD-Senat. Bis zum Februar 2015 werden wir 400 Kilometer Straße in Ordnung gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann natürlich verstehen, dass Sie angesichts dieser Zahlen vor Wut schäumen. Dieser Senat schwingt keine großen Reden, sondern packt die Probleme an und bewältigt sie, Herr Dr. Schinnenburg.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Wer glaubt denn das?)

Und genau dies gilt auch für die Entwicklung des Verkehrsleit- und Informationskonzepts während der Bauphase auf der A 7. Da macht es dann auch

(Martina Koeppen)

wenig Sinn, Herr Hesse, wenn Sie uns im Juni dieses Jahres in der Bürgerschaft berichten, Sie seien an einem Wochenende dreimal über die A 7 gefahren, um einen Stau zu suchen. So etwas nennt man vergeblichen Sensationstourismus.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht, Herr Hesse, sollten Sie diese Zeit ein bisschen besser nutzen und sich einmal mit den neuesten Zahlen des ÖPNV-Kundenbarometers auseinandersetzen. 42 Prozent der Befragten – hören Sie gut zu – bewerten die Maßnahmen zur Busbeschleunigung als positiv und nur 16 Prozent als negativ. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Till Steffen GRÜNE*: Was hat denn das mit der A 7 zu tun? – *Finn-Ole Ritter FDP*: Die Umfrage war wahrscheinlich auf dem Landesparteitag!)

Herr Hesse, um noch einmal auf die Stau-Lage zurückzukommen: Es ist natürlich kein Wunder, dass Sie da keinen Stau vorgefunden haben, denn die Maßnahmen, die vom SPD-Senat in Angriff genommen worden sind, auch jetzt zum Beginn der Ausbauarbeiten zur Langenfelder Brücke, greifen, und das ist richtig so.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Mit der vom Senat entwickelten Fünf-Säulen-Strategie für die Bauzeit auf der A 7 wurde nun erstmalig ein durchdachtes Konzept vorgestellt. So soll neben der eben schon erwähnten sicheren und leistungsfähigen Verkehrsführung im Baustellenbereich eine groß- und kleinräumige Verkehrslenkung im Korridor A 7, eine Verkehrsverlagerung und eine umfassende und aktuelle Informationsbereitstellung dafür Sorge tragen, dass die Baumaßnahmen den Verkehrsfluss nicht beeinträchtigen. Mit der Einsetzung des Verkehrskoordinators Gerhard Fuchs wurde gemeinsam mit Schleswig-Holstein eine übergeordnete Stelle eingerichtet, die von Herrn Fuchs mit viel Fachwissen und Engagement ausgefüllt wird. Dieser Maßnahmenkatalog zeigt deutlich, dass die Verkehrsbehörde mit Verstand geführt wird und nicht autofahrerverachtend handelt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hesse von der CDU-Fraktion.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

– Herr Kienscherf, Sie können auch rausgehen, das ist für Sie und für mich

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Angenehmer!)

das Beste.

Liebe Frau Koeppen, ich war sehr gespannt auf Ihre Rede und habe gedacht, es ist so viel passiert im letzten Jahr, jetzt werden wir von Frau Koeppen auch noch erfahren, was zukünftig passiert. Aber das Einzige, was Sie hier vorne gemacht haben, ist, das SPD-Phrasenschwein zu füttern mit irgendwelchen nichts aussagenden Sätzen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist bei dir etwas ganz anderes!)

– Genau, denn ich werde gleich sehr, sehr viel zu dem sagen, was die SPD hätte machen können und was nicht.

Sie haben lediglich persönliche Beleidigungen hier ausgesprochen, es war keine Substanz in Ihrer Rede. Insofern wollen wir jetzt einmal anfangen mit Substanz.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Rednerwechsel?)

Liebe Frau Koeppen, beginnen wir einmal mit dem Kundenbarometer, bevor ich zur A 7 komme. Wenn Sie weiterhin versuchen, sich für dieses missratene Busbeschleunigungsprogramm zu feiern und dafür das Kundenbarometer des HVV anführen, dann würde ich Sie wirklich bitten, sich einmal zu überlegen, welche Antwort Sie bekommen hätten, wenn Sie einen Fahrgast gefragt hätten, ob er auch dafür sei, dass wir an jeder Bushaltestelle Fahrscheinautomaten bekommen, damit es noch schneller vorangeht in unseren Bussen. Ich prophezeie Ihnen, dass Sie eine achtzig- oder neunzigprozentige Zustimmung von den Kunden des HVV bekommen hätten. Oder eine weitere Frage, die der HVV aber nie stellen würde: Der Senat hat gerade beschlossen, die HVV-Preise zu erhöhen. Sind Sie dafür, liebe Kunden, weil die Leistung, die wir Ihnen anbieten, so toll ist? Ich prophezeie Ihnen, Frau Koeppen, dass 80 oder 90 Prozent sagen würden, das fänden sie falsch, denn es sei der Leistung, die der HVV anbiete, nicht angemessen. Deswegen ist die von Ihnen schon wieder geplante HVV-Preiserhöhung auch falsch. Insofern kommen Sie mir nicht mit irgendwelchen Einzelfragen und versuchen Sie nicht, diese dafür herhalten zu lassen, vermeintliche Erfolge eines missratenen Busbeschleunigungsprogramms zu verkünden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nun kommen wir zur A 7. Ich habe mich in den vergangenen zwei, drei Monaten mit diesem Thema beschäftigt und kann dem Kollegen Schinnenburg nur zustimmen. Im Anschluss an unsere Ausschusssitzungen, an die Expertenanhörung, die Senatsbefragung, die Staukoordinatorbefragung hatten wir doch wirklich eine Menge Informationen, die im Ergebnis die Situation eigentlich nur noch schlimmer machen. Aufgrund Schriftlicher Kleiner Anfragen wissen wir mittlerweile auch, dass der

(Klaus-Peter Hesse)

Senat es immer noch nicht geschafft hat, Echtzeitverkehrslagedaten anzukaufen. Was sind Echtzeitverkehrslagedaten? Das sind Daten, die über die tatsächliche Stausituation auf den Straßen unserer Stadt und den Autobahnen Auskunft geben. Anbieter dieser Daten sind zum Beispiel Google oder TomTom. Wir haben Anfang des Jahres im Verkehrsausschuss vom Senator die Auskunft bekommen, sie stünden längst in Verhandlungen, diese Daten kämen jetzt und würden umgesetzt. Vor wenigen Tagen habe ich auf eine Schriftliche Kleine Anfrage die Antwort bekommen, es stehe immer noch nicht fest, wann das komme, eventuell am Ende des Jahres. Wie wollen Sie überhaupt etwas planen, wenn Sie gar nicht wissen, wie die Stausituation in der Stadt ist und wie sich die Verkehre auf den Straßen entwickeln? Wie sollen geeignete Verkehrskonzepte entwickelt und umgesetzt werden, wenn man diese Kenntnis gar nicht hat? Handeln Sie endlich, Herr Senator. Wir haben das vor mehr als einem Jahr angemahnt. Kaufen Sie die Daten endlich. Verschaffen Sie sich eine Grundlage, damit endlich eine Politik gemacht wird, die zielgerichtet ist und Staus beseitigt anstatt Staus zu produzieren.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Expertenanhörung hatten wir auch einen Vertreter aus Hessen.

(*Hansjörg Schmidt SPD: Ernsthaft?*)

– Ernsthaft.

Er hat auf Einladung der CDU dort ausgeführt, was man von Hessen Mobil für die Staukoordination auf Autobahnen lernen kann. Frau Koeppen, ich weiß nicht, ob Sie sich an Ihre Nachfrage in dieser Sitzung noch erinnern können. Sie haben gesagt: "Was wollen Sie hier eigentlich? Sie sagen doch gar nichts zum Thema." Wenige Wochen später im April dieses Jahres – auch das laut einer Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage – sind Vertreter der Hamburger Verkehrsbehörde nach Hessen gefahren und haben sich bei Hessen Mobil über die Themenkomplexe Baustellenmanagement, dynamische Verkehrslenkung, Alternativroutensteuerung, Leit- und Steuerungszentralen sowie Öffentlichkeitsarbeit informiert. Viel zu spät, im April schickt diese Behörde Menschen nach Hessen nach einer Expertenanhörung im Ausschuss, um sich schlau zu machen, was man auf Hamburger Autobahnen anders machen kann. Das ist Dilettantismus, das hätte man auch schon ein Jahr früher machen können.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD: Vier Jahre vorher hätte man das auch schon machen können!*)

Das Gleiche gilt für die Koordination mit dem Umland. Auch hier haben wir mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage festgestellt, dass diese erst mit dem von Ihnen eingestellten Staukoordinator be-

gonnen hat. Erst seitdem gibt es vernünftige Gespräche mit Schleswig-Holstein. Mit der A 7 planen wir ein gemeinschaftliches Projekt, aber erst mit der Einsetzung eines Staukoordinators werden mit den Gemeinden im Umfeld der A 7 Gespräche aufgenommen. Das ist viel zu spät, und das zeigt, wie schlecht die Zusammenarbeit der SPD in Hamburg mit der SPD in Schleswig-Holstein läuft und wie spät die Behörden in Hamburg und Schleswig-Holstein in dieser Frage anfangen zusammenzuarbeiten.

Wir haben zudem nachgefragt, wann denn das Baustellenmanagement auf der A 7 endlich beginnen soll. Dazu haben wir nun Auszüge aus dem Projektvertrag bekommen, und die Ergebnisse sind niederschmetternd. Es gibt keinerlei Vorgaben und Hinweise, wie und wann ein umfangreiches Baustellenmanagement beginnen soll. Man will, dass die Baufirma, die den Zuschlag bekommen hat, hierzu Vorschläge macht. Man weiß aber noch nicht, wann das geschieht. Man hofft und rechnet damit, dass das Ende des Jahres geschieht. Das heißt, man hat bis heute gewartet, man hat bei der Ausschreibung keine Vorgaben zu einem Baustellenmanagement gemacht und hofft darauf, dass derjenige, der den Zuschlag bekommt, dem Senat aus der Klemme hilft. Wir wissen nicht, was passieren wird. Ich hoffe, dass es funktioniert, aber auch das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, viel zu spät.

(Beifall bei der CDU)

Am nächsten Samstag beginnt die Heimsaison für den HSV. Auch hier haben wir gedacht, na ja, die A 7 ist schon ein Zufahrtsweg zu den Arenen im Volkspark, und dieser Senat wird sich sicherlich Gedanken gemacht haben, was denn auf dieser auch ohne Baustellen schon stark überlasteten A 7 gemacht werden kann. Es wird doch sicherlich jemand geben, der sich Konzepte ausgedacht hat. Aber auf Anfrage von uns stellt sich heraus, dass keine weiteren Maßnahmen geplant sind, um bei Großveranstaltungen in den Arenen flexibel auf das zu erwartende höhere Verkehrsaufkommen zu reagieren. Stattdessen belässt es der Senat bei der Hoffnung, dass die Besucher der Arenen möglichst auf den öffentlichen Personennahverkehr umsteigen. Das ist eine Strategie nach dem Motto "Augen zu und durch". Das wird nicht funktionieren. Diese Stausituation, insbesondere bei Parallelveranstaltungen – das prognostiziere ich Ihnen schon jetzt, und wir werden darauf zurückkommen –, wird Sie einholen. Wir werden bei Veranstaltungen Verkehrschaos rund um die Arenen haben, und Sie haben sich bis heute keine Gedanken gemacht, wie Sie durch Verkehrsregelungen oder andere Maßnahmen darauf reagieren können, zum Beispiel durch Freigabe von mehreren Spuren in eine Richtung bei Anfahrt und Abfahrt. Auch hier kümmern Sie sich viel zu spät um die Verbesse-

(Klaus-Peter Hesse)

zung der Stausituation für Nutzerinnen und Nutzer der Arenen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will einmal etwas Positives über die SPD sagen. Das P+R-Angebot, so haben Sie mir geantwortet, werde wegen der Stausituation auf der A 7 erweitert.

(Dietrich Wersich CDU: Ja, wir haben jetzt mehr freie Plätze!)

Besonders das Hamburger Umland schafft weitere P+R-Möglichkeiten. Während das Umland P+R-Maßnahmen trifft, fangen Sie in Hamburg an, P+R-Gebühren einzuführen, damit auch wirklich noch der letzte Pendler sich sagt, ich fahre entweder mit dem Auto direkt in die Stadt oder ...

(Dirk Kienscherf SPD: Der fährt doch nicht direkt in die Stadt, weil es da zwanzigtausendmal teurer ist! Das ist doch Blödsinn, Herr Hesse!)

– Das ist kein Blödsinn, weil wir schon jetzt feststellen, lieber Herr Kienscherf – und darüber können Sie sich mit dem Kollegen Vahldieck einmal Gedanken machen –, dass die Leute in andere Parkhäuser fahren, dass sie im Umfeld von P+R-Anlagen parken und dass sie direkt in die Stadt fahren. Das heißt, Sie schaffen mit Ihren P+R-Gebühren Parksuchverkehre; Sie belasten die Anwohnerinnen und Anwohner von P+R-Anlagen. Das ist die Wahrheit, lieber Herr Kienscherf. Damit verbessern Sie die Situation auf unseren Straßen nicht.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD: Wo fährt denn einer in die Innenstadt, um hier 25 Euro im Parkhaus auszugeben?*)

Insofern haben Sie sich auch hier viel zu spät und unkoordiniert mit dem Thema auseinandergesetzt.

Wir haben dann nach unserer letzten Verkehrsausschusssitzung mit großer Spannung auf das Zusammentreffen der Verkehrsunternehmen gewartet. Der Senat, lieber Herr Horch, hatte angekündigt, sich in den nächsten Tagen mit den Hamburger Verkehrsunternehmen zusammzusetzen. Es werde dann klare Ergebnisse und Maßnahmen geben, wie die Konzeption verbessert werden kann, sodass mehr Autofahrer den öffentlichen Personennahverkehr nutzen. Pustekuchen. Dieses Treffen ist wie eine Seifenblase geplatzt. Keine Maßnahmen konnten bei diesem Treffen verabredet werden. Die Verkehrsunternehmen haben sich nicht bereit erklärt, in irgendeiner Form Maßnahmen zu verbessern, Taktfrequenzen zu verändern. Dieses Treffen ist gescheitert, weil es schlecht vorbereitet war und weil es im Übrigen viel zu spät von Ihnen angedacht und durchgeführt wurde. Wenn sich die Verkehrsunternehmen weigern und keine Alternativen für Autofahrerinnen und Autofahrer anbieten, dann werden Sie die 15 Prozent

Entlastung auf der A 7, die Sie uns im Verkehrsausschuss versprochen haben, nicht erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Am schlimmsten ist der Umgang mit den Wirtschaftsverbänden. Auch das kam viel zu spät, nämlich im April dieses Jahres, nachdem die Hamburger Wirtschaft aufgeschrien und gesagt hat, wir ersticken im Stau und im Verkehrschaos. Ich glaube, am 8. oder 9. April haben Sie zum Verkehrsdialog eingeladen, um sich die Ideen und Vorschläge der Unternehmen anzuhören. Ich habe gedacht, daraus könnte vielleicht ein dauerhaftes Miteinander entstehen, sodass man im Gespräch bleibt und sich über die Maßnahmen austauscht. Pustekuchen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auf Anfrage der CDU-Fraktion sagte der Senat, wir haben nun zweimal mit den Wirtschaftsunternehmen und -verbänden zusammengesessen, das reicht. Wir brauchen keinen weiteren Dialog mit den Wirtschaftsunternehmen und -verbänden. Das ist Ihr Umgang mit der Hamburger Wirtschaft: Teilvorschläge nicht umzusetzen und zu sagen, diskutieren brauchen wir mit euch auch nicht, wir haben euch zweimal angehört, das reicht. Das ist Hohn und Spott für die Hamburger Wirtschaft. Herr Senator, ich hätte gerade von Ihnen etwas mehr erwartet.

(Beifall bei der CDU)

Insofern wird uns bezüglich der A 7 noch sehr viel Ärger bevorstehen. Ihre Maßnahmen greifen viel zu spät. Die CDU-Fraktion hat schon vor anderthalb Jahren einen Großteil der Maßnahmen, die nun erst teilweise andiskutiert werden und zur Umsetzung kommen, angeschoben. Sie, lieber Verkehrssenator Horch, lassen die Autofahrerinnen und Autofahrer in unserer Stadt und auf der A 7 im Stich.

(Arno Münster SPD: Das ist Blödsinn! Immer dieselbe Leier!)

Sie schädigen durch Nichtstun und spätes Tun nachhaltig die Hamburger Wirtschaft. Sie sind aus meiner Sicht in Ihrem Amt als Verkehrssenator überfordert. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir gegen diese Planung ohne Konzept und ohne Verstand auch immer wieder angehen. Wir müssen deutlich machen, dass diese Verkehrsbehörde endlich konzeptionell arbeiten muss, sodass die rechte Hand weiß, was die linke Hand macht, und dass keine unsinnigen Vorschläge wie Radverkehrsstraßen um die Alster gemacht werden, die Autofahrer schikanieren und wo Familien nicht mehr mit dem Auto an die Alster fahren können und auch Behinderte nicht. Sie spielen einen Verkehrsteilnehmer gegen den anderen aus. Damit kommen Sie nicht durch. Ihnen fehlt ein Gesamtkonzept, Ihnen fehlt eine Gesamtplanung, Ihnen fehlt die Übersicht. Sie sind ein Senator auf Abruf.

(Klaus-Peter Hesse)

(Beifall bei der CDU – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Steffen von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke Herrn Schinnenburg für den Hinweis, dass dieses Thema sicherlich nicht den Stoff für eine Rede zur weltpolitischen Lage hergibt. Ich glaube, es geht schlicht und einfach um eine Baustelle, die letztlich eine von vielen Autobahnbaustellen in der Republik ist, die es zu bewältigen gilt, und die auch grundsätzlich zu bewältigen ist. Die Frage, die wir ernsthaft beantworten müssen, ist, ob die damit einhergehenden Belastungen vermeidbar sind oder nicht. Die Belastungen sind natürlich schon sehr erheblich für diejenigen, die sich regelmäßig auf der A 7 bewegen. Es sind massive Verkehrsbehinderungen mit dieser Baustelle verbunden. Wir haben die ersten beiden Abschnitte erleben dürfen, zunächst die Sanierung des Elbtunnels und nun die Baustelle an der Langenfelder Brücke. Es gibt schon erhebliche Staus, erhebliche Verzögerungen, und das ist natürlich besonders einschneidend für den Wirtschaftsverkehr, der auf diese Achse angewiesen ist. Die Baustellen wirken sich natürlich nicht nur auf die A 7 aus. Wenn die Navigationsgeräte eine Fahrzeitverlängerung von einer Stunde ausweisen und es wesentlich schneller ist, durch die Stadt zu fahren, um von Süden kommend in den Westen der Stadt zu gelangen, dann wissen wir auch, dass die gesamte Stadt von zusätzlichem Verkehr betroffen ist. Deswegen gilt es natürlich schon, sehr genau zu schauen, ob es Möglichkeiten zur Vermeidung dieser Belastungen gibt.

Ich bin dem Senat für seine schonungslose Offenheit dankbar, die durch das Gutachten entstanden ist. Drei Gutachter haben es im Auftrag des Senats zur Frage erstellt, was man eigentlich zur Leitung und Beeinflussung des Verkehrs während dieser langjährigen und großen Baumaßnahme machen kann. Dieses Gutachten ist vorgelegt worden, und Herr Schinnenburg und Herr Hesse haben zutreffend die entscheidende Erkenntnis daraus zitiert. Sie lautet: Wenn es uns gelingt, 10 bis 15 Prozent weniger Verkehr auf dieser Achse zu haben, dann gibt es bis zu 70 Prozent weniger Stau. Es geht also nicht darum, dass wir kurzfristig 50 Prozent des Verkehrs verlagern müssen, sondern es geht um durchaus realistische Zahlen von 10 bis 15 Prozent. Wenn uns das gelingt, dann kann es zu einer erheblichen Entlastung kommen. Und diese deutlichen Fahrzeitverlängerungen, die sich auf alle, die dort durch müssen, massiv auswirken, könnten vermieden werden.

Nun ist die spannende Frage: Was kann getan werden? Dieses Gutachten macht eine ganze

Menge Vorschläge. Laut Gutachten könnte zum Beispiel die eine oder andere Abbiegesituation verändert werden, sprich, wir verlagern den vorhandenen Autoverkehr auf andere Straßen. Dem sind natürlich Grenzen gesetzt, weil wir den Verkehr von der A 7 gerade nicht durch die Stadt schicken wollen. Von diesen Vorschlägen hat der Senat eine ganze Reihe umgesetzt, aber darauf beschränkt es sich dann im Wesentlichen. Dieses Gutachten, das seit dem vierten Quartal 2013 in der Endfassung vorliegt und das bestimmt schon länger von der Behörde zusammen mit den Gutachtern diskutiert worden ist, macht eine ganze Menge Vorschläge, Vorschläge, die man fast alle binnen eines Jahres hätte umsetzen können. Wenn Sie also ein bisschen früher angefangen hätten, dann hätten viele Maßnahmen auch parallel ergriffen werden können. Neben den Umleitungsstrecken, die man für den Autoverkehr eingerichtet hat, hätte man noch viele andere Maßnahmen ergreifen können.

Als wir zuletzt darüber gesprochen haben, hatte ich angeregt, gerade für den innerstädtischen Verkehr ein attraktives Angebot für den Radverkehr zu machen wie ausgebaute Fahrradrouen und zusätzliche StadtRAD-Stationen genau in der Region. Darüber wurde hier weithin gelacht. Ein paar Tage später haben wir dann dieses Gutachten in die Hand bekommen, und die Gutachter schlagen genau das als eine Maßnahme vor. Sie fragen, sollte nicht gerade der Ausbau der Velorouen in dieser Region vorgezogen werden? Sollten nicht gerade dort leistungsfähige Verbindungen und attraktive Angebote zum Radfahren geschaffen werden?

Der nächste Vorschlag der Gutachter ist der Ausbau der Busverbindungen in der Region, um die regionalen Verkehre, also die Verkehre von Eidelstedt nach Stellingen und Eimsbüttel, von Niendorf nach Altona vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel zu verlagern. Wir haben in diesen Bereichen vielfach Buslinien, die im 20-Minuten-Takt unterwegs sind. Das ist nicht besonders attraktiv, und hier würde man wirklich etwas machen können. Die wichtigste Maßnahme, die natürlich nicht im Frühjahr dieses Jahres hätte umgesetzt sein können, die aber eben immer noch während der gesamten Bauphase umgesetzt werden könnte, ist die Umwandlung der AKN in eine S-Bahnstrecke. In der Sache sind wir uns eigentlich alle schon sehr lange einig, aber die standardisierte Bewertung, also die Berechnung von Kosten und Nutzen dieser Maßnahme, wird seit Monaten hinausgezögert. Die Berechnung liegt schon lange vor, aber die Veröffentlichung wird hinausgezögert. Das Ministerium in Kiel und die Behörde in Hamburg kommen hier nicht richtig aus dem Quark. Ich weiß nicht genau, woran es liegt, aber wenn das wirklich eine prioritäre Maßnahme wäre, dann müsste eine Behörde doch im Gegenteil dafür sorgen, dass bei

(Dr. Till Steffen)

einem solch wichtigen Schritt die Entscheidung fällt, das zu machen und auch die nur noch wenige Jahre dafür zur Verfügung stehenden Bundesmittel dafür in Anspruch zu nehmen, sodass eine solche Maßnahme beschleunigt wird anstatt sie immer weiter zu verschleppen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich leisten alle diese Maßnahmen jeweils einen begrenzten Beitrag. Natürlich kann keine dieser Maßnahmen für sich all diese Probleme lösen. Es geht aber darum, in der Summe zu einer Verlagerung von 10 bis 15 Prozent der Verkehre zu kommen, damit in der Bauphase die Situation erträglich bleibt. Wenn man das wirklich zusammengebunden hätte, wenn man gesagt hätte, wir haben ein Maßnahmenpaket und attraktive Alternativen, dann hätte man das mit einer wirklich guten Öffentlichkeitsarbeit verbinden können. Die Menschen sind doch nicht blöd und wissen natürlich, dass eine solche Baustelle mit Beeinträchtigungen verbunden ist und dass man auch nicht aus Daffke eine solche Baustelle macht. Dann hätte man den Menschen sagen können: Die Situation ist schwierig, aber wenn viele Beteiligte mitwirken, wenn viele Beteiligte sich darauf einstellen und ihren Beitrag leisten, dann werden wir das schaffen. Es gibt doch wirklich tolle Kampagnen, die in anderen Situationen eingesetzt wurden. Ich finde immer noch – auch wenn ich sonst kein Fan der Organisation bei der Deutschen Bahn bin –, dass die Kampagne mit dem Maulwurf, der darauf hinweist, wann man sich auf Beeinträchtigungen einstellen muss, tatsächlich zeigt, dass man solche Umstände auch auf eine Art verkaufen kann, dass die Leute sie annehmen und sagen, da kommen wir gemeinsam durch. Wenn der Senat auf der einen Seite sein Maßnahmenpaket und attraktive Alternativen vorgestellt und auf der anderen Seite gesagt hätte, jetzt seid ihr als Bürgerinnen und Bürger der Stadt und des Umlands dran, ändert euer Verhalten für diesen Zeitraum, dann hätte man natürlich eine ganze Menge erreichen und tatsächlich viele Beeinträchtigungen vermeiden können.

Man fragt sich tatsächlich, was in dieser Behörde eigentlich in der ganzen Zeit passiert ist. Diese Baumaßnahme hat man sich doch nicht erst voriges Jahr überlegt, sondern schon vor Langem. Es ist ein Staukoordinator berufen worden,

(*Olaf Ohlsen CDU: Worüber redet der?*)

der im Frühjahr dieses Jahres zu Beginn der Maßnahme neue Vorschläge machte. Entweder sind sie unsinnig, dann fragt man sich, was dieser Mensch dort macht, oder aber diese Maßnahmen hätten schon längst umgesetzt werden können. Man hat den Eindruck, dass in dieser Behörde jahrelang an der Matratze gehorcht wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE: Über den Ausbau der A 7 gibt es bei den größeren Fraktionen und auch den GRÜNEN eine große Übereinstimmung.

(Zurufe aus dem Plenum)

– Die FDP nicht, die ist doch klein.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Klein und niedlich!*)

Trotzdem ist auch die FDP dafür, dass die A 7 ausgebaut wird. Das heißt, auch Sie sind dafür, den Autoverkehr zu fördern. Herr Schinnenburg, ich glaube, in 20 Jahren werden Sie froh sein, wenn die Staus in der Stadt nur 5 Kilometer lang sind, denn mit Ihrer Förderpolitik des Autoverkehrs werden Sie es nicht erreichen, dass es in Hamburg weniger Probleme gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir reden über eine zehn Seiten lange Drucksache, falls Sie es nachlesen wollen. Herr Schinnenburg hat sehr viel wiederholt nach dem Motto "Wir machen etwas Gedächtnistraining". Acht Wochen später das noch einmal zu verfestigen, soll immer sehr gut sein.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Wiederholung gibt der FDP Sicherheit!*)

– Genau, Wiederholung gibt der FDP Sicherheit, sagt Herr Ritter gerade.

Nun wissen alle und können es auch nachlesen, dass die FDP im Verkehrsausschuss genauso phantasievoll argumentiert hat. Phantasievoll insofern, indem Sie bewiesen haben, dass Sie zwar sehr gut darin sind – und sich auch sehr gern darin aalen – zu beschreiben, was alles schlecht ist. Sie haben es aber bisher nicht geschafft aufzuzeigen, was denn passieren soll. Ich glaube, es ist Ihr Problem, dass Sie auch nicht wissen, was der Senat besser machen soll. Sie sagen zwar, das ist nicht schön. Aber wie soll es denn gehen? Sie haben im Ausschuss gesagt, Sie würden alle unvermeidbaren Belastungen mittragen. Die CDU war sogar noch besser und hat gesagt: Nicht alles, was der Senat macht, ist schlecht. Höre, höre, kleine Angebote an die SPD. Aber auch dort sind Verbesserungsvorschläge völlig unterblieben.

Wenn man sich anschaut, was der Senat in seinem Konzept wunderbar aufgeschrieben hat, dann kann man sagen, dass dieses Konzept ganz schön blauäugig ist. Um 10 bis 15 Prozent soll der Autoverkehr auf der A 7 entlastet werden. Ich habe mehrfach nachgefragt und der Senat musste zugeben, dass es wirklich eine sehr optimistische Schätzung ist und dass das nur eintreten kann, wenn alles gut läuft. Sie haben von einem Strauß aus Einzellösungen gesprochen. Mein Gefühl ist,

(Heike Sudmann)

dass Ihr Strauß schon verwelkt sein wird, bevor er überhaupt auf dem Tisch steht.

(Finn-Ole Ritter FDP: Ein Potpourri!)

Genauso blauäugig finde ich auch Ihre Aussage, Sie hätten mit den Unternehmerverbänden gesprochen und wollten darauf hinwirken, dass die Arbeitszeiten entzerrt würden, damit es zu den Hauptverkehrszeiten weniger Berufsverkehr gibt. Ich glaube, wenn Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anbieten würden, sechs Stunden weniger zu arbeiten, dann könnte das klappen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Das würde von den LINKEN kommen!)

Aber warum soll jemand Interesse daran haben, entweder morgens um fünf Uhr anzufangen oder aber vormittags um zehn Uhr, wenn er oder sie dann entsprechend länger arbeiten muss. Das klingt wunderbar, aber auch das ist irgendwie Tetje mit de Utsichten. Das wird niemand umsetzen können.

(Zuruf aus dem Plenum)

– Genau, Tetje auch nicht.

Ich komme zu einem relativ kurzen Fazit,

(Beifall bei Finn-Ole Ritter FDP)

denn ich will nicht wie meine Vorredner und meine Vorrednerinnen alles noch einmal wiederholen. Sie können lesen. Das Konzept nennt sich Verkehrsleit- und Informationskonzept, abgekürzt VLIK. Ich finde, der Name ist symptomatisch. Sie haben einen Flickenteppich vorgelegt. Sie haben nicht dargelegt, wie der ÖPNV nun gestärkt werden kann. Sie haben nicht dargelegt, welche Alternativen Sie wirklich umsetzen und nicht nur aufs Papier schreiben wollen. Insofern sehe ich keine guten Zeiten auf Hamburgs Autobahnen zukommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von dem Bericht des Verkehrsausschusses aus der Drucksache 20/12389 Kenntnis genommen hat.

Um den Spannungsbogen aufrechtzuerhalten, möchte ich nun gern das Wahlergebnis der Wahl einer Deputierten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation verkünden.

Auf Frau Rosemeier entfielen 99 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und elf Enthaltungen. Somit ist Frau Rosemeier gewählt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 110,

Drucksache 20/12687, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Umweltgerechtigkeit: Strategien und Maßnahmen zur Minderung ungleich verteilter Umweltbelastungen in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Umweltgerechtigkeit: Strategien und Maßnahmen zur Minderung ungleich verteilter Umweltbelastungen in Hamburg!
– Drs 20/12687 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit 2011 führt das Umweltbundesamt ein Projekt "Umweltgerechtigkeit" durch. Dabei geht es um neue sozialräumliche Methodik und Herangehensweise. Der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Umweltgüte soll untersucht werden, und es sollen Maßnahmen entwickelt werden. DIE LINKE hat nun einen Antrag zu diesem Thema eingebracht. Hierbei geht es uns um den Zusammenhang zwischen den Themenfeldern soziale Ungleichheit, Umwelt und Gesundheit. Mit unserem Antrag wollen wir Ursachen, Wirkungszusammenhänge, Folgeprobleme und Lösungsansätze einer in Hamburg und Deutschland noch vergleichsweise neuen Diskussion in die politische Debatte einbringen.

Das Hauptanliegen ist die Verbindung von Umweltfragen mit Aspekten sozialer Gerechtigkeit. Die Ungleichverteilung ökologischer Bedingungen wie zum Beispiel saubere Luft, Lärm, Energie oder intakte Grünflächen – das weiß jeder – verschärft bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft. Sozial bedingte Schief lagen bei der Umweltbelastung entstehen zum Beispiel durch das Wohnen an stark befahrenen Straßen, weil das Geld woanders nicht für die Miete reicht. Es geht auch um kaum vorhandene Naturflächen in Quartieren mit niedrigem Sozialindex. Auch das verschärft die Ungleichheit. Umweltbelastung trifft die Menschen unterschiedlich. Verkehrslärm, Autoabgase, Industrieemissionen, Geruchsbelästigung durch Industrie und Gewerbe beeinträchtigen die Qualität des Wohnorts. Wer es sich leisten kann, der zieht weg. Wer keine andere Möglichkeit hat, muss in diesen belasteten Gebieten wohnen bleiben. Arme Menschen leben daher häufiger an vielbefahrenen Straßen, obwohl sie seltener ein Auto besitzen. Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder aus diesen Quartieren höhere Bleikonzentrationen im Blut haben als Altersgenossen aus anderen Gegenden, wo diese Belastung nicht besteht. Und in den ärmeren Stadtteilen gibt es viel weniger Grünflächen als in den reicheren Vierteln. Das alles entspricht der Lebenserfahrung und ist doch wissen-

(Dora Heyenn)

schaftlich erst in einigen Ansätzen untersucht. Mit unserem Antrag "Umweltgerechtigkeit: Strategien und Maßnahmen zur Minderung ungleich verteilter Umweltbelastungen in Hamburg!" wollen wir einen fachübergreifenden Dialog zum Thema Umweltgerechtigkeit anregen und gestalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Bisher findet die Debatte über die Verteilung von Umweltbelastungen eher in wissenschaftlichen Kreisen statt. Umweltgerechtigkeit findet in der Öffentlichkeit bisher kaum Beachtung.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Hier interessiert es anscheinend auch keinen!)

– Das habe ich mir schon gedacht. Ich werde aber trotzdem weiterreden.

Das Thema beziehungsweise das Problem ist eigentlich in der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung in den USA aufgekommen. In den USA ist Umweltgerechtigkeit seit Langem ein Thema, etwa in einem Regierungserlass von Präsident Clinton, der 1994 die Ministerien und Bundesbehörden anwies, in ihren Bereichen Umweltgerechtigkeit umzusetzen. In Deutschland gibt es nun ein anderes Niveau an Ungleichheiten als in den USA, doch auch bei uns ist es ein Thema, das auf die politische Tagesordnung gehört. Nicht zuletzt ist im Raumordnungsgesetz des Bundes im ersten Grundsatz Folgendes formuliert – ich zitiere –:

"Im Gesamttraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen sind ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben."

Dass dies in Hamburg nicht der Fall ist, brauche ich Ihnen nicht zu erzählen. Deswegen besteht Handlungsbedarf. DIE LINKE fordert, beim Kampf um soziale Chancengleichheit die Herstellung von Umweltgerechtigkeit im politischen Alltag der Stadt Hamburg umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Vielzahl von Untersuchungen zeigt, dass gesundheitliche Belastungen als Folge von Umwelteinflüssen auch in Deutschland ungleich verteilt sind, denn viele Umweltbelastungen und somit auch Gesundheitsrisiken häufen sich in Gemeinden beziehungsweise Stadtteilen mit überwiegend sozial schlecht ausgestatteter Wohnbevölkerung. Dies gilt auch für Hamburg. Der soziale Status entscheidet mit darüber, ob und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch Umweltschadstoffe belastet werden. Der soziale Status entscheidet auch mit darüber, in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene von den Dienstleistungen, die das öffentliche Grün erbringt, ausgeschlossen sind beziehungsweise teilhaben können. Bildung und Einkommen beeinflussen die

Wohnbedingungen, die Lebensstile und damit die Gesundheitsrisiken der Menschen.

Im November 2011 erklärten fünf Naturschutzverbände und der Sozialverband Deutschland in einer gemeinsamen Resolution unter dem Titel – ich zitiere –:

"Mehr soziale und ökologische Chancengleichheit: Die soziale Dimension biologischer Vielfalt geht uns alle an!"

Sie formulierten, dass die soziale und ökologische Ungleichheit die gesellschaftliche Teilhabe und die Wahrnehmung von Verwirklichungschancen auf der individuellen Ebene erschwert und das Gemeinwesen mit zusätzlichen Kosten belastet. Bildungs- und Umweltgerechtigkeit führten zu hohen Sozial- und Gesundheitsausgaben. Immer deutlicher wird deshalb, dass soziale und ökologische Gerechtigkeit nur gemeinsam gedacht und auch nur gemeinsam erreicht werden kann.

Ich will Ihnen einmal einige der Forderungen dieser fünf Naturschutzverbände und des SoVD vorstellen. Eine Forderung ist zum Beispiel, dass sich verstärkt für die qualitative und quantitative Aufwertung von Grün- und Freiflächen in Städten und speziell in sozial benachteiligten Quartieren einzusetzen ist. Öffentliche Parks, Gärten, Stadtwälder und andere Naturerfahrungsräume müssen allen Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Status, zur Verfügung stehen. Das ist eine wichtige Forderung.

Eine zweite Forderung ist, dass besonders für Kinder und Jugendliche Naturerfahrungsräume in ihrem alltäglichen Umfeld zu schaffen sind. In Tagesstätten und Schulen, auf Spielplätzen und öffentlichen Freiflächen – speziell in sozial benachteiligten Quartieren – muss ein ausreichendes Angebot zur Naturerfahrung zur Verfügung stehen, um Kinder in ihrer kognitiven und motorischen Entwicklung zu unterstützen. Insgesamt haben sie acht Forderungen aufgestellt. Diese beiden fand ich nun besonders wichtig.

Umweltgerechtigkeit muss in erster Linie soziale und ökologische Chancengleichheit im Blick haben und die Umweltsituation im direkten Lebensumfeld der Menschen, insbesondere in den sozial benachteiligten Stadtteilen, verbessern. Klar ist auch, dass sozial Schwächere von Umweltproblemen vielfach stärker betroffen sind, und das muss sich in Hamburg ändern. Nordrhein-Westfalen und Berlin haben mit Pilotprojekten einen Anfang gemacht, das sollten wir auch in Hamburg tun. Und wenn Frau Blankau vor einigen Tagen im Interview mit dem "Hamburger Abendblatt" als letzten Satz sagte, sie wolle die grüne, gerechte Stadt am Wasser, dann kann ich dazu nur sagen, das wollen wir auch. Und das heißt, wir wollen uns für Umweltgerechtigkeit einsetzen. Ich hoffe, Sie unterstützen unseren Antrag.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal von der SPD-Fraktion.

Dr. Monika Schaal SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Umweltgerechtigkeit ist ein wichtiges Thema, deshalb wollen wir auch die sozial-ökologisch gerechte Stadt. Darum ist es auch unser Ziel, überall durch Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik gleiche, gesunde Umwelt- und Lebensbedingungen zu schaffen. Natürlich gibt es in einer Großstadt wie Hamburg mit Industrie, Gewerbe, Logistikbetrieben, Hafen und Flughafen und täglich rund 400 000 Pendlern auch eine starke Belastung; eine Industriestadt ist nun einmal kein Kurbad.

Sicherlich gibt es auch Stadtteile, die durch Industrie- und großtechnische Anlagen und auch durch Hafen-, Straßen- und Flugverkehr stärker betroffen sind als andere. Ob die Umweltbelastungen auch sozial korreliert sind, lässt sich, Frau Heyenn, in einem halben Jahr kaum seriös ermitteln. Ich bezweifle auch, dass uns die allein wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema weiterbringt. Ich bezweifle auch, ob es richtig ist. Wir wissen doch, was es mit einem Stadtteil und mit Menschen macht, wenn man sie ständig herunterredet.

Unser Ziel ist es, Abhilfe zu schaffen, wo augenfällig Missstände feststellbar sind, und das geschieht auch. Schließlich sind Emissionen rechtlich und tatsächlich begrenzt. Es gibt nicht umsonst in Deutschland strenge Grenzwerte für Lärm- und Luftbelastung, deren Einhaltung auch überwacht wird; damit ist auch eine ganze Abteilung in der Umweltbehörde befasst. Wir haben ein Nachtflugverbot und den rechnerischen Lärmdeckel. Die geplante Verlagerung der Wilhelmsburger Reichstraße wird zum Lärmschutz beitragen. Der künftige A7-Deckel schafft auch längs der Autobahnen Ruhe und saubere Luft. Dort wohnen übrigens nach meiner Wahrnehmung nicht nur arme Menschen.

Komischerweise sind doch gerade die Stadtteile, die besonders eng und wuselig sind und die besonders starken Verkehrsbelastungen ausgesetzt sind wie zum Beispiel Ottensen, St. Georg und St. Pauli besonders gefragt, insbesondere bei Leuten, die ein bisschen mehr Kleingeld im Portemonnaie haben als die anderen. Das passt nicht so richtig zu Ihrer These, Frau Heyenn, von der sozial-ökologischen Schieflage in unserer Stadt.

Trotzdem arbeiten wir an der Verbesserung der Luftqualität mit der Einführung emissionsarmer Busse, mit dem Ausbau der Elektromobilität, mit Landstrom für Kreuzfahrtschiffe und mit einer Radfahrstrategie, die auch schon diskutiert wurde.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch daran erinnern, dass der "Sprung über die Elbe" nicht nur ein Sprung in eine Bauausstellung war. Mit dem "Sprung über die Elbe", der IBA und der igs wurden Millionen Euro in die Entwicklung des Wohnumfelds und die Umweltverbesserungen von Wilhelmsburg investiert, einem Stadtteil mit besonderem Förderungsbedarf. Nebeneffekte waren große Sanierungen bei Altlasten und Gewässern. Es wurden Umwelt- und Umfeldverbesserungen wie die Gebäudesanierung, die Schaffung von Bildungs- und zusätzlichen Erholungs- und Freizeiteinrichtungen in enger Abstimmung mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Quartiere vorgenommen. Bei der Gestaltung des igs-Geländes – das wird oft vergessen – des jetzigen Inseleparcs waren die Wilhelmsburger Kinder und Jugendlichen mit einbezogen. Sie haben Ideen einbringen können, die sie auch umsetzen konnten, und sie haben jetzt einen zusätzlichen großen Park im Stadtteil. Partizipation, wie es hier passiert ist, schafft nicht nur Identifikation, sondern stärkt auch das Selbstbewusstsein und das Engagement.

Meine Damen und Herren! Der Bürgermeister hat kürzlich das neue Projekt Hamburger Osten vorgestellt. Auch das wird Umweltbelange mit einbeziehen, denn die Umwelt macht einen wesentlichen Teil der Lebensqualität in unserer Stadt aus. Das gilt natürlich auch für den neuen Stadtteil "Neue Mitte Altona". Stadtgrün, Parks und Bäume, grüne Wegeverbindungen und Wasserflächen sorgen für Lebensqualität überall in der Stadt. Auch bestehende Großsiedlungen wie der Osdorfer Born, die Lenzsiedlung, Steilshoop, Kirchdorf oder Mümmelmannsberg, aber auch Neuwiedenthal, selbst die Quartiere aus den Fünfzigerjahren sind in Grün eingebettet und keineswegs besonders dem Lärm und schlechter Luft ausgesetzt. Die Probleme, die wir dort haben, sind anderer Natur.

Meine Damen und Herren! Sozial-ökologisch orientierte Stadtentwicklung hat Tradition in Hamburg. Die Schöpfer der großen Hamburger Parks wie Linné und Tutenberg hatten schon vor 100 Jahren im Sinn, mit großzügig angelegten Grünanlagen benachteiligten Bevölkerungsschichten einen Ausgleich für beengte Wohnverhältnisse zu bieten. Heute gibt es neben den großen Parks in Hamburg-Nord, Altona, aber auch in Billstedt weitere über 100 kleinere Grünanlagen und zusätzlich viele Wegeverbindungen, an denen in den Bezirken immer noch gearbeitet wird. All diese Anlagen verbessern ebenso wie die Bäume in der Stadt das Kleinklima und die Luftqualität. Unser Stadtgrün ist auch Ausdruck einer umweltgerechten Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Selbst wenn man die Schadstoffmessungen betrachtet, die die Stadt an festgelegten Stellen regelmäßig durchführt, ergeben sich keine seriösen

(Dr. Monika Schaal)

Anhaltspunkte für eine sozial-ökologische Schiefelage. Lärm- und Luftbelastungen finden Sie nicht nur auf der Veddel, sondern auch auf der Elbchaussee. Umweltschutzanforderungen gelten unabhängig von der sozialen Lage und müssen überall erfüllt werden.

Im Rahmen des Wohnungsbauprogramms des Senats ist vorgesehen, den geförderten sozialen Wohnungsbau voranzutreiben. Unser Ziel ist es nach wie vor, 2000 Sozialwohnungen pro Jahr zu bauen, und dafür wurden seit 2011 jedes Jahr 2000 Förderungen erteilt. Mit Wohnungsbau, sozialer Stadtentwicklung und verschiedenen Instrumenten der Mietpolitik sowie dem RISE-Programm oder der Sozialen Erhaltungsverordnung halten wir die Stadt zusammen und verhindern soziale Segregation. Hier konnte der SPD-Senat einiges aufholen, was seine Vorgänger versäumt hatten.

(Beifall bei der SPD)

Weil der Wohnungsbau in der Stadt generell nicht auf der grünen Wiese vorstättgehen soll, muss die Stadt verdichtet werden. Wir sagen, mehr Stadt in der Stadt, und das bringt für alle mit sich, unabhängig vom sozialen Status, dass man näher zusammenrücken muss. Der letzte Leitsatz des Programms für "Mehr Stadt in der Stadt" sagt, worum es dabei gehen muss, nämlich gemeinsam mit Transparenz, Dialogbereitschaft und kontinuierlichem Austausch mehr Lebensqualität in der Stadt für alle zu gewinnen. Das ist unsere Strategie für mehr Umweltgerechtigkeit.

Auch wenn wir die Forderungen der LINKEN aus ihrem Antrag kritisch sehen, wollen wir ihn gern vor dem Hintergrund unserer Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik im Ausschuss diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Stöver von der CDU-Fraktion.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Beim Stichwort Umweltgerechtigkeit habe ich mich gefragt, ob es das wert ist, dass ein Parlament sich mit diesem Thema befasst. Ich habe festgestellt, dass dieser Begriff, wenn er bei Wikipedia auftaucht, und so, wie Sie es in Ihrer Prosa im Antrag geschrieben haben, für mich nicht ausreichend ist. Ich halte auch nichts von einer Befassung in der Bürgerschaft, wenn es den Kollegen von der LINKEN ausschließlich um ihr Lieblingsthema dabei geht, die Umverteilung von oben nach unten oder von Arm zu Reich voranzutreiben. Frau Heyenn, Sie lachen,

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

aber ich denke, das ist ganz wichtig. Ihr Statement hat mich ein bisschen daran erinnert, dass es vielleicht gut wäre, das anzusprechen, denn dieses Thema ist eigentlich zu ernst dafür.

(Beifall bei der CDU)

Dass diese Gleichmacherei und der überzogene Gerechtigkeitsanspruch auch fatal sein können, steht schon in der Bibel, das ist das salomonische Urteil. Das sollten Sie auch kennen, ich denke, das muss ich nicht weiter ausführen. Für die CDU steht fest, dass wir uns an dieser Gleichmacherei nicht beteiligen werden, denn wir stehen dafür, dass die Leistung des Einzelnen zählt und dass diese sich lohnen muss.

(Beifall bei der CDU)

Umweltgerechtigkeit in Deutschland ist kein unbekannter Begriff, deswegen möchte ich jetzt gern noch einmal auf das Thema kommen. Es wird bereits von mehreren Bundesländern – Frau Heyenn hat sie genannt, Nordrhein-Westfalen und Berlin – aufgegriffen. Auch die Bundesregierung hat dieses Thema aufgegriffen, wie das Umweltbundesamt deutlich macht. Das Projekt in Berlin wird durch das Umweltbundesamt gefördert, da ist ein Ansatz zu sehen. Die Frage ist, wie eine Befassung in Hamburg aussehen kann. Frau Dr. Schaal hat schon ihre Zweifel deutlich gemacht und ihre kritische Haltung dazu. Dennoch ist es schon richtig, dass wir uns mit dem Begriff und der Thematik Umweltgerechtigkeit befassen sollten, denn wie ist der Stand in Hamburg? Was wird bereits getan und sind diese Bemühungen ausreichend? Deshalb begrüße ich es, wie Frau Dr. Schaal schon angekündigt hat, dass wir dies im Umweltausschuss beraten werden.

Trotzdem habe ich Zweifel und Kritik der SPD bei Frau Dr. Schaal herausgehört. Ich habe sehr deutlich auf die Recherche von Frau Dr. Schaal gebaut, nämlich was Hamburg in der Vergangenheit getan hat und was der SPD-Senat getan hat; das möchte ich auch nicht noch einmal wiederholen.

Noch einmal zur LINKEN: Sie suggerieren mit Ihrem Antrag, dass Lärm- und Luftverschmutzung nur ein Problem der Armen wäre, während die Reichen davon völlig verschont seien.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Wo haben Sie das denn gelesen?)

— Das habe ich Ihren Worten entnommen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Dann haben Sie nicht richtig zugehört!)

– Gut, dann provoziere ich ein bisschen, auch das darf ich von hier vorn tun.

Luftverschmutzung und Lärm machen vor Ländergrenzen, aber auch vor Stadtteilgrenzen nicht halt. Wenn Sie jetzt meinen, hiermit eine Gerechtigkeitslücke entdeckt zu haben, dann ist das nicht

(Birgit Stöver)

ganz richtig, dann müsste man dahinter ein Fragezeichen setzen. Das als Ungerechtigkeit zu geißeln, ist einfach nur ein Teil der Ungleichheit, und in einer pluralistischen Gesellschaft gehört Ungleichheit, auch in Bezug auf Einkommen, Vermögen, Religion, Sprache und Lebensstil, nun einmal dazu.

Noch ein paar weitere Aspekte: Frau Dr. Schaal hat den "Sprung über die Elbe", den Wohnungsbau schon ausführlich besprochen. Liebe Kollegen, Sie sprechen in Ihrem Antrag unter anderem die Sorge vieler Menschen an, dass nach Fukushima vor allem die gewünschte Energiewende die Kosten des Einzelnen für die Energieversorgung in die Höhe treibe und dass die Energiewende sozial verträglich umgesetzt werden müsse. Diese Sorge ist natürlich berechtigt, und die Große Koalition in Berlin muss alles daransetzen, dass die Energiewende zum Wohle des Klimas und damit aller Menschen effektiv umgesetzt wird. Sie muss aber auch bezahlbar bleiben, und zwar für alle. Es ist stets die CDU gewesen, die in der Energiepolitik darauf gepocht hat, dass der Strom sicher, sauber und bezahlbar bleiben muss.

Meine Damen und Herren! Frau Dr. Schaal hat vielleicht bei der Recherche eines vergessen, nämlich dass die Verbesserungen im Umweltschutz seit Jahren auch schon bei der CDU im Fokus standen. Ich erinnere an dieser Stelle gern noch einmal an das Klimaschutzprogramm aus 2007, das damals darin wegweisend gewesen ist, wie man Klimaschutz und Energieeffizienz in den Köpfen der Menschen verankern kann. Dabei hat das Programm stets neben den zahlreichen klimapolitischen Facetten auch die sozialen Aspekte von Umweltschutz und Energieeffizienz berücksichtigt. Bei der Frage, wie der SPD-Senat dieses jetzt vorantreibt, ist die Opposition sich einig, dass der Senat im Moment zu wenig tut.

Die Forderung nach einem niedrighwelligen Beratungsangebot ist meines Erachtens nahezu erfüllt. Aber wir werden das Ganze noch einmal im Ausschuss debattieren. Ich bin sehr gespannt, was die SPD dort anbietet,

(Arno Münster SPD: Alles, was wir haben!)

ob sie Gutachten oder einer Ist-Datenaufnahme zustimmt, denn das kostet auch Geld, und wir sind in den Haushaltsberatungen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg gilt traditionell als reiche Stadt. Die Wirtschaft steht zurzeit auch recht gut da und auch die Steuerergebnisse

sind erfreulich. Das wird immer gemessen an Steuereinnahmen und auch am Bruttoinlandsprodukt, und beide Werte steigen. Doch Hamburg, das zeigt diese Debatte und viele andere, ist auch eine Stadt der Gegensätze. In Hamburg ist die Schere zwischen Arm und Reich bekanntermaßen besonders groß. Den rund 42 000 Millionären steht rechnerisch jedem ein Kind gegenüber, das von Hartz IV lebt. Das alles ist seit Langem bekannt, und es verwundert daher auch nicht, dass beispielsweise gestern die "Frankfurter Rundschau" titelte, dass in Großstädten das Armutsrisiko besonders hoch sei.

Wir GRÜNE haben vor den Sommerferien den regionalen Wohlfahrtsindex für Hamburg vorgelegt. Der regionale Wohlfahrtsindex für Hamburg ist eine Berechnung, die den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand wesentlich objektiver darstellt als nur auf das Bruttoinlandsprodukt gestützt. Es werden beispielsweise Faktoren wie Einkommensverteilung, aber auch Umweltfaktoren wie Kosten der Luftverschmutzung, der Verschmutzung von Wasser und Boden, auch Lärmbelastungen und die Wirkung von Biotopen und Grünflächen mit eingerechnet. In der Tat ist der daraus folgende Schluss, einmal zu betrachten, wie eigentlich diese verschiedenen Indikatoren zueinander wirken. Wie wirken beispielsweise Umweltschäden und soziale Spaltung zueinander, wo sind soziale Spaltungen besonders hoch und wo sind Umweltschäden besonders hoch? Genau da sind wir bei dem Thema, das DIE LINKE durch einen Antrag eingebracht hat. Meiner Meinung nach geht dieser Antrag genau in die richtige Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Ich wundere mich schon ein bisschen, Frau Stöver, wenn Sie dann gleich sagen, das sei alles Gleichmacherei. In der ersten Phase geht es doch darum zu erkennen, ob es Zusammenhänge gibt. Die Gleichmacherei käme, wenn überhaupt, dann bei dem Punkt, was wir daraus lernen.

Liebe Frau Dr. Schaal, es wundert mich auch, dass Sie aus der Schublade die Generalrede holen, was die SPD zurzeit alles Gutes macht; wir diskutieren immer wieder einmal darüber. Ich hätte aber schon gehofft, dass Sie ein wenig auf das Thema eingehen. Nur am Rande angemerkt: Es gibt zwar eine ganze Abteilung in der BSU, die damit beschäftigt ist, die Luftqualität zu messen. Die entscheidende Frage ist jedoch, was wir machen, wenn die europäischen Grenzwerte gerissen werden. Das ist die entscheidende Frage, aber die Antwort bleiben Sie schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Dora Heyenn und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

(Martin Bill)

Ich nehme einmal das Beispiel mit dem Lärm. Man kann doch nicht wegdiskutieren, dass an den Ein- und Ausfallstraßen Hamburgs, die besonders lärm-belastet sind, viele Menschen mit geringerem Einkommen wohnen, weil diejenigen, die das Geld dafür haben, doch sofort wegziehen und sich eine ruhigere Straße suchen. Natürlich gibt es Leute, die viel Geld haben und vielleicht auch Lärm abbekommen, weil sie beispielsweise in Blankenese wohnen und Airbus über sie hinwegfliegt. Das ist aber nicht das Hauptproblem in Hamburg. Zurzeit diskutieren wir über Lärmbelastungen an Hauptverkehrsstraßen immer dahingehend, dass die Wirtschaftsbehörde Maßnahmen ergreifen müsse, ebenso die Umweltbehörde, aber eigentlich müsste auch die Sozialbehörde einmal hellhörig werden und sagen, dass wir uns in Hamburg dringend mit diesem Problem beschäftigen müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dora Heyenn* und *Christiane Schneider*, beide **DIE LINKE**)

Gleichzeitig darf man auch nicht vergessen – das haben Sie, Frau Dr. Schaal, auch gesagt –, dass in Gebiete, die beispielsweise von Gentrifizierung betroffen sind oder schon gentrifiziert sind, Menschen ziehen, die sehr solvent sind und andere mit geringem Einkommen in andere Stadtteile oder an die Stadtgrenzen verdrängen. Aber trotzdem ist in diesen Quartieren wahrscheinlich die Luftbelastung enorm hoch, weil sie so verdichtet sind. Auch das wäre interessant untersucht zu werden. Das zeigt auch, wie vielschichtig dieses Thema ist und wie richtig es ist, das einmal im Umweltausschuss zu debattieren.

Wir mit dem Wohlfahrtsindex für Hamburg und Sie mit Ihrem Antrag sind nicht die Ersten, die dieses Thema erkannt haben, auch die Wissenschaft hat sich des Problems angenommen. Es gibt seit Kurzem an der Universität Hamburg Projekte, die dieses Thema wissenschaftlich aufarbeiten, und auch das Umweltbundesamt hat Forschungsergebnisse vorgelegt. Deswegen finde ich die Überweisung an den Umweltausschuss sehr richtig. Ich hoffe, dass wir uns da ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen, dass wir auf der Forschung aufbauen und schauen, welche Faktoren wir für Hamburg erheben können und welche wir vielleicht sogar noch neu erfassen müssen und was wir daraus schließen. Wir können das dann beispielsweise in die Stadtplanung mit implementieren, in RISE-Projekte, aber zum Beispiel auch in den Masterplan Klimaschutz. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag

zeigt, dass man diesem Senat sehr viel Arbeit aufhalsen will, die er eigentlich nicht machen sollte, denn es ist nicht Herrenaufgabe des Senats, vor allen Dingen nicht der BSU, Forschungsaufgaben zu übernehmen. Das, was man in diesem Antrag liest, bedeutet eigentlich, dass der Senat bis zum 15. Januar einen Forschungsauftrag erteilen muss, an dem mindestens fünf Personen beteiligt sind. Dies ist meines Erachtens ein reiner Showantrag, um das wirklich zu schaffen, was dort gefordert wird, unabhängig davon, dass die Daten auch nicht vorliegen. Da kommt ein linker Antrag, auf dem hinten "Gerechtigkeit" steht und vorn "Umwelt". Dann packt man das einfach zusammen, und das ist der eigentliche Beweggrund, warum dieser Antrag gestellt wird.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass es in der Wissenschaft strittig ist, wo die Zusammenhänge liegen. Es gibt einige Zusammenhänge zwischen niedrigem Einkommen und Umweltbelastung, aber das einfach 1:1 zu übernehmen, ist relativ unsinnig. Wir haben beispielsweise die Bürgerinitiativen aus dem Alstertal gehört, die sich über Fluglärm beschweren. Da kann ich keinen Zusammenhang mit Umweltgerechtigkeit herstellen; das ist sehr schwierig.

Kernaufgabe des Senats ist es natürlich, Umweltschäden zu vermeiden und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Ich halte es für kontraproduktiv, diese beiden Sachen zu vermengen. Und angesichts der Personallage und der Finanzen ist es auch nicht die Kernaufgabe der BSU. Ich kann eigentlich nur mit Woody Allen sagen: Zwei Pferde kann man nicht mit einem Hintern reiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Duwe, das mit Woody Allen mag stimmen, aber ich hätte doch die große Bitte, dass Sie sich keine Gedanken über unsere Beweggründe machen; Ihre Interpretation geht immer in die falsche Richtung.

(Beifall bei der LINKEN – *Finn-Ole Ritter* FDP: Seien Sie doch froh, dass er es macht!)

Frau Dr. Schaal, ich finde es sehr schön, dass auch die SPD und die GRÜNEN sehen, dass das ein Thema ist, das wir in Hamburg behandeln müssen. Ich glaube, Sie haben diesen Antrag ein bisschen falsch verstanden, denn dieser Antrag ist kein Generalangriff auf die Umweltpolitik des Senats. So einen Antrag könnten wir zwar auch stellen, das haben wir aber nicht. Wir möchten mit Ihnen gemeinsam dieses sozial-ökologische Thema bearbeiten. Sie haben einiges aufgeführt, was gemacht wird, das ist völlig richtig. Aber daraus den Schluss zu ziehen, dass es in Hamburg keine sozi-

(Dora Heyenn)

al-ökologische Schiefelage gibt, finde ich schon sehr, sehr gewagt; darüber müssen wir noch einmal nachdenken.

Frau Stöver, ich möchte natürlich das aufgreifen, was eben schon aufgegriffen wurde, nämlich die Gleichmacherei. Wenn ich es richtig sehe, haben wir in Berlin einen schwarz-roten Senat. Und wenn Sie sagen, Luftverschmutzung mache vor Stadtteilen nicht halt, dann ist das richtig, aber man muss natürlich auch sehen...

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heyenn, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, aber es gibt neue Fraktionsbildungen, insbesondere auf den Stehplätzen, und die sind deutlich zu laut. Deshalb bitte ich, entweder hinauszugehen oder die Gespräche einzustellen.

Dora Heyenn DIE LINKE (fortfahrend): – Danke schön.

Die soziale Zusammensetzung in den einzelnen Quartieren ist doch sehr, sehr unterschiedlich, und sie hat natürlich etwas damit zu tun, welche Umweltbelastungen dort herrschen. Es ist kein Naturgesetz, dass Ärmere den Umweltbelastungen stärker ausgesetzt sein müssen als andere. Und darüber müssen wir uns Gedanken machen, dies hat nichts mit Gleichmacherei zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

In Berlin gibt es dieses Projekt zur Umweltgerechtigkeit, das vom Umweltbundesamt und von den Wissenschaftseinrichtungen unterstützt wird. Es wurde gesagt, Ziel des in Berlin vollzogenen Modellvorhabens sei es, Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Umweltgüte zu ermitteln und auf der Basis der vorhandenen sozialstatistischen Daten des Monitorings soziale Stadtentwicklung, ungleiche Verteilung und Umweltbelastung zu erkennen und zu versuchen, sie zu mindern. In den nächsten Jahren, so schreibt es der Senat, sollten praxistaugliche Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen entwickelt werden. Daraus entnehme ich, Frau Stöver, dass die CDU in Berlin offenkundig für Gleichmacherei ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/12687 an den Umweltausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren angenommen.

Wir kommen zu Punkt 30 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 20/12600, Senatsantrag: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Krankenhausgesetzes und des Hamburgischen Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Stelle zur Durchführung des Kostenausgleichs in der Ausbildung in Berufen der Altenpflege und der Gesundheits- und Pflegeassistenz.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/12787 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Senatsantrag:
Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Krankenhausgesetzes (HmbKHG) und des Hamburgischen Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Stelle zur Durchführung des Kostenausgleichs in der Ausbildung in Berufen der Altenpflege und der Gesundheits- und Pflegeassistenz
– Drs 20/12600 –]**

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Novellierung des Hamburgischen Krankenhausgesetzes
– Drs 20/12787 –]**

Beide Drucksachen möchten die Fraktionen der SPD und der LINKEN an den Gesundheitsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Schäfer von der SPD-Fraktion.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Hamburgische Krankenhausgesetz regelt Bedingungen für die Aufnahme in den Krankenhausplan. Diese Bedingungen sind bisher fast ausschließlich anhand quantitativer Kriterien formuliert worden. Bereits in den Koalitionsverhandlungen in Berlin gab es auf Initiative unserer Gesundheitssenatorin Ansätze, das abzuändern und Qualitätskriterien dort einzubringen. In dieser Richtung geht Hamburg nun mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einen ersten Schritt voran, und es wird ein großer Schritt sein.

(Beifall bei der SPD)

Diese Vorlage eröffnet neue Ziele. Sie ist der Quantensprung in der Krankenhausplanung von bisher ausschließlich quantitativen Kriterien hin zu Qualitätsfragen und Qualitätsanforderungen an die Behandlung. So können ergänzende Qualitätsanforderungen, wenn möglich im Einvernehmen mit den an der Krankenhausplanung unmittelbar Beteiligten, umgesetzt werden, gegebenenfalls aber auch per Rechtsverordnung, wenn das als notwendig erachtet wird.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

(Dr. Martin Schäfer)

Es gibt Vorgaben für die Veröffentlichung von Ergebnissen für Qualitätsindikatoren, Qualitätsbeauftragte müssen bestellt werden. Die Krankenhäuser, die im Krankenhausplan aufgeführt sind, müssen nachweisen, dass sie bedarfsgerechte Tag- und Nachtaufnahmefähigkeiten vorhalten. Sie müssen durchgängige ärztliche und pflegerische Versorgung gewährleisten und sie müssen relevante Weiterbildungen abschließen. Die ärztliche Versorgung muss im Facharztstandard jederzeit gewährleistet sein.

Wir mussten heute lesen und konnten gestern im Rundfunk hören, dass es in dieser Stadt Krankenhäuser gibt, die – ich möchte fast sagen, mal wieder – ins Zwielflicht geraten sind im Hinblick darauf, ob alle diese Qualitätsanforderungen wirklich erfüllt werden. Ich will mich dazu nicht weiter äußern, weil ich Näheres außer diesen Presseberichten nicht kenne. Aber das ist ein weiterer Hinweis darauf, dass es notwendig ist, genau an dieser Stelle weiter voranzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Bei Nichteinhaltung dieser Qualitätskriterien können nämlich Häuser aus dem Krankenhausplan auch wieder gestrichen werden. Die Patientenbeschwerdestellen arbeiten in Zukunft nach dieser Vorlage unabhängig, und es werden auch die besonderen Belange für Behinderte bezüglich der Unterbringung von Angehörigen, genauso wie bei Kinderpatienten, geregelt und berücksichtigt. Das alles zusammen bedeutet, dass dieses neue Gesetz den Wettbewerb in der Qualität eröffnet. Diesen Wettbewerb wollen wir auch vorantreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden diesen Entwurf selbstverständlich im Ausschuss ausführlich beraten, das ist schon längst abgesprochen, bis hin zu Zeitplänen, die wir dort verabredet haben und auch einhalten möchten. Deswegen hat mich der Zusatzantrag der LINKEN etwas verwundert. Wir bekamen vermutlich alle von einer großen Ersatzkasse Anregungen für weitere Änderungen dieses Gesetzes. Das ist nichts Ungewöhnliches, ich finde es gut, dass es solche Anregungen gibt. Dass diese dann aber teilweise fast wortwörtlich abgeschrieben werden und in einem Antrag stehen, war ein bisschen – gestatten Sie mir die Bemerkung – übereifrig, um nicht zu sagen voreilig. Heute gingen noch andere Anregungen einer anderen großen Krankenkasse ein, die allesamt lesenswert und berücksichtigungswert sind und die wir selbstverständlich in die Beratungen des Ausschusses einbringen und mit berücksichtigen werden. Es hätte dazu keines Antrags bedurft. Gleichwohl werden wir diesen Antrag selbstverständlich mit überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Stöver von der CDU-Fraktion.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Drucksache mit der Neufassung des Hamburgischen Krankenhausgesetzes erreichte uns mitten in der parlamentsfreien Zeit. Die letzte Änderung ist gar nicht so lange her, sie stammt gerade einmal aus dem Dezember 2013.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Wir wussten alle, dass es kommt!)

– Es ist alles gut, Herr Schäfer, ich maule gar nicht, sondern ich habe es so aufgenommen, wie es mich erreichte, und einfach meine Empfindung dazu dargestellt.

Es müssten gewichtige Änderungsgründe sein, dass nach einer so kurzen Zeit die Novellierung vorgenommen wird, und, Herr Schäfer, Sie haben es gesagt, es sind gewichtige Gründe. Nach Durchsicht der Drucksache ist es vor allen Dingen der Aspekt der Qualität, der zukünftig bei der Krankenhausplanung stärker berücksichtigt werden soll. Eine Qualitätsverbesserung im Sinne der Patienten ist natürlich grundsätzlich immer zu begrüßen. Ich halte ebenfalls sehr viel von der Intention, Qualitätsindikatoren zu etablieren und diese dann auch systematisch zu nutzen, selbstverständlich auch bei der Krankenhausplanung.

Dennoch haben wir als Parlamentarier – Herr Schäfer hat es gesagt, wir werden es im Ausschuss breit diskutieren – noch Informations- und Nachfragebedarf. Sie haben eben die Drucksache mit den einzelnen Punkten und Aspekten noch einmal vorgestellt, aber wir haben noch Nachfragebedarf, was sich hinter den Schlagwörtern qualitätsorientierte Versorgung, qualitätssensible Leistungen und deren Verbesserung oder die verpflichtende Bestellung von Qualitätsbeauftragten, auch die Mindestanforderungen an Krankenhäuser, wenn sie zur Aufnahme in den Krankenhausplan gelangen wollen, im Detail verbirgt.

Neben dem Schwerpunkt der Qualitätsverbesserungen enthält das Gesetz viele vermeintlich kleinere Anpassungen; Herr Schäfer hat einige davon genannt, die muss ich jetzt nicht wiederholen. Diese und deren Umsetzung, aber auch die Auswirkungen sowie die Kosten sollten ebenfalls zum Umfang der Diskussion gehören. Weiter stellt sich natürlich die Frage, ob damit das Krankenhausgesetz umfassend bearbeitet ist oder ob es weiteren Veränderungs- und Konkretisierungsbedarf gibt. Herr Schäfer hat eben schon angedeutet, dass andere Kassen beziehungsweise auch große Krankenkassen weiteren Bedarf angemeldet haben. Mit dem Antrag der LINKEN sind weitere Änderungsvorschläge gemacht worden, und auch wir sehen durchaus noch weitere Ansätze. Daher ist es meines Erachtens nur richtig, dass wir das in der Aus-

(Birgit Stöver)

schussberatung tun. Dort werden wir sicherlich externen Sachverstand aus der Gesundheitswirtschaft benötigen. Ich weiß nicht, ob die Senatorin noch etwas dazu sagen wird, damit uns noch ein wenig Licht ins Dunkle gebracht wird, aber wir stimmen der Ausschussüberweisung des Gesetzentwurfs und auch dem Zusatzantrag der LINKEN zu.

(Beifall bei der CDU – Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Schmitt von der GRÜNEN Fraktion.

Heidrun Schmitt GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Viele Herausforderungen prägen die Zukunft der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland. Insbesondere ist natürlich die zunehmende Alterung eine Herausforderung, die zu mehr alten Patienten, mehr chronisch Kranken im Krankenhaus und selbstverständlich auch im ambulanten Sektor führen wird. Deswegen müssen wir entsprechend die Auswirkungen und die Versorgung in den Blick nehmen und diese weiterentwickeln. Insbesondere wird es in Zukunft darauf ankommen, eine bessere Verzahnung von ambulantem und stationärem Sektor zu erreichen, ebenso eine stärkere Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe im Krankenhaus und, ganz wichtig, eine Aufwertung der Pflege. Der Krankenhausplanung kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zu, denn tatsächlich, Herr Schäfer hat es erläutert, orientiert sich die Krankenhausplanung bisher ausschließlich an Mengen und Bettenzahlen, aber das wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Wir teilen die Auffassung, dass die Behandlungsqualität in die Krankenhausplanung mit aufgenommen werden muss. Durch die Vorgabe von Qualitätsanforderungen können wir als Land auch einen wichtigen Hebel in die Hand bekommen, Behandlungsqualität im Krankenhaus wirklich zu steigern.

Ob nun die einzelnen Punkte im Entwurf ausreichend sind, sollten wir im Rahmen der Ausschussberatungen diskutieren. Ich glaube beispielsweise, dass dem Entlassungsmanagement und auch der Krankenhaushygiene noch eine größere Rolle zukommen könnte, auch in diesem Gesetz. Darüber werden wir sicherlich sprechen können.

Gleiches gilt für die zu erwartenden Folgen der präsentierten Regelungen. Es ist beispielsweise vorgesehen, eine stärkere Konzentration von Behandlungsangeboten an bestimmten Standorten vorzunehmen. Dem ist grundsätzlich nicht zu widersprechen, aber es muss natürlich im Blick behalten werden, dass auch eine ausreichende Breite des Versorgungsangebots in allen Teilen Hamburgs bestehen bleibt.

Inwieweit die vorliegenden Pläne wirklich die Transparenz für Patientinnen und Patienten verbessern, muss sich meiner Ansicht nach noch zeigen. Leider sind die Erfahrungen bisher nicht ganz glücklich. Ich denke beispielsweise an die Pflegenoten für die Pflegeheime, denn es ist leider nicht wirklich gelungen, die Erwartungen zu erfüllen. Das werden wir uns sicher genau anschauen.

Die Einbeziehung der Behandlungsqualität in die Krankenhausplanung ist im Kern richtig. Wir werden natürlich in Hamburg und in Deutschland insgesamt weitere Anstrengungen brauchen, um die Versorgung im Krankenhaus zukunftsfähig zu machen. So muss insbesondere die Verzahnung von ambulantem und stationärem Sektor weiter vorangetrieben werden, insbesondere im Hinblick auf Vergütung und Qualitätssicherung. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe im Krankenhaus muss verbessert werden, und hier muss insbesondere auf lange Sicht eine Übertragung von Aufgaben aus dem ärztlichen Bereich an die Pflege stattfinden, damit Pflegekräfte unabhängiger agieren können, als sie es bisher tun.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Hamburgischen Krankenhausgesetzes geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Die Details sollten wir im Ausschuss vertiefen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Juliane Timmermann SPD*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schäfer, sagen Sie mal, hatten Sie es nicht ein bisschen kleiner? Ein Quantensprung – Ihr Gesetz mag alles Mögliche sein, aber es einen Quantensprung zu nennen, ist nichts anderes als Anmaßung.

(*Dirk Kienschert SPD:* Nee, der ist doch klein!)

Sie alle und auch die Senatorin tun so, als seien auf einmal gute Qualität oder Mindestanforderungen – so heißt es bei der Senatorin –

(*Dr. Martin Schäfer SPD:* Nee, aber wir fangen damit an!)

Voraussetzung, um in den Krankenhausplan aufgenommen zu werden. Lieber Herr Schäfer, liebe Frau Senatorin, das ist doch selbstverständlich, das war schon immer so. Ich bin sehr dafür, die Qualität zu überprüfen, zu vergleichen und Transparenz herzustellen. Aber dadurch, dass Sie Qualitätsbeauftragte, angeblich noch nebenamtlich, einstellen oder verpflichten, machen Sie keinen Quantensprung, es sei denn, Sie unterstellen, dass bis-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

her Krankenhäuser im Krankenhausplan waren oder aufgenommen wurden, die keine ausreichende Qualität haben. Dann stellt sich aber die Frage, Frau Senatorin, warum Sie da nicht längst eingegriffen haben, denn Krankenhäuser, die keine ausreichende Qualität haben, sind im Krankenhausplan nicht aufzunehmen, schon nach bisherigem Recht, und sie sind zu entfernen, wenn sie die Qualität nicht haben. Also ein Quantensprung ist es mit Sicherheit nicht. Wir werden im Einzelnen im Ausschuss überprüfen müssen, ob es dennoch sinnvolle Regelungen sind. Das eine oder andere spricht durchaus dafür.

Lassen Sie mich aber noch auf einige Punkte eingehen, bei denen ich ein etwas ungutes Gefühl habe. In der Presseerklärung des Senats steht, dass man gemeinsam mit den Hamburger Krankenhäusern die Qualität verbessern wolle. Ein guter Ansatz, den wir teilen. Aber was passiert dann? Sie haben in der Drucksache dargelegt, wer alles befragt wurde, Stellungnahmen zum Gesetzentwurf abzugeben. Bei vielen wurde auch dargestellt, wie sie sich geäußert haben, ob sie übernommen wurden oder nicht. Eine sehr wichtige Organisation, nämlich die Hamburger Krankenhausgesellschaft, haben Sie zwar ebenfalls angeschrieben und haben auch eine Stellungnahme bekommen, aber die haben Sie erstens nicht verwertet und zweitens noch nicht einmal erwähnt in Ihrem Bericht. Das war der Grund, warum ich durch eine Schriftliche Kleine Anfrage nachgefragt habe. Die Krankenhäuser haben nämlich zwei Dinge sehr moniert, die Kosten der Qualitätsbeauftragten und das Bußgeld, das aus meiner Sicht bei schlechter Qualität überflüssig ist, denn wenn ein Krankenhaus nachhaltig schlechte Qualität liefert, gibt es nur eine Konsequenz, es muss aus dem Krankenhausplan heraus. Das ist ganz einfach, da brauchen wir kein Bußgeld.

Diese beiden Punkte – man kann sie sehen, wie man will – wurden von der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft moniert, aber das taucht in Ihrer Drucksache überhaupt nicht auf. Das ist kein guter Einstieg in eine gemeinsame Arbeit mit den Hamburger Krankenhäusern.

Ein zweiter Punkt, der am Rande kurz erwähnt wurde. Im Gesetzentwurf steht jetzt, dass man ergänzende Qualitätskriterien gemeinsam mit den Betroffenen, also den Krankenhäusern, aufstellen wolle, aber wenn das nicht ginge, solle eine Verordnung gemacht werden. Das sind keine Verhandlungen auf Augenhöhe. Auch diese Frage werden wir im Ausschuss sicher zu diskutieren haben.

Dann ist die grundsätzliche Frage, wie man Ihren Gesetzentwurf bewerten kann. Es gibt eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist es, was ich persönlich ein bisschen befürchte, einfach nur eine große Schaumschlägerei mit wenig Effekt, oder

aber es greift ganz massiv ein. Dazu habe ich mir folgende Punkte aufgeschrieben: Sie sagen, Sie wollten Qualitätsbeauftragte haben. Dann habe ich nachgefragt, wie teuer das sei. Die Antwort war, das sei nicht so teuer, das würde doch einfach nebenbei gemacht. Qualitätsbeauftragte, die das so nebenbei machen, werden der Qualität nicht viel helfen. Wenn es mehrere hauptamtliche und qualifizierte Leute gibt, dann werden sie höchstwahrscheinlich der Qualität helfen, aber dann kosten sie viel Geld. Es ist also noch völlig offen, ob Sie einfach ein bisschen Show veranstalten und Qualitätsbeauftragte für wenig Geld einstellen, die nichts bringen, oder ob Sie die Krankenhäuser mit viel Geld belasten wollen. Das werden wir sicher im Ausschuss klären können.

Dann zum Thema behinderte Patienten. Sie wollen, dass man sich in Krankenhäusern besonders um behinderte Patienten kümmert, das ist eine sehr gute Idee. Aber auch da taucht die Kostenfrage auf. Dazu sagen Sie in der Drucksache, das sei im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung schon abgedeckt, weil schon im Bundesgesetz stehe, dass jedes deutsche Krankenhaus entsprechende Vorgaben für behinderte Patienten erfüllen müsse. Wenn das so ist, und das mag sein, dann bringt Ihr Gesetz überhaupt nichts, dann wiederholen Sie einfach nur das, was ohnehin schon Bundesrecht ist. Das spricht also ein bisschen dafür, dass Sie Schaumschlägerei betreiben, ohne etwas zu bewirken. Wenn Sie etwas bewirken wollen, dann verursacht es Kosten und dann müssen Sie sagen, wie die Krankenhäuser das finanzieren sollen.

(Beifall bei der FDP)

Der dritte Punkt. Ich glaube, es war Herr Schäfer, der sagte, der Facharztstandard müsse erfüllt werden. Ich darf Ihnen dazu sagen, dass der Facharztstandard in allen deutschen Krankenhäusern und in allen deutschen Arztpraxen Pflicht ist. Wenn der Facharztstandard nicht eingehalten wird – ständige Rechtsprechung des BGH, VI. Zivilsenat –, dann wird sofort ein Behandlungsfehler angenommen. Da brauchen wir nicht die SPD in Hamburg oder Frau Senatorin Prüfer-Storcks. Es ist seit Jahrzehnten genau definiert, was der Facharztstandard ist, und der muss eingehalten werden.

Ein Problem ist – und das fordern Sie jetzt auch durch das Gesetz –, dass nicht nur der Leiter einer konkreten ärztlichen Einrichtung im Krankenhaus selbst Facharzt sein muss, sondern auch sein Stellvertreter.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Dr. Schinnenburg, einen Moment bitte. Meine Damen und Herren! Es wird sehr viel gemurmelt.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

Vielleicht mögen Sie das einstellen und dem Redner folgen.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP (fortfahrend): – Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Wieso muss denn der stellvertretende Leiter auch kleiner Abteilungen unbedingt Facharzt sein? Vielleicht wissen Sie, wie es in Krankenhäusern zugeht, da ist immer der Leiter ein Facharzt, und bei Operationen ist regelmäßig auch ein Facharzt dabei, aber auch ein weiterer Arzt in Ausbildung, und das hat sich eigentlich bewährt. Ich glaube, auch das wird aber nur zu mehr Kosten führen und wahrscheinlich nichts bringen. Ob das so ist, werden wir im Ausschuss klären.

Meine Vermutung ist, dass dieses Gesetz sich sehr gut macht in den Medien, dass Sie etwas für Qualität tun. Ich glaube, es bringt am Ende außerordentlich wenig und es besteht die Gefahr, dass viel Bürokratie entsteht. Dieses alles werden wir im Ausschuss überprüfen. Ich hoffe, die Ergebnisse im Ausschuss sind besser als mein bisheriger Eindruck. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Artus von der Fraktion DIE LINKE.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Immer noch muss bei jeder tausendsten Behandlung im Krankenhaus mit einem tödlichen Ausgang gerechnet werden. Diese Angabe ist gesundheitswissenschaftlich begründet. Diese Auskunft hat die Bundesregierung auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der Links-Fraktion im Bundestag gegeben. Und nicht nur deswegen müssen wir uns über die Qualität, in der die Krankenhäuser arbeiten, dringend unterhalten. Wir müssen als gesetzgebende Instanz Maßnahmen verankern, die dem weiteren Verfall der Gesundheit zur Ware und der stationären Behandlung zum reinen Kostenfaktor endlich Einhalt gebieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Profitlogik im Gesundheitswesen muss endlich umgekehrt werden, verehrte Abgeordnete. Aus meiner Sicht hat das diagnosebezogene Fallpauschalensystem, das vor zehn Jahren eingeführt wurde, nicht zu mehr Transparenz bei den Behandlungen, einem effizienteren Einsatz der Mittel und zur Beseitigung von Fehlanreizen geführt, im Gegenteil, die Beschäftigten ächzen unter dem Dokumentationszwang. Die Anzahl der Operationen steigt jährlich an, und der angeheizte Wettbewerb durch die parallel stattgefundenen Privatisierungswelle kommunaler Krankenhäuser steigerte den Kostendruck auf die noch öffentlichen und gemeinnützigen Kliniken. Hüft- und Kniegelenk- sowie Bandscheibenoperationen, aber auch Kaiser-

schnitte bringen viel Geld in die Kassen. Aber ob diese OPs wirklich immer erforderlich sind, darf bezweifelt werden. Das Fallpauschalensystem eigne sich in keinem Fall für multimorbide und pflegebedürftige Menschen, stellte das Deutsche Institut für Pflegeforschung fest.

Und Hamburg? Die Stadt sitzt mit einer Vertreterin und einem Vertreter im Aufsichtsrat von Asklepios und schaut bislang dem Treiben weitgehend nur zu, und dies aufgrund eines immens schlechten Vertrags, den der damalige Senat mit Asklepios bei der Teilprivatisierung abgeschlossen hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bericht, den der Kollege Schäfer eben schon erwähnte, der gestern Abend im NDR lief, spricht genau diesen Klinikkonzern an, und die Überlastungsanzeigen, die dort zitiert wurden und die der Gewerkschaft ver.di vorliegen, zwingen uns zum Handeln. Es muss hingehört werden, es darf nicht mehr weggesehen werden, und deswegen muss die Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die Krankenhäuser gestärkt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Deutet man die Rängeleien der Krankenhausoligarchen richtig, dann sind die Interessen weiterhin darauf ausgerichtet, Krankenhäuser aufzukaufen und sich auf dem Klinikmarkt die Anteile mit nahezu kriegerischen Methoden streitig zu machen. Es geht um das Sanieren und um das Bedienen von Aktionärsinteressen, aber das können nicht unsere Interessen sein, verehrte Abgeordnete.

Daher ist es ein Fortschritt, eines der wichtigsten Steuerungsinstrumente, welches die öffentliche Hand hat, zu nutzen und Qualitätsanforderungen an die Krankenhäuser zu stellen. Wir stehen dem Gesetzentwurf daher aufgeschlossen und auch konstruktiv gegenüber. Aber wie so oft bei Gesetzentwürfen der SPD-Fraktion und des Senats gibt es etliche Notwendigkeiten, ihn noch zu verbessern. Gute Qualität muss zudem auskömmlich finanziert werden. Und obwohl Hamburg seit Jahren an der Spitze der Krankenhausinvestitionen steht, muss man sich heute fragen, ob die Summen wirklich ausgereicht haben. Das Eigenlob der Senate der letzten Jahre kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es offenbar auch in unseren Krankenhäusern einen Investitionsstau gibt.

Da es jetzt aber um die Änderung des Hamburgischen Krankenhausgesetzes geht, haben wir Ihnen diesbezüglich einige Vorschläge unterbreitet, wie das Gesetz besser aussehen könnte. Ich möchte einige kurz zitieren und kann Ihnen versichern, Herr Kollege Schäfer, dass diese intensiv in unseren Kreisen diskutiert und abgestimmt worden sind und nicht irgendwo pauschal abgeschrieben.

Die zentrale Rolle nehmen das Personal und die Arbeitsbedingungen ein. Daher muss dies in den

(Kersten Artus)

Qualitätsanforderungen zentral berücksichtigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Weitere zentrale Steuerungselemente sind zudem die Krankenhausaufsicht, die Beschwerderechte von Patientinnen und Patienten, die Durchsetzung qualitätssichernder Anforderungen und eine verbesserte Sanktionsmöglichkeit, ein Krankenhaus eben auch vom Krankenhausplan auszuschließen; so einfach ist das nämlich nicht.

Hohe Bedeutung wie die bedarfsgerechte Versorgung hat aus unserer Sicht außerdem das Entlassungsmanagement, das Frau Schmitt auch angesprochen hat. Es gibt hier immer noch große Probleme, was die Pflege, die Nachsorge und auch die Medikation angeht. Außerdem weisen wir mit unserem Antrag darauf hin, dass die Versorgung von Patientinnen und Patienten aus dem Umland im Krankenhausplan zu berücksichtigen ist. Es kann doch nicht sein, dass wir immer mehr als Metropole denken, aber in Sachen Gesundheit an den Landesgrenzen stehenbleiben.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Richtig!)

Gleiches gilt für die bessere Zusammenarbeit zwischen Rettungsdiensten und Krankenhäusern. Diese Schnittstelle sollte im neuen Krankenhausgesetz Berücksichtigung finden.

Sehr geehrte Mitglieder des Senats, verehrte Abgeordnete! Auf der Jahrestagung des Aktionsbündnisses Patientensicherheit im April dieses Jahres wurde das Ergebnis einer Befragung unter Krankenhäusern veröffentlicht, wie das freiwillige Berichtssystem namens CIRS angewendet wird. Es geht dabei darum, dass Beschäftigte besondere Vorkommnisse melden können. Ziel ist es, Risikokonstellationen frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen einzuleiten, diese auszuschalten. CIRS ist deshalb ein sehr wichtiges Instrument für das Risikomanagement. Die Ergebnisse dieser Befragung sind aus unserer Sicht ernüchternd, denn nur drei der befragten Hamburger Krankenhäuser haben das System offenbar so installiert, dass es eine gute Meldequote gibt. In der Mehrzahl der Hamburger Krankenhäuser herrscht offenbar eine unterentwickelte Fehlerkultur. Das muss sich dringend ändern, denn viele Beschäftigte halten die Belastungen nicht mehr aus, wie mir Betriebsräte laufend berichten. Es gibt zu wenig Personal, und die Bedingungen, unter denen die pflegerische Arbeit verrichtet wird, machen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer krank. So aber werden Patientinnen und Patienten nicht optimal gepflegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein wesentlicher Maßstab sollte sein, jeden vermeidbaren Todesfall in einem unserer Krankenhäuser auch wirklich zu vermeiden. Die von mir

eingangs geschilderten Erkenntnisse sind Mahnung genug, an diesem System endlich etwas zu verändern, und zwar grundlegend. Gesundheit darf keine Ware mehr sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Senatorin Prüfer-Storcks.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich angekündigt habe, wir wollten die gesetzliche Grundlage für die qualitätsorientierte Krankenhausplanung legen, bin ich tatsächlich von verschiedenen Seiten gefragt worden, ob wir denn in Hamburg ein besonderes Qualitätsproblem hätten mit den Krankenhäusern. Deshalb sage ich noch einmal ausdrücklich, dass das nicht der Fall ist, im Gegenteil. Hamburger Krankenhäuser sind gut, sie sind oftmals besser in der Qualitätssicherung als andere, und sie sind auch baulich gut aufgestellt; darauf können wir durchaus alle stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Weltgesundheitsorganisation in Hamburg angefragt hat, ob wir den ersten Ebola-Patienten aus Westafrika aufnehmen können – der übrigens heute sicher und wohlbehalten das UKE erreicht hat –, ist auch ein Ausdruck des Vertrauens der Weltgesundheitsorganisation in die Kompetenz der Krankenhäuser, in diesem Fall des UKE und des Bernhard-Nocht-Instituts.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sicher, dass er gut versorgt wird, und ich wünsche ihm, dass er die Stadt und das Krankenhaus gesund wieder verlassen kann. Ich bedanke mich bei allen, die dafür gesorgt haben, dass das Ganze heute reibungslos und hochprofessionell geklappt hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber der gute Ruf der Hamburger Krankenhäuser ist nichts, worauf man sich ausruhen dürfte, sondern er muss erhalten und auch fortentwickelt werden. So wie der medizinische Fortschritt nicht stillsteht, müssen wir auch unsere Versorgungslandschaft immer weiter modernisieren. Die Reform des Krankenhausesektors bestimmt doch heute wie kein anderes Thema die gesundheitspolitische Debatte auf Bundes- und Landesebene.

Es vergeht selten eine Woche, in der wir nicht etwas lesen über zu viele Betten, über zu viele Operationen, über mangelnde Hygiene oder über überlastetes Personal. Und es gibt auch einige Befunde, die durchaus bedenklich sind. Dass sich in Deutschland die Zahl der Wirbelsäulenoperationen in sechs Jahren verdreifacht hat, ist weder durch die Alterung der Gesellschaft noch durch medizinischen Fortschritt allein zu begründen. Und dass in

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

Deutschland eine Krankenpflegekraft im Durchschnitt zehn Patienten versorgt, während es in Holland oder Schweden halb so viele sind, ist auch für die Patientensicherheit relevant.

Wenn wir in Deutschland in Relation zur Einwohnerzahl dreimal so viele Krankenhausbetten haben wie Schweden, aber die Bevölkerung dadurch nicht dreimal gesünder wird, dann ist doch die Frage, ob wir eigentlich die richtigen Strukturen haben. Ist unser Leistungsangebot am Bedarf der Menschen ausgerichtet? Wird die Qualität erbracht, die man erwarten könnte nach dem Stand des medizinischen Wissens? Und haben wir die richtigen Steuerungsinstrumente, um beides herbeizuführen? Das sind die zentralen Fragen, die wir lösen wollen.

Der medizinische Fortschritt ist heute so rasant, dass wir nur bei starker Spezialisierung der Krankenhäuser gewährleisten können, dass wirklich immer auf dem neuesten Stand der Wissenschaft versorgt wird.

(Beifall bei der SPD)

Der Zusammenhang zwischen großer Erfahrung, hohen Fallzahlen und guten Behandlungsergebnissen ist so klar, dass auch die Konzentration von Behandlungen ein Gebot der Stunde ist. Nicht zuletzt können Krankenhäuser auch nur das für gute Behandlungen notwendige Personal und die technische Ausstattung vorhalten, wenn sie denn auch die Chance haben, damit viele Patienten zu versorgen. Gelegenheitsversorgung darf es in einem hochentwickelten Gesundheitssystem nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wollen wir mit dem Gesetz die Grundlage schaffen, um auch eine am medizinischen Fortschritt und am Bedarf der Patientinnen und Patienten orientierte Krankenhausplanung machen zu können. Ich möchte gern, dass alle Patientinnen und Patienten sicher sein können, im richtigen Krankenhaus zu landen und nicht nur die, die sich mit Insiderwissen mühsam das Richtige suchen können.

(Beifall bei der SPD)

Mit Qualitätsorientierung stärken wir auch den Gesundheitsstandort Hamburg, denn die Patientinnen und Patienten werden immer mündiger, sie suchen sich die besten Krankenhäuser sehr bewusst, und das ist auch gut so.

Bevor wir diese neue gesetzliche Grundlage geschaffen haben, hat es an Voraussetzungen gefehlt, auch rechtssicher qualitätsorientierte Krankenhausplanung vorzunehmen. In der Vergangenheit war die Krankenhausplanung hauptsächlich Kapazitätsplanung, und häufig musste die Behörde das nachvollziehen, was an Fakten schon geschaffen worden war, nämlich belegte Betten in den Plan aufzunehmen. Das ist nicht das, was ich mir

unter Daseinsvorsorge und aktiver Krankenhausplanung vorstelle, und im Sinne der Qualität für die Patientinnen und Patienten war es auch nicht immer.

Mit dem neuen Gesetz rücken wir die Qualität als zentrales Auswahlkriterium in den Mittelpunkt und können dann auch rechtssicher Vorgaben machen, was Krankenhäuser erfüllen müssen, wenn sie einen Versorgungsauftrag behalten wollen oder bekommen wollen. Und wenn wir Qualität einfordern, müssen wir auch die Kriterien definieren. Das soll geschehen für Leistungen, die qualitätssensibel sind, das heißt, bei denen es bekanntermaßen große Unterschiede in der Leistungserbringung gibt. Solche Standards können sein das Vorhalten von qualifiziertem Personal in ausreichendem Maß, es können aber auch technische Geräte sein, die vorhanden sein müssen, und es können Elemente von Ergebnisqualität sein, also beispielsweise niedrige Komplikationsraten. Da Qualitätsorientierung auch innerhalb der Häuser vorangetrieben werden muss, sind die Qualitätsbeauftragten in Zukunft ein Standard in Hamburg, denn sie müssen sich auch mit den Daten befassen und Probleme angehen. Viele Häuser haben das schon, aber nicht alle, und es soll Standard werden. Übrigens werden alle Krankenhäuser nach demselben System bezahlt, sie bekommen dasselbe Geld für dieselbe Behandlung. Ich glaube, das wird dann auch Qualitätsbeauftragte durchaus mit abdecken.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir noch weitere Verbesserungen im Sinne der Patientinnen und Patienten vornehmen, wurde schon erwähnt. Es betrifft die Behandlung von Kindern im Krankenhaus, grundsätzlich in Kinderabteilungen oder in Kinderkrankenhäusern. Die Aufklärungs- und Informationspflicht der Krankenhäuser im Rahmen der frühen Hilfen soll gewährleisten, dass die Krankenhäuser wirklich das erste Glied einer Präventionskette für ein gesundes Aufwachsen sein können. Es betrifft auch die Berücksichtigung der Belange der Menschen mit Behinderung. Das, was schon für Kinder vorgesehen ist, nämlich die Aufnahme einer Begleitperson im Krankenhaus, soll auch für Menschen mit Behinderung gelten.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich haben wir einen breiten Diskurs geführt, und die Allererste, mit der wir gesprochen haben, schon bevor der Gesetzentwurf dann auch wirklich geschrieben wurde, war selbstverständlich die Hamburger Krankenhausgesellschaft. Deshalb sind da schon viele Anregungen eingeflossen, die gar nicht mehr im offiziellen Anhörungsverfahren zu Papier gebracht werden mussten. Wir haben viele Anregungen aufgenommen, zum Beispiel die Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung. Andere haben wir nicht aufgenommen und haben dafür auch gute Gründe. Teilweise sind sie schon

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

an anderer Stelle geregelt, teilweise wäre es aus unserer Sicht nicht klug, sie zu verwirklichen. Aber darüber will ich gern mit Ihnen im Ausschuss diskutieren.

Meine Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf modernisieren wir das Krankenhausgesetz und schlagen einen neuen Weg der Krankenhausplanung ein mit Qualität und Patientenorientierung als erstem Kriterium. Wir wollen damit den richtigen Wettbewerb fördern, nämlich den um die beste Versorgung, und wir wollen den Krankenhausstandort Hamburg stärken. Niemals 2. Liga, ich denke, das sollte auch im Gesundheitswesen gelten. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor, deswegen kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/12600 und 20/12787 an den Gesundheitsausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 27, Drucksache 20/12459, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Wie viel Platz bleibt Hamburgs Schülerinnen und Schülern?

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Wie viel Platz bleibt Hamburgs Schülerinnen und Schülern?
– Drs 20/12459 –]**

Wer wünscht das Wort dazu? – Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie viel Platz bleibt Hamburgs Schülerinnen und Schülern? Das ist eine spannende Frage.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Prien, einen Moment bitte. Meine Damen und Herren! Wenn es die Aufmerksamkeit erhöht, können Sie gern den Saal verlassen. Ansonsten bitte ich um Konzentration auf die Rede von Frau Prien.

Karin Prien CDU (fortfahrend): Es ist immer noch eine spannende Frage, wie viel Platz Hamburgs Schülerinnen und Schülern bleibt. Diese Frage beschäftigt viele Eltern und viele Menschen in unserer Stadt, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit ganz konkreten Schulbau- und Wohnungsbauplänen und Maßnahmen, sondern auch abstrakt im Zusammenhang mit der Frage, wie wir eigentlich

mit der zunehmenden Verdichtung in unseren Stadtteilen umgehen wollen und mit der damit im Einzelfall einhergehenden Einschränkung von Lebensqualität. Und darf Wohnungsbau zulasten von Schulflächen und Schulen betrieben werden, insbesondere auch von Frei- und Sportflächen?

Leider ist es auch nach dieser Großen Anfrage so, dass der Senat, insbesondere die Schulbehörde, sowohl diese grundsätzliche Debatte als auch die konkrete Beantwortung von Fragen im Hinblick auf Planungen an konkreten Schulstandorten verweigert. Die Große Anfrage, die wir debattieren, bietet insoweit auch keinen neuen Erkenntnisstand, sondern es ist so, wie es seit nahezu drei Jahren in dieser Frage ist: Sie mauern, Herr Senator Rabe. Sie verweigern sowohl dem Parlament als auch der Öffentlichkeit die Möglichkeit, über konkrete Schulflächenreduzierungen frühzeitig und angemessen zu diskutieren. Eine Einbeziehung der Eltern und der Schulgremien in die Entscheidungen wird systematisch verhindert, und auch die Bezirke haben nicht die Möglichkeit, Entscheidungen über konkrete Schulbaumaßnahmen im Gesamtzusammenhang zu fällen. Sie betreiben eine Salamtaktik. Die Überlegungen der Schulbehörde – ich hoffe zumindest, dass es die gibt – werden nicht angemessen in der Öffentlichkeit dargelegt und rechtzeitig berücksichtigt werden. Auch die Ergebnisse Ihrer wahnsinnig aufwendigen und teuren Vermessung der Hamburger Schulen liegen nach wie vor nicht auf dem Tisch. Sie haben sie mehrfach angekündigt, und mein Kollege Heinemann hat mehrfach nachgefragt. Sie waren schon für Anfang 1013 angekündigt, und jetzt haben wir sie immer noch nicht auf dem Tisch. Sie werten immer noch aus, Sie machen sich immer noch große Gedanken, vorlegen tun Sie nichts. Langsam aber sicher wird das Ganze zum Skandal.

(Beifall bei der CDU und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Mehr noch: Wenn einzelne Elternräte die Ergebnisse dieser Vermessungen gerne sehen wollen, wird ihnen dies verweigert. Da müssen Eltern den Weg über das Transparenzgesetz gehen und sollen dann Hunderte von Euro an Gebühren zahlen, damit sie über die Vermessungen an ihren eigenen Schulen unterrichtet werden. Das erreicht wirklich ein Maß an Lächerlichkeit und Intransparenz, das dieser wichtigen Frage nicht gerecht wird.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE* und *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

In der Großen Anfrage erfahren wir zum Beispiel auch, dass die Außenflächen in Ihrem großen Vermessungsprogramm gar nicht vermessen worden sind – ein aus meiner Sicht nicht nachvollziehbares Versäumnis.

(Karin Prien)

Wir wissen seit September 2012, dass die Schulbehörde sich zum Ziel gesetzt hat, 300 000 Quadratmeter Schulflächen zu reduzieren. Das immerhin haben Sie damals in die Drucksache hineingeschrieben, das haben Sie eingeräumt. Wie Sie das aber tun wollen, das erklären Sie uns nach wie vor nicht. Sie erklären auch nicht, nach welchen Kriterien und unter Beteiligung welcher Akteure Sie vorgehen wollen. Allenfalls nehmen Sie Bezug auf das sogenannte Musterflächenprogramm, das aber eigentlich nur eine behördeninterne Geschichte ist, die niemals in diesem Parlament und auch niemals in der Deputation beraten worden ist. Insofern ist es schon merkwürdig, wenn so wichtige Fragen auf Grundlage eines Programms behandelt und entschieden werden sollen, das in diesem Hause nicht ein einziges Mal zur Beratung angestanden hat.

Ich will Ihnen einmal an einem kleinen Beispiel erläutern, wie das dann in der Praxis läuft. Nehmen wir die Gorch-Fock Schule in Blankenese, eine Grundschule in meinem Wahlkreis. Da werden die Planungen für einen Ersatz- und Erweiterungsbau gemacht. Die schulischen Gremien werden beteiligt, im Bezirk wird beraten, in dieser Woche tagt der Bauausschuss zu diesem Thema. Aber das Thema Schulflächenverkauf, das gleichzeitig ansteht, was Ihnen hinter vorgehaltener Hand auch von allen Beteiligten bestätigt wird, ist weder Gegenstand der Beratungen im Bauausschuss noch Gegenstand der beantragten Genehmigungen oder Befreiungen im Bauverfahren. Dieses Thema wird einfach gar nicht behandelt. Wenn der Bau genehmigt ist, wird hinterher die Entscheidung über den Verkauf der Schulflächen getroffen. Die Eltern sind an dieser Entscheidung nicht beteiligt, die Schulgremien sind nicht beteiligt, der Bezirk ist nicht beteiligt. Insofern ist dann auch die Entscheidung über die eigentliche Schulbaumaßnahme auf einer Grundlage getroffen worden, die nicht die notwendigen Aspekte berücksichtigt. Wir halten dieses insgesamt außerordentlich intransparente Verfahren für nicht geeignet, dieses für Hamburgs Schülerinnen und Schüler und auch für viele Eltern wirklich wichtige Thema zu behandeln.

Meine Damen und Herren! Über das Optimieren von Raum- und Flächensituationen in den Schulen kann man gerne reden. Ich habe eben schon in Ihrer Presseerklärung gelesen, was Sie uns gleich erklären werden, dass Sie in Hamburg der größte Schulbauer aller Zeiten seien, dass, wo gehobelt werde, eben auch Späne fallen würden und Sie deshalb natürlich an der einen oder anderen Stelle ein bisschen optimieren und eben auch überflüssige Schulflächen verkaufen müssten. Herr Senator, wenn man das so offen kommuniziert und wenn man die Maßstäbe vorher öffentlich macht und diskutiert, dann kann man das gerne so machen. Wir laden Sie herzlich dazu ein, das endlich einmal zu

tun und mit Ihrer Geheimniskrämerei und dieser Salamtaktik aufzuhören.

Meine Damen und Herren von der SPD! Überweisen Sie die Große Anfrage an den Schulausschuss, dann sind wir gerne bereit, uns mit Ihnen über diese Fragen zu unterhalten. So, wie Sie es jetzt machen, ist es jedenfalls kein solides Regieren und keine gute Politik für Hamburgs Schülerinnen und Schüler. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Holster von der SPD-Fraktion.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich nehme gleich einmal ein Stichwort auf, das Sie eben genannt haben, Frau Prien: Optimierung. Ich würde das noch ein bisschen weiter fassen. Einige Schulen in Hamburg haben in der Vergangenheit sehr, sehr viel Fläche gehabt, es gab aber auch eine ganze Reihe von Schulen mit sehr kleinen Flächen, zum Beispiel die Schumacher-Bauten mit ihren kleinen Klassenräumen. Diese neue Vermessung, diese neue Gestaltung von Schulbau ist sozial gerechter und sie ist gut für die Stadt. – Jetzt könnt ihr klatschen.

(Beifall bei der SPD)

Eben hat auch keiner geklatscht. Das ist bei der Schuldebatte immer so; das Schicksal müssen wir teilen.

Den Vorwurf, dass die Eltern nicht ernst genommen würden, kann ich nicht so stehen lassen, Frau Prien. Ich stimme Ihnen aber in einem zu, dass es vielleicht an der einen oder anderen Stelle hakt und es auch Kommunikationsschwierigkeiten gibt.

(*Robert Heinemann CDU:* Mit der Beteiligung!)

Viele Ihrer Fragen, die Sie in Ihrer Schriftlichen Kleinen Anfrage gestellt haben, sind in der Großen Anfrage eindeutig beantwortet worden. An vielen Schulstandorten ist kein Wohnungsbau vorgesehen. An vielen Schulstandorten wird kein Grundstück und werden keine Klassenräume weggenommen; da sind eindeutige Daten in dieser Großen Anfrage vorhanden.

Dass es viele Überlegungen aus den Bezirken oder aus anderen Gremien gibt, wie man eine Schule vielleicht auch anders gestalten kann, muss man akzeptieren. Das ist manchmal eine große Gemengelage, aber am Ende muss die Schulbehörde entscheiden. Dort muss die Freigabe geschehen und nicht in irgendeinem Kämmerlein. Dort sind die Fachleute, die die Schulen dann auch entsprechend beraten können.

(Lars Holster)

Sie wischen am Rande einfach weg, was dort passiert ist, auch wenn Sie sagen, der Senator werde es sicher gleich präsentieren. Man kann es nicht oft genug sagen: Das ist ein einmaliges Schulbauprogramm. 320 Millionen Euro, das hat es bisher noch nicht gegeben. In diesem Tempo sind noch nie Schulkantinen gebaut worden. In diesem Tempo sind noch nie Schulen saniert worden. Und vor allen Dingen: In diesem Tempo sind noch nie Schulen gebaut worden. Das ist ein Erfolg in der Schulpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Dr. von Berg von den GRÜNEN.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie viel Platz wird den Hamburger Schülerinnen und Schülern noch bleiben, wenn der SPD-Senat seine Arbeit abgeschlossen hat? Ich befürchte, nicht mehr allzu viel. Wenn ich von Optimierung höre, dann würde ich gerne einmal wissen, wo optimiert wird. Das ist genau das, was Frau Prien gesagt hat. Herr Senator Rabe, Sie führen uns als Parlament, Sie führen die Hamburger Schulen, die Eltern und die Kinder wirklich hinter die Fichte. Das ist Geheimniskrämerei.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Bereits im April 2013 wurde mir in der Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage gesagt, die Vermessung sei abgeschlossen; das war vor anderthalb Jahren. Im Juni dieses Jahres habe ich nach den Flächenüberhängen gefragt, aber die Flächenüberhänge werden nicht verraten. Wenn ich also von Optimierungen höre, dann kann ich nur fragen: Wo wird denn nun optimiert? Ich wiederhole noch einmal: Hören Sie auf mit Ihrer Geheimniskrämerei. Wir als Parlament haben mindestens Transparenz erwartet, aber auf jeden Fall auch die Schulen, die Eltern und die Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Uns interessiert nicht, wie viele Quadratmeter die Schulen haben, wobei das natürlich auch wissenswert ist. Uns interessiert, welche Schlussfolgerungen der Senat daraus zieht. Wo wird denn nun gekürzt? Wo wird abgezwickelt? Welche Flächen werden für das Wohnungsbauprogramm zur Verfügung gestellt? Das ist doch das Relevante, und darüber erfahren wir genau nichts.

Und wenn ich jetzt schon wieder höre – ich habe es vorhin in der Pressemitteilung zum Schulbau gelesen, so viel Geld sei noch nie ausgegeben worden und noch nie sei in solch einem Tempo saniert worden, dann frage ich mich, ob Sie eigentlich einmal in die letzte Legislaturperiode geschaut ha-

ben. Wer hat Schulbau Hamburg denn auf die Füße gestellt?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber Sie haben doch nichts fertig gekriegt!)

– Herr Dressel, gucken Sie doch bitte einmal auf die Zeiten. Wir sind doch alle seriöse Politikerinnen und Politiker und wissen, in welchem Tempo was benötigt wird. Erst muss die Grundlage gelegt werden, dann kann geplant werden. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass das Defizit an Sanierung auch sehr schnell festgestellt und alles auf die Füße gestellt wurde.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ihr habt so lange gequasselt!)

Sie mussten nur noch umsetzen. Hören Sie doch bitte auf, sich wieder einmal mit den Kronen der letzten Legislaturperiode zu schmücken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – *Lars Holster SPD: Es musste doch alles umgeplant werden! Da war nichts fertig!)*

Und dann verschweigen Sie auch noch, dass die Schulen 10 Prozent mitfinanzieren müssen. Sie tun so, als ob das alles aus unserem Haushalt käme. Das stimmt nicht, die Schulen müssen 10 Prozent mitfinanzieren. Das ist verdammt viel Geld, und ich finde, das muss immer mit genannt werden. Und wie geht das? Indem man die Schulen allesamt vermisst und dann schön abzwackt. Das, was technokratisch nicht gebraucht wird, wird teilweise abgeschlossen, abgenommen, verkauft und verbaut.

(Lars Holster SPD: Ein Beispiel!)

Das ist eine technokratische Grundhaltung, die ich ganz scharf kritisiere.

(Zurufe aus dem Plenum)

– Nein, das hat mit Schöngesteigkeit nichts zu tun.

Wir haben es in den Schulen mit Kindern zu tun, auch mit Kindern im Ganztage, die acht und mehr Stunden in diesen Schulen sind. Wir haben es mit Inklusion zu tun. Und wir haben es in einer hochverdichteten Stadt damit zu tun, dass Kinder Freifläche brauchen. Kinder brauchen Platz zum Spielen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Da reicht das Musterflächenprogramm einfach nicht. Wenn ein Bio-Huhn 4 Quadratmeter hat und ein Kind 5 Quadratmeter, dann stimmt das doch hinten und vorne nicht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Super Vergleich!)

Ich habe gefragt, auf welcher Grundlage diese 5 Quadratmeter eigentlich errechnet wurden. Antwort: Eine technische Richtlinie von, halten Sie sich fest, 1983. Schlanke 31 Jahre ist diese Richtli-

(Dr. Stefanie von Berg)

nie alt, aber der Senat sagte mir, es gäbe keine neuen empirischen Studien, warum man mehr Platz brauche.

Meine Damen und Herren! Zeitgemäße Schulpolitik sieht zumindest für uns GRÜNE – und wie ich weiß, auch für die CDU und wahrscheinlich auch für die FDP – anders aus.

(Gerhard Lein SPD: Aber nur, solange Sie in der Opposition sind!)

Und wenn Sie uns jetzt noch einmal sagen, dass das überhaupt nicht stimme mit dem Wohnungsbauprogramm und dem Abzwacken von Flächen, dann verweise ich nur auf die Schule Rellinger Straße. Die haben sich ordentlich zur Wehr gesetzt und sind nun sozusagen von der Schippe gesprungen. Da gab es aber schon ganz konkrete Planungen. Von den Schulen Genslerstraße und Molkenbührstraße, das wurde auch in der Großen Anfrage abgefragt, weiß ich definitiv, dass schon Räume abgeschlossen sind, die eigentlich für das Ganztagsangebot gebraucht werden. Aber diese Räume sind jetzt abgeschlossen und dürfen nicht mehr benutzt werden, weil Miete gespart werden soll. Das ist für mich keine zeitgemäße Schulpolitik und kein Schulbauprogramm, das vom Kind her gedacht ist. Da muss ich mich wirklich fragen, wie viel Platz unsere Kinder in den Schulen noch haben werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau von Treuenfels von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich könnte man jede Debatte zur Schulpolitik damit beginnen, Herr Rabe, dass es bei Ihnen immer wieder an Transparenz mangelt. Sie wollen uns nichts sagen, Sie wollen den Schulen nichts sagen, Sie wollen es einfach nicht. Das zieht sich wie ein roter Faden durch Ihre Amtsführung. Egal, ob es um die Veröffentlichung der Abi-Noten geht oder die Ergänzung der Schulinspektionsergebnisse, relevante Eckdaten lassen Sie einfach gerne weg. Und so intransparent gehen Sie nun auch mit Informationen über Schulhöfe und Schulgrundstücke um: große Erhebung durch die Behörde, aber keine Informationen für die Betroffenen. Kein Wunder, dass die Gerüchteküche an vielen Schulen in dieser Stadt brodelt. Das kann man auch nicht schönreden. So ist es auch kein Wunder, das Lehrerkollegien und Elternschaft vielerorts immer besorgter werden, denn sie wissen nicht, ob an den Gerüchten nicht vielleicht doch etwas Wahres ist. Muss ein Teil des Schulhofs dem Wohnungsbau weichen? Müssen Räume wegen angeblicher Überkapazitäten aufgegeben werden, weil dringend Platz für Ganztage oder Inklusion – je-

der versteht das – notwendig ist? Ihre Informationsverweigerung, Ihr großes Schweigen, Herr Senator Rabe, trägt jedenfalls nicht zur Beruhigung der Situation bei, eher im Gegenteil.

(Beifall bei der FDP und bei Robert Heinemann und Karin Prien, beide CDU)

Die Antworten der Großen Anfrage zum Stand der Vermessungen und zu einzelnen Schulstandorten kann man dann auch so zusammenfassen: Nichts Genaues weiß man nicht. Dabei liegen die Ergebnisse der Vermessung aller Schulen bereits vor. Allerdings sind die offenbar zum Teil so ungenau, dass selbst Kellerräume mitberechnet wurden. Und so wird erst im Rahmen der Feinplanung von Baumaßnahmen für die einzelnen Schulen ersichtlich, ob diese rechnerisch zu wenig oder zu viel Fläche haben.

Dieser gesamte Vorgang ist leider mustergültig für das, was wir oft unter Ihrer Führung erleben müssen: unzureichende Planung, mangelnde Transparenz und vor allem fehlende Kommunikation.

(Beifall bei der FDP und bei Karin Prien CDU)

Dabei ist das nicht nur eine Frage des guten Stils – den könnte man eigentlich auch erwarten –, sondern es verletzt auch das gute Recht der Schulföfentlichkeit, informiert und einbezogen zu werden. Stattdessen erleben wir wieder einmal das Altbekannte – es langweilt so langsam –, nämlich die Wagenburgmentalität des Senats und seiner Behörde. Erst wenn der Protest vor Ort zu groß wird, wird gelegentlich ein Rückzieher gemacht. Herr Senator Rabe, Sie hören es von allen Seiten und wir würden uns freuen, wenn Sie es etwas ernster nehmen könnten: Eine seriöse Planung, eine ernstzunehmende Einbindung der Betroffenen, eine Informationspolitik und vor allen Dingen Kommunikation sehen anders aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Robert Heinemann und Karin Prien, beide CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Meine Damen und Herren! Die Flächen für den Wohnungsbau und die Flächen der Schulstandorte gegeneinander auszuspielen, ist ein großer politischer Fehler; das ist ein Desaster.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man eine Große Anfrage stellt, dann erwartet man Antworten. Sie haben völlig recht, Frau Prien, diese Drucksache kann man vorwärts und rückwärts lesen, es gibt so gut wie keine Antworten, es gibt nur Hinhaltetaktik. Sie haben darauf hingewiesen, dass dieser Senat die Eltern nicht ernst nimmt. Wenn ich diese Große Anfrage lese,

(Dora Heyenn)

dann muss ich feststellen, dass dieser Senat offenkundig auch die Abgeordneten nicht ernst nimmt. Die Informationspolitik dieses Senats ist auch ein Desaster, und da müssen Sie sich nicht wundern, wenn immer mehr Anfragen kommen, weil wir ums Verrecken keine Antworten bekommen und manchmal sogar falsche.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Robert Heinemann CDU, Dr. Stefanie von Berg GRÜNE* und *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Das, was Sie mit den Schulflächen vorhaben, ist nicht nur intransparent – ständig steht da "Prüfung noch nicht abgeschlossen" –, sondern Ihr Umgang mit dieser Thematik ist auch kurzfristig und kurzatmig. Es gibt aus unserer Sicht vier Gründe, warum man sich überhaupt nicht damit beschäftigen sollte, die Flächen an den Schulstandorten zu reduzieren. Da geht es nicht um Optimierung, sondern das ist eine Verschlechterung der Situation.

Erstens: Wir reden die ganze Zeit von Inklusion. Wenn wir uns in die Schulen begeben und uns das anschauen, dann wissen wir, dass Inklusion auch bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler – Frau von Berg hat darauf hingewiesen – natürlich auch mehr Bedarf haben an Bewegung in den Pausen, und dann kann man die Höfe nicht kleiner machen.

Zweitens: Viele Schülerinnen und Schüler sind im Ganztags von morgens um 8 bis 16 Uhr in der Schule. Wenn wir von Klassenfrequenzen von 19 oder 23 sprechen, dann reden wir von der Grundschule; in den Stadtteilschulen und in den Gymnasien liegen die Klassenfrequenzen immer noch bei 26, 27, 28 und 29. Wenn man den ganzen Tag in der Schule ist, dann braucht man auch Platz, einfach um sich zu bewegen und damit die Aggressionen nicht steigen. Die Entwicklung des Ganztags, die wir vom Ansatz her begrüßen – zwar nicht von der Qualität, aber vom Ansatz her –, erfordert auch mehr Platz für die Schülerinnen und Schüler und nicht weniger.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Drittens: Wenn ich mich recht entsinne, war es Bürgermeister Olaf Scholz, der vor mehr als einem Jahr vor dem Übersee-Club eine Vision für Hamburg entwickelt hat: Hamburg solle auf mehr als 2 Millionen Einwohner wachsen. Ich bin sicher, dass, wenn denn dieser Senat das schafft, nicht nur Rentnerinnen und Rentner kommen werden. Es werden auch viele Familien und Kinder kommen. Wir werden dann also auch wieder mehr Schulen und mehr Platz brauchen. Das jetzt zurückzubauen, um es hinterher wieder neu zu bauen, ist einfach ein Irrsinn. Das ist eine ganz kurzfristige Politik.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Viertens: Ich habe mit Interesse gelesen, dass Sie bei drei Schulen Flächen verkaufen wollen und es Verkaufserlöse gibt. Die CDU hat nachgefragt, wofür die Verkaufserlöse denn genutzt würden. Dann steht da doch tatsächlich, dass Schulbau Hamburg die Verkaufserlöse bekomme und Ziel sei es, dass Schulbau Hamburg schneller baue. Das wäre doch einmal etwas, wenn die schneller bauen würden. Das wäre eine echte Errungenschaft. Was man jetzt feststellen kann, ist, dass Schulbau Hamburg die Vorgaben nicht erfüllt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, vorher doch auch nicht!)

– Ich rede nicht von besser. Sie erfüllen die Vorgaben nicht.

Die Anzahl der Container, der sogenannten mobilen Klassenräume, nimmt ständig zu, und die Unzufriedenheit von Schulen, Lehrern, Schülerinnen, Schülern und Eltern mit Schulbau Hamburg nimmt auch immer weiter zu. Es wäre gut, wenn Schulbau Hamburg seine Aufgaben ernst nehmen und nicht darauf warten würde, dass es noch ein paar Euro mehr bekommt, um dann vielleicht schneller zu bauen, denn das halte ich für ein Gerücht.

Diese Geheimniskrämerei muss aufhören. Wir fordern, die Überlegungen zu beenden, an welchen Schulen man Flächen für den Wohnungsbau abknapsen kann. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Bevor ich Herrn Senator Rabe das Wort erteile, hätte ich die Bitte, dass sich die Gesprächsrunden vielleicht auflösen oder sonst nach draußen verlagern. – Danke schön.

Das Wort bekommt nun Herr Senator Rabe.

Senator Ties Rabe: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, der Schulbau ist von großer Bedeutung und das gleich aus mehreren Gründen. Zunächst einmal, weil wir in Hamburg steigende Schülerzahlen haben und schon allein deswegen etwas tun müssen. Zum Zweiten, weil wir durch eine ganze Reihe von Schulreformen die Schülerinnen und Schüler heute an Schulen haben, an denen sie früher nicht waren. Als Beispiel gilt die Stadtteilschule. Viele ehemalige Haupt- und Realschulen stehen leer, und die Schülerinnen und Schüler ballen sich an anderen Schulen, wo es kaum Platz gibt. Zum Dritten ist der Schulbau jahrelang von allen Senaten sträflich vernachlässigt worden. Daraus ist ein großer Sanierungsbedarf erwachsen. Insofern ist in der Tat viel zu tun. Tun, Frau von Berg, heißt aber auch, dass man Geld in die Hand nimmt und auch wirk-

(Senator Ties Rabe)

lich baut. Und wenn Sie glauben, dass die Gründung einer Einrichtung ein Problem beseitigt, dann muss ich Ihnen leider sagen, das ist noch nicht alles, das Problem ist beseitigt, wenn Schulen gebaut werden. An der Stelle hat dieser Senat die Aufgabe angenommen und die Mittel für den Schulbau dramatisch erhöht. Er baut in einer Art und Weise, wie es sie bisher in Hamburg nicht gegeben hat. Wir handeln und reden nicht.

(Beifall bei der SPD)

Gerne kann man das auch anhand von Zahlen überprüfen, ganz transparent. An der Stelle wundere ich mich, dass die Opposition diese Zahlen nicht wissen will und sie in ihren Schriftlichen Kleinen Anfragen nicht abfragt. 320 Millionen Euro haben wir im letzten Jahr in den Schulbau gegeben und auch ausgegeben, ein Rekordwert, den es noch nie in Hamburg gegeben hat. Die 300-Millionen-Grenze überhaupt zu überschreiten, war offensichtlich in der Vergangenheit völlig utopisch – ein Rekord für Hamburg, der erst recht deutlich wird, wenn man sich anschaut, was diejenigen, die jetzt scheinbar für den Schulbau kämpfen, selber in ihrer Zeit gebaut haben. Die Zahlen für 2002 bis 2010 – und da waren viele Parteien beteiligt – sind eindeutig. Im Jahresschnitt sind für den Schulbau unter der CDU-Regierung mithilfe von FDP und GRÜNEN damals 150 Millionen Euro ausgegeben worden. Das ist weniger als die Hälfte von dem, was wir heute ausgeben. Da liegt eben der Unterschied. Es geht nicht ums Reden oder darum, Institutionen zu gründen, sondern es geht ums Bauen. Das tun wir, Sie haben es zehn Jahre lang leider nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlson CDU*: Toll gemacht!)

Erst recht wundere ich mich, wenn ich das noch nachschieben darf, über die Verve insbesondere der CDU. Die geringsten Schulbauwerte in den letzten 14 Jahren sind ausgerechnet unter der Alleinregierung der CDU entstanden mit Werten von teilweise unter 120 Millionen Euro. Aber das nur am Rande, Frau Prien. Stellen Sie gern auch dazu Anfragen, wir würden sie gerne beantworten.

Dann würde ich gerne noch einmal darauf hinweisen, wie es in Zukunft weitergeht.

(*Olaf Ohlson CDU*: Ja, richtig!)

Dieser Senat hat auch im künftigen Haushalt vorgesehen, beim Schulbau nicht wieder lockerzulassen und in die alten Fehler zurückzufallen, sondern permanent bis 2019 jedes Jahr 300 Millionen Euro für den Schulbau der allgemeinbildenden Schulen und weitere 50 Millionen Euro für die Berufsschulen auszugeben. Das ist im Durchschnitt mehr als doppelt so viel wie in der letzten Dekade und zeigt, dass Bildung und schöne Schulen für diesen Senat ein Schwerpunkt sind. In der Vergangenheit

ist das leider nicht so gewesen, aber jetzt ist es ein Schwerpunkt geworden.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich brauchen wir Maßstäbe dafür, wo denn nun gebaut werden soll und wer ein Recht auf Zuwachs hat und wer nicht. Deswegen ist in der Tat eine Art Programm entstanden, um Maßstäbe festzulegen. Frau von Berg, 5 Quadratmeter – oh Gott. Ich weiß, mit Zahlen ist es nicht so ganz einfach, aber durchschnittlich ist für einen Hamburger Schüler allein schon eine Gebäudefläche von 12 Quadratmetern vorgesehen,

(*Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*: Das reicht nicht!)

was nicht immer so war. Ich erinnere mich daran, dass ich unter der Vorgängerregierung selber noch unterrichtet habe. Da hatte ich in Klasse 5a der Luisenschule 32 Schulkinder in einem Raum von 52 Quadratmetern. Ich will Ihnen gern sagen, wie jetzt die Maßstäbe sind: Für eine Grundschulklasse mit 19 oder 23 Kindern stehen 72 Quadratmeter plus 12 Quadratmeter Differenzierungsfläche zur Verfügung. Das sind 84 Quadratmeter – doppelt so viel wie das, was es bisher gab. Hier von Käfighaltung zu sprechen, ist wirklich abenteuerlich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Senator Rabe, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. von Berg?

Senator Ties Rabe: Aber gern.

Zwischenfrage von Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Herr Senator, ich redete von Freifläche. Sie kennen das Musterflächenprogramm mit Sicherheit genauso gut wie ich. Wie viel Freifläche, das heißt Schulhoffläche, steht jedem Kind zur Verfügung?

Senator Ties Rabe (fortfahrend): Das ist zurzeit noch nicht geregelt, das werden wir noch regeln, aber die Fünfquadratmetermarge ist dummes Zeug.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD*: Richtig!)

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass diese Maßstäbe überaus großzügig sind. Wir haben uns übrigens in anderen Bundesländern erkundet. Sie sind nicht nur im Vergleich zu den Maßstäben der Vorgängerregierung, sondern auch im Vergleich zu anderen Bundesländern in Deutschland offensichtlich einmalig hoch, einmalig spitze.

Ich möchte zum Schluss noch auf eines hinweisen. Es ist natürlich richtig, dass wir genau schauen, wo wir bauen wollen. Deswegen haben wir etwas getan, was die Vorgängerregierung angekündigt,

(Senator Ties Rabe)

aber leider nicht umgesetzt hat, nämlich alle Schulen einmal genau zu vermessen. Die Schulbehörde ist zwar der größte Immobilienbesitzer der Stadt mit vermutlich 2,6 Millionen Quadratmetern; ein präzises Aufmaß dafür hat es in der Vergangenheit aber leider nicht gegeben. In der entsprechenden Drucksache der Vorgängerregierung steht, das müsse man einmal machen. Solange man das nicht habe, würden die Zahlen geschätzt. Damit haben wir begonnen, und bei rund 2,6 Millionen Quadratmetern ist das nicht mal eben so erledigt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine erneute Zwischenfrage, diesmal vom Abgeordneten Heinemann?

Senator Ties Rabe: Auch das.

Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU: Herr Senator, Ihr Pech ist leider, dass man mittlerweile Aussagen immer sehr schnell nachlesen und nachprüfen kann. Musterflächenprogramm, veröffentlicht im Oktober 2011, also schon zu Ihrer Zeit:

"Die nutzbare Außenfläche sollte dabei so groß sein, dass pro Schülerin bzw. Schüler 5 m² zur Verfügung stehen."

Dummes Zeug?

Senator Ties Rabe (fortfahrend): Ja, es bleibt beim dummen Zeug. Wir haben das im Einzelfall überprüft und werden uns das noch einmal genau anschauen, und wir handeln auch noch nicht danach bei den 5 Quadratmetern Außenfläche.

(*Robert Heinemann* CDU: Das steht in Ihrem Gutachten! — Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Sie können sich erneut zu Wort melden.

Senator Ties Rabe (fortfahrend): Es bleibt dabei: Allein 12 Quadratmeter Gebäudefläche ist für Schülerinnen und Schüler im Moment der Maßstab fürs Handeln.

Wenn Sie ständig auf die Grundstücke zu sprechen kommen, dann möchte ich noch einmal an einem Beispiel aufzeigen, was dort zurzeit passiert. Die Grundschule Richardstraße in der Nähe der Schulbehörde ist zweizügig und soll entsprechend saniert werden. Ich habe mir den Standort angesehen. Diese Schule ist hoch angewählt, deshalb habe ich veranlasst, die Schule beim Umbau auf drei Züge zu erweitern. Eines Tages lese ich im "Hamburger Abendblatt", dass angeblich auf dem Schul-

grundstück gebaut werden soll. Wir brauchen eine Woche, um zu recherchieren, was dahinter steht. Dahinter steht, dass begeisterte Bezirkspolitiker beim Vorbeigehen gedacht haben, hier ist so viel Wiese, hier könnte man doch vielleicht etwas machen. Es sei Bezirkspolitikern durchaus gestattet, einmal nachzudenken, das will ich nicht in Abrede stellen, aber ich sage hier ganz offen: Wir hatten den entsprechenden Gremien und dem Bezirksamt schon sehr klar schriftlich mitgeteilt, dass die Schule sogar größer werde und wir jeden Grassalm brauchen, und selbstverständlich werde dort nicht gebaut. Nachdem wir das endlich raus hatten, haben wir die entsprechenden Zeitungen informiert. Das hat trotzdem nicht verhindert, dass ein paar Tage später in einer anderen Zeitung der gleiche Artikel noch einmal erschienen ist. Nachdem wir wieder interveniert haben, erschien der gleiche Artikel eine weitere Woche später in einer neuen Wochenzeitung, die für Hamburg berichtet, ohne dass jemand überhaupt auf unsere Fakten eingegangen wäre.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Sind wir der Kummerkasten, oder was? – *Finn-Ole Ritter* FDP: Erzähle das dem Pressesprecher!)

Wiederum eine Woche später gab es einen großen Kommentar in der derselben Zeitung, wie gemein es sei, Flächen entsprechend zu missbrauchen.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Hör mal auf zu schwälern! – *Finn-Ole Ritter* FDP: Die Presse soll endlich mal das Richtige schreiben!)

Die Wahrheit ist, dass wir an dieser Schule nichts, aber auch gar nichts von der Fläche haben wollen. Deswegen, Frau Prien, sind wir bei Ihrer Großen Anfrage auf alle von Ihnen genannten Beispiele sehr genau eingegangen und haben dargestellt, dass das für die meisten Schulen überhaupt nicht stimmt. Wenn Sie erzählen, dass wir überall an den Flächen herumknabbern, dann würde ich Sie schon bitten, das noch einmal genau nachzulesen. Die Flächen der Schulen werden vielleicht in größten Ausnahmefällen angeknabbert. Ich darf an dieser Stelle sagen, dass wir es bisher noch bei keiner einzigen Schule gemacht haben. Die Schule Rellinger Straße ist ein schönes Beispiel. Auch hier haben Begeisterte, die es überall in der Stadt geben darf, gesagt, wir hätten eine Idee, und am Ende liegt die Idee auf meinem Tisch. Bei der Rellinger Straße habe ich gedacht, das ist eine schöne Idee, aber wir machen das nicht, denn ich brauche in Eimsbüttel ebenfalls jeden Quadratmeter. Deswegen bitte ich Sie schon, nicht dauernd die Entscheidungen des Schulsenators mit dem, was in der Stadt erzählt wird, durcheinanderzuwerfen. Daher sage ich Ihnen nun sehr deutlich, dass wir uns natürlich um Optimierung bemühen, es aber bisher noch gar keine Flächenabgaben gegeben hat.

Zum guten Schluss darf ich auch noch darstellen, dass wir in Hamburg ein paar mehr Schülerinnen

(Senator Ties Rabe)

und Schüler haben. Es ist richtig – das schreiben wir in der Drucksache –, dass wir auch Gebäude abreißen werden, aber nur, weil wir an anderer Stelle neue Gebäude dazu bauen. Genauso ist es mit den Flächen. Herr Heinemann weiß es genau, und es könnte nicht schaden, das Frau Prien weiterzusagen. Es steht zwar dort, dass wir Grundstücke abgeben, aber nur, um den Zukauf von Grundstücken zu finanzieren, der übrigens mit Investitionskosten von durchschnittlich 5 Millionen Euro jedes Jahr dazu kommt.

(Zuruf von *Robert Heinemann CDU*)

Insofern geht es überhaupt nicht um ein Abgeben, sondern es geht darum, in einem Aufwuchsprozess an der richtigen Stelle Schule zu optimieren und dort zu bauen, wo es nötig ist, und nicht darum, Flächen zu behalten, die man nicht braucht.

Ich komme zum Schluss. Es wurde Zeit, dass wir in dieser Stadt mit dem Schulbau anfangen. Ich kann verstehen, dass Sie das aufregt, denn Sie haben das jahrelang versäumt, aber ich glaube, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden nicht wieder aufhören und in den nächsten Jahren doppelt so viel ausgeben, wie Sie es in der Vergangenheit getan haben, denn Schulbau ist uns sehr wichtig. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun der fraktionslose Abgeordnete Dr. Scheuerl.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Walter Scheuerl fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Senator Rabe, ich wollte mich bei dieser Debatte eigentlich gar nicht zu Wort melden, aber Ihre Worte eben waren dann doch so interessant, dass ich einiges davon kurz ansprechen möchte.

Erstens habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie sich in Sachen Schulbau als ein Opfer der Medien verstehen. Das ist bedauerndswert, aber in dem Fall, Herr Senator Rabe, sollten Sie über Ihren Sprecher und über Ihre Abteilung nachdenken. Sie beschäftigen einige Sprecher, und wenn es eine Woche dauert, um in Erfahrung zu bringen, auf welche Fälle sich ein Bericht in der Presse bezieht, dann fließen Steuergelder in Ihrer Behörde in falsche Personalressourcen.

(*Wolfgang Rose SPD:* Das ist ja peinlich!)

Zweitens habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie Ihr eigenes Musterflächenprogramm von 2011 auf Nachfrage als dummes Zeug, als dumm Tüch bezeichnen. Das haben wir inhaltlich schon früher

getan, aber dass Sie so polemisch darüber herziehen, ist bezeichnend.

Dass Sie schließlich drittens herablassend über Hamburger Bezirkspolitiker sprechen, indem Sie sagen, es sei ihnen gestattet, auch einmal nachzudenken, halte ich eines Senators der Freien und Hansestadt Hamburg für unwürdig.

(Beifall bei der FDP – *Wolfgang Rose SPD:* Sie müssen gerade über Herablassung sprechen!)

Viertens, damit komme ich zum Schluss, finde ich es überraschend, den Erfolg der Bautätigkeit eines Senats in Sachen Schulbau daran zu messen, wieviel Geld ausgegeben wird. Ein Bischof in Süddeutschland hat auch schon einmal viel Geld ausgegeben. Daran kann man doch aber bitte nicht messen, ob erfolgreiche Bautätigkeit im Sinne der Hamburger Schulen stattfindet,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja, können wir gerne mal umrechnen!)

sondern es ist doch entscheidend, wie viele Quadratmeter Unterrichtsräume, Nebenflächen, Grundstücksflächen entweder geschaffen werden oder ersetzt oder saniert werden. Heute Nachmittag erst hat Ihre Fraktion eine Pressemitteilung herausgegeben, in der von 320 Millionen Euro die Rede ist, die Sie ausgegeben haben. Wir könnten dazu nun natürlich mit Schriftlichen Kleinen Anfragen nachlegen, aber ich würde mir doch wünschen – vielleicht sagen Sie uns das zu, Herr Senator Rabe, oder Sie, Herr Dressel –, dass Sie die Öffentlichkeit in den nächsten Tagen darüber informieren, was genau im Sinne der Schulen mit dem Geld angestellt worden ist. Ich warte einmal eine Woche darauf und wenn nichts kommt, dann stelle ich eine Schriftliche Kleine Anfrage dazu. Dann haben wir noch etwas zum Herbst, aber ich würde es mir wünschen.

(Beifall bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP – Dr. Andreas Dressel SPD:* In dieser dicken Großen Anfrage, da steht das alles drin!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Scheuerl. — Das Wort hat nun Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Herr Senator Rabe, leider muss man Ihnen bescheinigen, dass Sie es mit der Wahrheit nicht sehr genau nehmen. Es ist unglaublich. Wir fragten Sie am 5. August danach, was Sie denn im Schulbau geleistet haben. Sie verweigerten die Antwort im Hinblick auf den Bericht, den Sie vorlegen wollen. Den Bericht haben Sie nun. Wir haben ihn noch nicht, und dann werfen Sie uns vor, wir würden uns nicht dafür interessieren, was Sie tun. Das ist einfach lächerlich und

(Karin Prien)

unredlich. Also bleiben Sie bitte zukünftig bei der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nun komme ich zur Schule Richardstraße. Wenn Sie das nächste Mal mit Ihren Mitarbeitern Probleme haben, derart, dass sie eine Woche brauchen, um herauszufinden, woher die Gerüchte kommen, dann kann ich Ihnen sagen, das stand im Wohnungsbauprogramm des Bezirks Wandsbek. Sie hätten vielleicht einmal nachdenken oder bei Ihren SPD-Bezirksabgeordneten nachfragen müssen.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Da muss er erst einmal nachdenken!)

Die haben das Thema nämlich ebenfalls auf die Tagesordnung gebracht. Das ist wirklich keine Glanzleistung Ihrer Behörde.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Warum ist denn so viel Unruhe in dieser Stadt? Warum steht denn alle zwei Tage irgendetwas in der Zeitung über irgendwelche Schulflächen, die Sie verkaufen wollen. Das ist doch nur deshalb der Fall, weil Sie diese Art von intransparenter Politik fahren, weil Sie Ihr eigenes Musterflächenprogramm als dummes Zeug bezeichnet haben, das übrigens niemand von uns gesehen hat, bevor Sie angefangen haben, damit zu arbeiten, das nie hier beraten wurde. Das sind also Ihre Kriterien für den Schulflächenverkauf? Na dann gute Nacht, Hamburg.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Prien. — Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/12459 an den Schulausschuss zu? — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/12459 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 33 auf, Drucksache 20/12430, Senatsmitteilung: Hamburger Strategie für freiwilliges Engagement und Stellungnahme zu den Ersuchen der Bürgerschaft "Hamburg 2020: Eine Freiwilligenstrategie für Hamburg" sowie "Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter – Gründung von Seniorengenossenschaften in Hamburg fördern".

[Senatsmitteilung:

Hamburger Strategie für freiwilliges Engagement (Engagementstrategie 2020) und Stellungnahme zu den Ersuchen der Bürgerschaft "Hamburg 2020: Eine Freiwilligenstrategie für Hamburg" (Drucksache 20/5856 vom 29. November 2012)

"Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter – Gründung von Seniorengenossenschaften in Hamburg fördern" (Drucksache 20/9880, Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 20/8471 vom 27. November 2013) – Drs 20/12430 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Müller von der SPD-Fraktion, Sie haben es.

Doris Müller SPD:* Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren und alle in Hamburg freiwillig Engagierten! Es ist mir eine große Freude, Ihnen das Konzept für die Hamburger Strategie für freiwilliges Engagement oder kurz die Engagementstrategie 2020 vorzustellen. In Hamburg gibt es mehr als 450 000 freiwillig Engagierte, die aus allen Stadtteilen, aus allen Generationen und Einkommensverhältnissen kommen, unabhängig welcher Nationalität und welcher körperlichen oder geistigen Fähigkeiten, und mit ihrem Engagement dafür sorgen, dass Hamburg in allen Bereichen lebenswerter ist.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Motive sind zum Beispiel Kontakt zu anderen Menschen, um gemeinsam etwas zu unternehmen, öffentliches Ansehen, sich zu qualifizieren und Kompetenzen zu erhalten und auszubauen, Mitbestimmung außerhalb politischer Wahlgänge im Gemeinwesen oder ganz einfach, ihren Mitmenschen zu helfen oder sie zu unterstützen. Allen gemeinsam ist der Wunsch, etwas Positives für ihre Mitmenschen, ihren Stadtteil und ihre Stadt zu bewirken. Um das zu erreichen, geben sie freiwillig das Wertvollste: einen Teil ihrer eigenen Lebenszeit, ihrer Energie und ihrer Fähigkeiten. Danke an jeden von Ihnen für alles, was Sie in dieser Stadt Gutes bewirken.

(Beifall bei der SPD und bei *Jens Kerstan GRÜNE*)

Im Ersuchen der Bürgerschaft aus Drucksache 20/5856 ging es darum, den Stellenwert des zivilgesellschaftlichen Engagements zwischen der erwerbs- und gewinnorientierten Wirtschaft und dem allgemeinwohlorientierten staatlichen Bereich zu stärken und zu unterstützen und auf Augenhöhe, bereichsübergreifend und ohne zu bevormunden die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Zugang zum Engagement möglichst einfach und barrierefrei ist. Der Dialog zwischen Zivilgesell-

(Doris Müller)

schaft, Staat und insbesondere der Wirtschaft, auf der die Strategie beruht, wird auch bundesweit mit viel Aufmerksamkeit verfolgt.

(*Ksenija Bekeris SPD: Und gelobt!*)

Es ist in Hamburg das erste Mal, dass so viele Gruppen aus völlig verschiedenen Bereichen gemeinsam daran gearbeitet haben, die Bedingungen für freiwilliges Engagement anzupassen, wo es nötig ist, zu verändern und insgeheim zu verbessern. Neben konkreten Handlungsempfehlungen konnten auch Verstärkungsmittel in Höhe von 137 000 Euro mobilisiert werden, um sie umzusetzen.

(Beifall bei der SPD – *Ksenija Bekeris SPD: Gut so!*)

Mein besonderer Dank gilt allen aktiv Beteiligten, die an dieser Entwicklung teilgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche der Strategie viel Beachtung von allen Interessierten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte stimmen Sie der Überweisung an den Sozialausschuss zu, damit wir dort ausgiebig diskutieren können, denn eine Strategie ist immer nur ein Teil. Es ist ein Diskurs, wie die Veranstaltungen gelehrt haben, der immer weiter geht, permanent.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank Frau Müller. — Das Wort hat Frau Dr. Föcking von der CDU-Fraktion.

Dr. Friederike Föcking CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun ist sie also da, die lange angekündigte Engagementstrategie 2020. Vor fast zwei Jahren wurde sie beantragt, fast ein Jahr lang haben etwa 200 Personen darüber beraten, es wurden Arbeitspapiere erstellt und das Ganze wurde sogar wissenschaftlich begleitet. In der Strategie steckt also viel ehrenamtliche Arbeit, und für dieses Engagement danken wir den Beteiligten ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und bei *Katharina Fegebank GRÜNE*)

Verfasst wurden die 40 strategischen Seiten allerdings von der Sozialbehörde. Damit kommt es wieder so wie bei vielen anderen Themen auch. Es gibt eine Aufgabe in der Stadt, die auch der Senat nicht einfach ignorieren kann, also sorgt er für einen Antrag der SPD. Dann wird ein langwieriges Verfahren mit vielen Beteiligten gestartet, große Erwartungen werden geweckt, und am Ende wird eine umfangreiche Drucksache geschrieben. Viel Text, wenig Inhalt, viele Prüfaufträge und Arbeitsgruppen, deutlich weniger konkrete Maßnahmen – damit ist das Thema abgehakt.

(*Jan Quast SPD: Jetzt freuen Sie sich doch mal!*)

– Das fällt mir halt ein bisschen schwer. Ich hatte mehr erwartet.

Dabei sollen gute Ansätze der Strategie – insofern freue ich mich doch, Herr Quast – gar nicht verschwiegen werden. Sinnvoll ist etwa die Förderung der Freiwilligenakademie, was zumindest für zwei Jahre geschehen soll. Ebenso sinnvoll ist es, dass nun zwei weitere Freiwilligenagenturen, nämlich die in Wandsbek und in Bergedorf, auch unterstützt werden sollen. Warum aber zwei so wichtige Agenturen wie das Freiwilligenzentrum und die Zeitspender auch künftig nicht öffentlich gefördert werden, bleibt unklar. Ansonsten wird in der Drucksache viel strategischer Dampf produziert. Zentral, heißt es etwa, sei der sogenannte Dialog zwischen Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft. Schließlich sollten doch Unternehmen für die Unterstützung des Freiwilligenengagements geworben werden. Und was macht der Senat? Er lässt bereits vorhandene Arbeitsgruppen fast aller Behörden noch etwas häufiger tagen. Hinzu kommen neue Gremien, die dann auch noch weiter beraten. Das ist sicher nicht verkehrt, aber konkret: Warum wurden nicht Wirtschaftsvertreter in geeigneter Form hinzugebeten? Was will die Stadt selbst mit ihren verschiedenen Unternehmen als doch große Arbeitgeberin tun, um das Freiwilligenengagement ihrer Beschäftigten zu fördern? Aufschreiben ist Silber, Handeln, lieber Herr Senator, wäre Gold.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wichtig ist auch die Anerkennung der freiwilligen Arbeit. Frau Müller hat das schon mit guten Worten getan. Hier soll etwa der Hamburger Nachweis zu einem aussagekräftigen Zeugnis ausgebaut werden. Das ist eine konkrete Maßnahme und zu begrüßen. Wenn es aber um die etwas bessere materielle Anerkennung geht, dann zieht sich die Stadt zurück. So war und ist beispielsweise die Gesundheitsbehörde nicht bereit, finanziell schlechter gestellte Mitglieder der Bezirksseniorenbeiräte mit etwas Geld für die eine oder andere Druckerpatrone zu unterstützen. Das wäre einmal etwas ganz Konkretes, aber wie gesagt, schreiben ist Silber, selbst entsprechend zu handeln wäre eben Gold.

Dazu gleich noch ein weiteres Beispiel. Die Strategie betont zu Recht, dass mehr Migrantinnen für das klassische Ehrenamt gewonnen werden sollen. Ausdrücklich wird die sogenannte interkulturelle Öffnung aller zivilgesellschaftlichen Organisationen gefordert. Dabei geht die Sozialbehörde aber nun sogar so weit, künftig jede Projektförderung von dieser Öffnung abhängig zu machen. Wie das funktionieren soll, bleibt unklar. Ist ein katholischer Verein interkulturell offen genug, wenn ein Teil seiner Mitglieder polnischstämmig ist? Muss sich jeder Naturschutzverein eine kleine Migrantinnenorgani-

(Dr. Friederike Föcking)

sation mit völlig anderem Ziel als Tandempartner suchen, um von der Stadt künftig Geld zu bekommen? Das ist eine entscheidende Frage, und hier müssen wir im Ausschuss dringend nachfragen, denn sonst wäre das ein Paradigmenwechsel.

Ich gebe Ihnen noch ein schönes praktisches Beispiel aus dem SAGA-Wohnquartier Großlohe in meinem Heimatstadtteil Rahlstedt. Dort haben sich Einwohner aus vielen Nationen aufgemacht, einen interkulturellen Gemeinschaftsgarten aufzubauen. Alles, was ehrenamtlich zu tun und klären war, wurde getan. Mehr Interkulturalität geht einfach nicht. Das Einzige, was fehlt, ist die Genehmigung des Bezirksamts Wandsbek, einen 10 Meter breiten Knick niederlegen zu dürfen, um einen Zufahrtsweg zu haben. Bis heute, nach vielen Monaten freiwilligen Engagements von oft sozial benachteiligten Großlohern, hat das Bezirksamt Wandsbek diese Genehmigung nicht erteilt. Schreiben, lieber Senat, mag Silber sein, Handeln wäre hier pures Gold.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Über ein Modell des Engagements möchte der Senat am liebsten nicht einmal reden, die Senioren-genossenschaften. Der Antrag, diese auch in Hamburg zu fördern, war nämlich eine Idee der CDU, und was die Opposition fordert, das kann man nicht wirklich gut finden und umsetzen.

(*Ksenija Bekeris SPD*: Das kennen wir doch irgendwoher!)

Daher wird es sich in der Drucksache auch sehr einfach gemacht. Man machte eine Internetrecherche. Das Ergebnis: So etwas brauchen wir in Hamburg nicht wirklich. Immerhin möchte man dann doch einen Info-Flyer drucken. Dabei war Ihre Recherche nicht einmal gründlich. Dass nun auch Sachsen als weiteres großes Bundesland dieses Modell fördern möchte, fiel genauso unter den Tisch wie die Tatsache, dass es diese Genossenschaften eben auch in Städten gibt. Eine Stadt wie Freiburg hat die SAGES, eine erfolgreiche Genossenschaft, schon seit vielen Jahren.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Wunderbar!)

Hier hat es sich der Senat zu leicht gemacht. Behauptet wird aber vor allem, dass es in Hamburg schon genug Hilfesysteme von und für Senioren gebe. Wozu dann noch Senioren-genossenschaften? In einer Stadt, meine Damen und Herren, wo der Anteil an älteren Menschen stetig zunimmt und in der diese Menschen möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben wollen, in einer solchen Stadt ist das schon eine bemerkenswert rückwärts-gewandte Zukunftsstrategie. Behauptet wird übrigens auch, dass es in Hamburg noch keine Senioren-genossenschaft gebe. Tatsächlich wurde gerade die erste in Hinschenfelde gegründet. Sie hat schon jetzt 60 Mitglieder. Statt solche positiven Beispiele freiwilligen Engagements nicht zur

Kenntnis zu nehmen, sollte die Stadt diese nach Kräften fördern und nicht nur in großen Papieren darüber schreiben, lieber Senat, sondern auch wirklich danach handeln. Das wäre eine Engagementstrategie 2020, die diesen Namen wirklich verdient.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Föcking. — Das Wort hat Frau Fegebank von der GRÜNEN Fraktion.

Katharina Fegebank GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben an verschiedener Stelle, auch in diesem Hause, häufiger über das Thema ehrenamtliches Engagement, bürgerschaftliches Engagement, freiwilliges Engagement und Freiwilligenstrategie gesprochen. Nun liegt uns tatsächlich das Dokument vor. Wie ich finde, ist es erst einmal ein geglückter Aufschlag, weil es die verschiedenen Initiativen, mit denen wir teilweise im Ausschuss diskutiert haben, aber auch die Akteure in der Stadt bündelt und noch einmal deutlich macht, welche Erwartungen, welche Bedürfnisse, vielleicht auch welche Probleme und Hürden die eine oder andere Zielgruppe hat, sich wirklich in voller und gleichberechtigter Teilhabe diesem noch relativ neuen Politikfeld zu widmen. Daher würde ich sagen, die Bündelung ist gut und geglückt. Gut ist auch, dass der Bedeutung freiwilligen Engagements in Hamburg Ausdruck verliehen wird. Tagtäglich setzen sich hier tatsächlich mehr als 450 000 Menschen – und das ist schon eine Zahl, die man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen kann, auch im Ländervergleich sind wir hier ziemlich gut aufgestellt – für das Gemeinwesen ein, verändern dieses und gestalten es. Das trägt diese Drucksache in sich und nimmt es zur Kenntnis. Das ist erst einmal positiv.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig finde ich auch, das bestätigen auch die Rückmeldungen, die wir im Laufe des Prozesses bekommen haben, dass man versucht hat, sehr früh die verschiedenen Akteure an einen Tisch zu bekommen, zu beteiligen, hinzuhören und daraus auch die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und in der Drucksache zu verarbeiten. Auch das finden wir ausdrücklich gut, genauso wie den Punkt der Anerkennung. Ich habe mich besonders darüber gefreut, auch wenn das wieder einmal nur ein Prüfungsauftrag ist, dass unser Antrag von vor ein paar Monaten, auch über eine Ehrenamtskarte nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins oder Nordrhein-Westfalens nachzudenken, zumindest aufgenommen wurde.

Ansonsten muss ich allerdings Frau Dr. Föcking recht geben, die in netter Art und Weise an konkreten Beispielen festgemacht hat, dass es natürlich auch das eine oder andere kritische Moment gibt.

(Katharina Fegebank)

Zum einen vermisse ich, und das ist auch etwas, was zum Beispiel vom AKTIVOLI-Netzwerk an uns herangetragen wurde, eine langfristige Vision oder Zielsetzung. Gerade wenn man von einer Freiwilligenstrategie 2020 spricht, dann kann man schon erwarten, anhand von konkreten Zielen oder Kennzahlen oder einer beschriebenen Vision, die sagt, wir wollen 2025 das Engagement noch um weitere 5 oder 10 oder 15 Prozent steigern, ein etwas mehr ambitioniertes Programm einzubringen. Das ist etwas, was ich vermisse. Es ist an der einen oder anderen Stelle nicht so ambitioniert, wie ich es mir vorstelle.

Dann kommen wir auch schon zur Frage der Beteiligung. Was auf der einen Seite sehr positiv ist, ist auf der anderen Seite kritisiert worden. Man sagt zwar, man spreche die Wirtschaft an, aber ich habe nicht so richtig den Eindruck, dass eine Bereitschaft der Unternehmen besteht, sich sehr aktiv einzubringen. Die habe ich noch nicht erkennen können. Das wollen wir auf jeden Fall im Ausschuss noch einmal thematisieren und Nachfragen dazu stellen.

Beim dritten großen Punkt geht es, glaube ich, wirklich darum, ob man den Mut hat, eine klare Präferenz für das Politikfeld Engagementpolitik zu setzen. Das ist nämlich eine Frage der Prioritäten. Frau Müller, Sie haben gesagt, es gebe Verstärkungsmittel. Wenn ich mir aber anschau, was eigentlich in einer solchen koordinierten Arbeit erreicht werden soll im Sinne von Ansprache und Einbindung von Migrantinnen und Migranten, Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren, Erwerbslosen, Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen – ich finde es ausdrücklich gut, dass es dazu so einen umfangreichen Passus gibt –, man dann aber alles auf die bestehenden Strukturen setzt und noch erwartet, dass zum Beispiel das Netzwerk gleichzeitig eine Inklusionsagentur wird, dann müssen diejenigen, die ohnehin schon viel machen, überproportional viel schultern. Dann sollte man sich wirklich überlegen – nun kommen wir zum lieben Geld –, ob es dem Senat so wichtig ist, hier eine Priorität zu setzen und tatsächlich noch etwas hineinzugeben, um dieses wichtige, weiter wachsende Feld, das wir doch alle fördern und stärken wollen, auch noch im politischen Handeln stärker zu machen. Das ist auf jeden Fall auch etwas, worauf wir in den Ausschusssitzungen genau sehen wollen. Der Ansatz ist also gut, aber ich hoffe, dass wir die Drucksache vielleicht an der einen oder anderen Stelle gemeinsam noch besser, noch konkreter machen können und vielleicht mit dem einen oder anderen Euro mehr ausstatten können, um dann weiter freiwillig gemeinsam engagiert für Hamburg zu agieren. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Fegebank. — Das Wort hat Frau Kaesbach von der FDP-Fraktion.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Papier verdient den Namen Strategie nicht. Laut Duden ist eine Strategie ein genauer Plan des eigenen Vorgehens, der dazu dient, ein Ziel zu erreichen, indem man diejenigen Faktoren, die in die eigene Aktion hineinspielen könnten, von vornherein einzukalkulieren versucht. Nichts davon trifft auf Ihr Papier zu, lieber Herr Senator Scheele. Das Papier ist gespickt mit Leitsätzen und Handlungsempfehlungen – meine Vorredner gingen schon darauf ein.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Die haben das auch schon mal gelobt!)

Das Aufführen von Zielen fehlt, und was als vermeintliche Ziele verstanden wird, ist im Grunde – ich benutze einmal die alte Redensart – alter Wein in neuen Schläuchen, denn bereits 2003 gab es ein umfangreiches Konzept unter dem Titel "Landesinitiative 'Hamburg engagiert sich'", in dem mit weniger Worten teilweise identische Handlungsansätze beschrieben wurden. Übrigens ist auf der Website Ihrer Sozialbehörde, Herr Scheele, die Landesinitiative "Hamburg engagiert sich" noch zu finden. Wenn man das vergleicht, dann könnte man meinen, das damalige Kuratorium unter der ehemaligen Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram sei immer noch eingesetzt – ich schicke Ihnen gern den Link zu – und das damalige eigenständige Referat "Bürgerschaftliches Engagement" würde noch bestehen. Statt dass der Senat nun aber die in der 2003 gegründeten Landesinitiative enthaltenen sinnvollen Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements übernimmt, verkauft die SPD fast gleiche Inhalte unter ihrem eigenen Etikett. Das nennt man ganz einfach Schummeln.

(Beifall bei der FDP)

Das hätten Sie sich auch einfacher machen können. Die Ressourcen, die in das Abschreiben des früheren Landesaktionsplans und in das neue Design des Strategiepapiers geflossen sind, wären in der Überprüfung der Zweckmäßigkeit einer Ehrenamtskarte zum Beispiel wesentlich besser angelegt gewesen.

Hamburg braucht das Engagement von Freiwilligen. Ohne ihre Arbeit würde es viele Vereine und gemeinnützige Einrichtungen nicht geben. Unsere Gesellschaft wäre ärmer an Möglichkeiten und Chancen. Dieses Engagement muss unterstützt und ausgebaut werden. Sowohl der Freiwilligen-survey von 1999 als auch der von 2009 haben ungenutzte Potenziale aufgezeigt. Viel mehr Menschen würden und könnten sich engagieren. Die-

(Martina Kaesbach)

ses Potenzial wurde aber bisher nur unzureichend abgerufen, unter anderem, weil es bisher an einer intensiveren Vernetzung aller Akteure mangelte. Das hatte auch schon die Landesinitiative von 2003 festgestellt und eine stärkere Vernetzung gefordert. Lieber Herr Scheele, seit Ihrem Amtsantritt hätten Sie nun Zeit gehabt, das zentrale Engagementportal weiterzuentwickeln und stärkere Beteiligungsmöglichkeiten für Migranten, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit schwachem Bildungs- und Erwerbsstatus zu schaffen. Diese Zeit haben Sie leider ungenutzt verstreichen lassen,

(Beifall bei der FDP)

nur um sich jetzt selbst für etwas zu loben und loben zu lassen, was in ähnlicher Form bereits existierte und keiner Neuerfindung bedurfte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein wichtiger Punkt fehlt bei dem Konzept – auch das wurde von Frau Dr. Föcking schon angesprochen –, nämlich die Einbindung der gesamten Hamburger Wirtschaft. Zivilgesellschaftliches Engagement hat eine Vorbildfunktion, die gerade Kammern und Unternehmen bereichern könnten. Der Arbeitgeber kann für die persönliche Entscheidung des Arbeitnehmers, sich zu engagieren, motivierend wirken, diese fördern und unterstützen. Vielen Freiwilligen ist bereits bekannt, dass sie durch ihr Engagement wertvolle Zusatzqualifikationen erwerben können, die ihnen auch im Arbeitsalltag von Nutzen sind. Aber ist das auch den Arbeitgebern bekannt? Wie verhalten sie sich gegenüber dem Engagement ihrer Arbeitnehmer? Wie können sie als Motivator genutzt und gewonnen werden? Hier sollte man das Konzept noch verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Worüber ich beim Lesen des Papiers gestaunt habe, und da geht es mir genauso wie Frau Dr. Föcking, ist die geplante Verknüpfung der Vergabe von Projekten mit dem Umfang der interkulturellen Öffnung des jeweils sich bewerbenden Trägers. Das ist wirklich abenteuerlich und erinnert an Quoten. Warum nicht auch eine Vorschrift für den Anteil an Frauen im Vorstand des jeweiligen Trägers oder Menschen mit Behinderung? Die interkulturelle Öffnung und Gewinnung von Migranten für das Ehrenamt ist ein hehres Ziel. Dieses Ziel kann und darf aber nicht mit Zwang verbunden sein und erreicht werden. Dadurch werden künstliche Hindernisse aufgebaut, die für manche Organisationen nicht überwindbar sind und zu einem Ende ihres Engagements führen können.

Wie man sieht, haben Sie weder Ziele noch zielführende Ideen in Ihrer Engagementstrategie benennen können. Ich bin gespannt auf die Diskussion im Sozialausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Kaesbach. – Das Wort hat Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wurden schon viele Punkte angesprochen.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Eigentlich alle!)

– Es ist immer schwierig, wenn man die letzte Rednerin ist und dann alles wiederholen soll.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Ich kenne das, ich teile das Leid!)

Das möchte ich aber nicht tun, sondern will nur auf vier wichtige Punkte eingehen. Das ist einmal das Thema Migrantenorganisation. Gut finde ich hier, dass die Forderung mit aufgenommen wurde, sprich hier auch eine Einbeziehung stattgefunden hat. Inwieweit das passiert ist, kann ich jetzt nicht beurteilen, aber ich finde es positiv, dass man sich hier nicht wieder die Frage stellt, warum so wenige Migrantinnen und Migranten in den klassischen freiwilligen Tätigkeiten aktiv sind, sondern die Forderung, hier einmal umzudenken, auch wirklich anerkennt und akzeptiert, warum es wichtig ist, dass Migranten sich auch in ihrer Community aktiv betätigen und dass dieses Engagement auch anerkannt wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Regina-Elisabeth Jäck SPD*)

Das Problem hierbei ist natürlich auch – ich habe es bereits in der Aktuellen Stunde gesagt –, dass die Migrantenorganisationen, die wirklich eine wichtige Arbeit für die Gesellschaft leisten, keine Fördergelder bekommen. Vor allem die kleineren Migrantenorganisationen sind davon betroffen. Sie müssen sich aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren, und das ist dann ziemlich problematisch.

Der andere Punkt ist das Thema Menschen mit Behinderung. Es wurde erwähnt, dass die Sicherstellung der Assistenzleistungen enorm wichtig ist, damit Menschen, die eine Assistenz brauchen, sich auch wirklich beteiligen können. Verantwortlich sind hier die Einrichtungen der Eingliederungshilfe, und mich würde im Ausschuss noch einmal interessieren, wie die Einrichtungen darauf reagieren, weil ich ein wenig den Eindruck habe, dass es da noch Barrieren gibt, die seitens der Einrichtungen nicht so überwunden werden können, wie wir es uns wünschen. Die Bereitschaft ist da, nur muss natürlich auch die Möglichkeit geschaffen werden, damit hier eine Partizipation von Menschen mit Behinderung stattfindet.

(Beifall bei der LINKEN)

Der dritte Punkt ist wichtig für meine Fraktion, das Thema Arbeitsmarktneutralität. Hier geht es uns darum, dass durch diese freiwillig geleistete Arbeit

(Cansu Özdemir)

keine regulären Arbeitsplätze ersetzt werden. Damals beim Zivildienst hatten wir solche Probleme; dort hat es nicht so richtig geklappt. Aus den Handlungsempfehlungen wird mir einfach nicht klar, wie diese Neutralität gewährleistet werden soll. Darin steht zwar, dass es ein Problem ist, aber mir wird nicht deutlich, wie diese Problematik aus der Welt geschafft werden soll.

Der vierte Punkt bezieht sich darauf – das ist auch die Kritik des AKTIVOLI-Netzwerks, das Papier haben sie an alle Fachsprecher/-innen geschickt –, dass es keine Kategorisierung in langfristige, mittelfristige oder kurzfristige Maßnahmen gibt. Hier fehlen, wie Frau Fegebank auch erwähnt hat, einfach Kennzahlen. Dasselbe Problem haben wir beim Integrationskonzept. Auch dort wissen wir nicht, welches Ziel wann erfüllt werden soll und welches Ziel irgendwann einmal messbar ist. Die Messbarkeit dieser Strategie fehlt total, aber wir werden im Ausschuss die Möglichkeit nutzen, diese Fragen zu stellen und zu diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Özdemir. – Das Wort hat Herr Senator Scheele.

Senator Detlef Scheele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Freiwilliges Engagement und die Übernahme von Ehrenämtern in Vereinen, Kirchen, Stiftungen und Initiativen ist für diese Stadt wie für das ganze Land von großer Bedeutung. Es sichert den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und schafft demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Ohne eine aktive Bürgergesellschaft wäre unsere Demokratie nur eine Hülse, nicht aber ein lebenswertes Gemeinwesen. Vor diesem Hintergrund hat sich der Hamburger Senat, unterstützt von einem entsprechenden Ersuchen dieses Hauses, dazu entschlossen, eine umfangreiche Strategie zur Förderung des freiwilligen Engagements zu erstellen. Die Engagementstrategie 2020, darauf ist hingewiesen worden, ist im Rahmen eines umfassenden Beteiligungsprozesses entstanden. Mehr als 300 Hamburger und Hamburgerinnen aus allen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere aus dem AKTIVOLI-Landesnetzwerk, den Gewerkschaften, aber eben auch aus den Verbänden der Wirtschaft, auch wenn das hier als mangelhaft kritisiert worden ist – daran kann man vielleicht etwas verbessern, das ist kein Problem –, haben sich an der Entwicklung dieser Strategie beteiligt. Allen Beteiligten, da will ich mich meinen Vorrednern anschließen, gilt der Dank für ihr ehrenamtliches Mitwirken an der Entwicklung einer solchen Strategie.

(Beifall bei der SPD)

Da wahrscheinlich die wenigsten der Beteiligten diesen Dank heute hören, werden wir am 15. Sep-

tember einen Senatsempfang als Dankeschön und Würdigung dieses Engagements für alle an der Entwicklung Beteiligten hier im Rathaus durchführen.

(Beifall bei der SPD)

Freiwilliges Engagement kann weder staatliche Aufgaben ersetzen noch kann das Engagement staatlich verordnet werden. Die Bereitschaft zum Engagement entsteht und wächst aus der Eigeninitiative der Menschen. Sie ist nicht selbstverständlich, sie muss gepflegt und unterstützt werden, und sie muss eben wertgeschätzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Aufgabe des Staates ist es, freiwilliges Engagement zu ermöglichen und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen freiwilliges Engagement anerkannt wird und sich entfalten kann. Freiwilliges Engagement, das will ich hier deutlich sagen, kann staatliche Aufgaben nur unterstützen und ergänzen. Die Regelaufgaben des Staates muss der Staat mit eigenem Personal und eigenen Einrichtungen in abgesicherter Form durchführen. Freiwilliges Engagement ist eine Ergänzung und ein besonderer Schatz, der staatliches Engagement unterstützt und aufwerten kann – mehr nicht, aber das ist schon viel.

(Beifall bei der SPD)

Woher kommt die Bereitschaft von Menschen, sich ehrenamtlich im Sportverein, bei der freiwilligen Feuerwehr, dem Katastrophenschutz, in Initiativen oder Stiftungen zu engagieren?

(*Finn-Ole Ritter FDP: Oder Parteien!*)

– Oder in Parteien, das stimmt.

Die besten Antriebsfedern für freiwilliges Engagement sind meiner Auffassung nach die Freude am Leben, die Lust auf eine lebendige Gemeinschaft mit anderen Menschen und die Begeisterung fürs Mitgestalten der eigenen Lebenswelt und des Umfeldes. Aus meiner Sicht ist der wichtigste Aspekt des Ehrenamts der Wunsch, selbst etwas zu gestalten und bestimmen zu können und diesen Wunsch so auszugestalten, dass er in dem Bestreben, dabei anderen zu helfen, auch immer wieder auf seinen Ursprung des bürgerschaftlichen Engagements zurückgeführt wird. Diese Form des freiwilligen Engagements ist ein Ausdruck von Freiheit und einer vom Staat unabhängigen Solidarität, denn das Gemeinwohl lebt vor allem von der Kreativität, der Initiative, den Ideen und dem freiwilligen und unentgeltlichen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger in Kirchen, Organisationen, Verbänden, Vereinen, Stiftungen, Gremien und eben Einrichtungen.

Umso entscheidender ist es daher heute, dem Ehrenamt, der Freiwilligenarbeit und der gelebten Solidarität der Bürgerinnen und Bürger mehr Gewich-

(Senator Detlef Scheele)

zung, Anerkennung und Wertschätzung zuteilwerden zu lassen. Es ist bemerkenswert, eine der Vordnerinnen hat es gesagt, dass sich in Hamburg rund 450 000 Menschen ehrenamtlich engagieren, bürgerschaftlich betätigen oder in der Selbsthilfe aktiv sind. Ihnen allen gebührt der Dank dieses Hauses und des Senats.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Was sind nun die konkreten Themen der Engagementstrategie 2020? Zunächst wendet sich die Strategie, auch darauf ist hingewiesen worden, an drei Akteure: an die Zivilgesellschaft als diejenigen, die unterstützt, aufgefordert und wertgeschätzt werden sollten, an den Staat selbst und eben an die Wirtschaft. Diese drei Akteure machen das aus, was wir in dieser Engagementstrategie auf den Weg bringen wollen. Die Strategie will neue Zugangswege schaffen, die bestehende Engagementförderung in Hamburg überprüfen und Wege aufzeigen, wie insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen, bildungsfernen Menschen und Arbeitslosen die Zugangswege in das freiwillige Engagement verbessert werden. Ich habe vor zwei Monaten zu 50 Jahre freiwilliges soziales Jahr beim Deutschen Roten Kreuz in Blankenese eine Rede gehalten und mich mit den jungen Leuten unterhalten, die da das FSJ machen. Darunter war niemand, der kein Abitur hatte. Das ist in Ordnung, aber wir müssen auch die Zugangswege für diejenigen eröffnen, die nicht den höchsten Bildungsabschluss in dieser Stadt haben, weil es auch eine Fortbildung ist, in solchen Zusammenhängen mit anderen sozialen Gruppen zusammenzuarbeiten, und auch darum soll es in dieser Engagementstrategie gehen.

(Beifall bei der SPD)

Die Freiwilligenagenturen spielen dabei eine bedeutende Rolle. Dementsprechend haben wir die Arbeit der Freiwilligenagenturen und ihre Aufgabenwahrnehmung abgesichert und ihre Förderung ausgeweitet. Die bestehenden zehn Hamburger Freiwilligenagenturen sind ganz unterschiedlich aufgestellt. Die Einrichtungen weisen je nach den finanziellen Möglichkeiten der Träger oder Verbände unterschiedliche personelle und ausstattungs-mäßige Rahmenbedingungen auf. Seit 2011 wurden drei Freiwilligenagenturen durch die Sozialbehörde gefördert. Diese Einrichtungen decken drei Bezirke ab, in denen es zuvor keine gab, und zwei weitere werden jetzt noch folgen, nämlich in Hamburg-Nord und in Eimsbüttel.

(Olaf Ohlsen CDU: Genau!)

Diese drei Freiwilligenagenturen und die neu dazukommenden werden auch in Zukunft gefördert. Die beiden dazukommenden sollen dazu führen, dass das Netz jetzt flächendeckend vernünftig ausgebaut wird. Alle Freiwilligenagenturen können wei-

terhin von meiner Behörde zusätzlich anlassbezogene Projektförderung für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit oder Fortbildung erhalten. Um die stadtteilbezogenen niedrigschwelligen Angebote zu fördern, werden von meiner Behörde ebenfalls Haushaltsmittel bereitgestellt. Damit sollen vor allem bestehende Einrichtungen motiviert werden, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Zielgruppen Modelle und Projekte zu erarbeiten, wobei der aufsuchenden Information und Beratung ganz besonderes Gewicht zukommen soll.

Wir unterstützen, das will ich als Letztes sagen, die Weiterentwicklung zweier Internetportale. Da geht es einmal um das bessere Auffinden von Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren. Das ist wichtig, aber noch wichtiger finde ich das neue Internetportal, mit dem man sich Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote suchen kann, um sich besser auf die Freiwilligenarbeit vorzubereiten beziehungsweise um zu erfahren, wie man das, was man gerade freiwillig tut, noch besser machen kann, weil es ein vernünftiges Fortbildungs- und Kommunikationsangebot gibt.

Ich glaube, dass wir im Ausschuss eine vernünftige und spannende Diskussion darüber führen werden. Darauf freue ich mich, denn im Grunde ziehen wir alle an einem Strang. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Senator Scheele. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/12430 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 7, Drucksache 20/11896, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Innovationshauptstadt für Europa – frische Ideen für den Standort Hamburg.

[Große Anfrage der SPD-Fraktion: Innovationshauptstadt für Europa – frische Ideen für den Standort Hamburg – Drs 20/11896 –]

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Die Fraktionen sind übereingekommen, auf diese Debatte zu verzichten. Wir kommen damit direkt zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/11896 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen?

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

tungen? – Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen worden.

Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 105, Drucksache 20/12585, Antrag der CDU-Fraktion: Fahre nie schneller, als dein Schutzengel fliegen kann.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Fahre nie schneller, als dein Schutzengel fliegen kann
– Drs 20/12585 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Auch zu dieser Drucksache haben die Fraktionen entschieden, keine Debatte zu führen. Wir kommen damit direkt zur Abstimmung.

Wer möchte sich einer Überweisung der Drucksache 20/12585 an den Innenausschuss anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen worden.

Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 107, Drucksache 20/12635, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Inklusion im Rahmen der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Inklusion im Rahmen der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen
– Drs 20/12635 –]**

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion wünscht es und hat es.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden morgen in der Aktuellen Stunde mit Sicherheit wieder Jubelmeldungen des SPD-Senats zu allen möglichen hervorragenden Zahlen und Quoten hören. Unter anderem werden wir auch hören, dass die Teilnehmerquoten bei GBS so enorm hoch sind. Das ist auch schön, allerdings hat diese Geschichte einen großen Pferdefuß, denn der ganze Nachmittag findet praktisch ohne Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf statt. Aber ein Ganztage ohne Inklusion kann für uns GRÜNE nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will es Ihnen noch einmal kurz erläutern. Die Quoten liegen je nach sozialer Lage im Durchschnitt zwischen 65 und 77 Prozent. Das ist ohne Frage hoch und das ist auch schön, aber in der Kernzeit am Nachmittag nehmen in ganz Hamburg

gerade einmal ungefähr 200 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf teil. Da kann man sagen, nun gut, so viele Kinder gebe es auch nicht. Das stimmt nicht, denn etwa 10 Prozent aller Kinder – je nach Rechnung – haben einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Der Senator rechnet da mit Sicherheit anders als wir und die Praktikerinnen und Praktiker.

Und wie sieht es aus mit der GBS-Quote? An den allermeisten Schulen null Prozent. Das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen. Wir haben es im Rahmen einer Großen Anfrage ermittelt. Das geht nicht. Wir haben uns gefragt, woran das eigentlich liegt. Wir haben mit Eltern und auch mit Trägern und Schulen gesprochen und herausgefunden, dass es einfach daran liegt, dass die Bedingungen so schlecht sind. Die Eltern trauen diesem System schlicht nicht, denn sie wissen, dass es nicht nur Probleme mit der Abrechnung gibt – die Träger haben Schwierigkeiten, die Kosten abzurechnen –, sondern auch wenig zusätzliche Ressource für den Nachmittag. Und vor allen Dingen spüren sie, dass keine Konzepte und auch keine Qualitätsstandards vorliegen. Das ist das wirklich Entscheidende für die Eltern. Sie merken, dass diese beiden Dinge, Konzepte und Standards, fehlen. Wie wirkt sich das aus? Wir haben nicht genügend qualifiziertes Personal. Wir haben keine oder nur sehr wenige inklusive Angebote. Wir haben im Prinzip keine Rückzugsbereiche für die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Wir haben häufig eine mangelnde Barrierefreiheit, und auch bei der Schulbegleitung am Nachmittag kann man nur sagen, Fehlanzeige, wie wir in den Sommerferien mehrfach lesen konnten. Das ist für uns nicht hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben allen anderen Maßnahmen wie zum Beispiel Rückzugsbereichen – wir haben eben schon lebhaft über den Schulbau gesprochen – brauchen wir aber vor allen Dingen Konzepte und Standards. Deswegen fordern wir in unserem Antrag, über den wir gerade debattieren, dass zum nächsten Schulhalbjahr ab Februar wenigstens Konzepte von allen Trägern und auch Standards vorliegen, um mit den Trägern gemeinsam zu verhandeln, wie eigentlich ein inklusiver Nachmittag aussieht. Für uns reicht es nicht, wenn der Senat uns auf unsere Anfragen antwortet, das sei ein Entwicklungsbereich, da sei Potenzial und dergleichen mehr. Wir haben Inklusion jetzt, und unser Ziel ist, dass die Kinder auch jetzt am Nachmittag ein Anrecht auf Inklusion und Betreuung und Bildung haben sollen. Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn wir in der Ausschusssitzung über diesen Antrag beraten und gemeinsam daran arbeiten könnten, dass auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf am Nachmittag in der GBS tatsächlich gut aufgehoben sind. – Vielen Dank.

(Dr. Stefanie von Berg)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dr. von Berg. – Das Wort hat Frau Hanneken-Deckert von der SPD-Fraktion.

Ulrike Hanneken-Deckert SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Öffnung der Gesellschaft für Behinderte ist weiterhin eine große sozialpolitische Herausforderung. Dass Kinder mit Behinderung Aufnahme in den allgemeinbildenden Schulen finden, ist dabei von großer Bedeutung. Gerade beim Ausbau der GBS-Schulen legen wir besonderen Wert darauf, dass die Inklusion nicht nur im Unterricht am Vormittag stattfindet, sondern auch in der Nachmittagsbetreuung. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass heute bereits drei von vier Grundschulern die Ganztagsbetreuung in Anspruch nehmen. Die Zunahme der Anmeldezahlen um 20 Prozent innerhalb eines Jahres belegt eindrucksvoll, dass dieses Angebot angenommen und nachgefragt wird.

(Beifall bei der SPD)

Der massive Ausbau der Ganztagsangebote trifft damit die Wünsche von Eltern und Kindern. Auch wenn es an der einen oder anderen Stelle Anlaufschwierigkeiten gab, spricht dieser große Zuspruch für sich. Es ist eine großartige Leistung aller Beteiligten, und diese Arbeit verdient unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD)

Der vorliegende Antrag der GRÜNEN suggeriert, dass sich kaum Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Nachmittagsbetreuung befinden. Das ist schlicht nicht richtig. Man muss sich zunächst die Frage stellen, über welche Kinder wir hier eigentlich sprechen. Wir haben an unseren Schulen Schülerinnen und Schüler mit speziellen Förderbedarfen – geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, Sinnesbehinderung oder Autismus –, die auch für den Ganztagsbesuch erfasst werden und für die ein Träger für den Nachmittag zusätzliche Mittel erhält. Und wir haben Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarfen in den Bereichen Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung (LSE). Für diese Schüler bekommen die Träger eine systemische Ressource, also Mittel, die unabhängig vom Kind zur Verfügung gestellt werden und eine inklusive Pädagogik dauerhaft sicherstellen sollen.

In der Antwort auf die Große Anfrage der GRÜNEN beziehen sich die Zahlen auf Schülerinnen und Schüler mit speziellem Förderbedarf. Nur diese Förderbedarfe werden statistisch gesondert für den Nachmittag erfasst. Kinder mit Förderbedarfen in den Bereichen LSE gehören nicht dazu. Damit ergibt sich ein völlig anderes Bild als das, was hier dargestellt wird. Die Teilnahme der Kinder mit För-

derbedarf im Bereich der geistigen, körperlichen und motorischen Entwicklung am Nachmittag ist mit über 70 Prozent sehr hoch und zeigt, wie gut diese Kinder in den Nachmittag integriert werden.

(Beifall bei der SPD)

Vor allem zeigt sich hier aber auch, in welchem Umfang bereits heute die Angebote angenommen werden. Dieser große Zuspruch erklärt sich nicht zuletzt dadurch, dass es sich bei den Kooperationspartnern, die an den Schulen die Nachmittagsbetreuung übernommen haben, in der Regel um bewährte Träger handelt. Diese Träger verfügen bereits über Erfahrung mit integrativen Gruppen, die sie im Hort und in der Kita gesammelt haben. Darüber hinaus gibt es zusätzliche finanzielle Mittel, etwa für die Schulbegleitung, die ab diesem Schuljahr auch nachmittags eingesetzt werden soll. Hier stehen nunmehr rund 10 Millionen Euro zur Verfügung. In der Summe stehen deutlich mehr Mittel für die Inklusion zur Verfügung, als es in den früheren Horten der Fall war.

Vor diesem Hintergrund entbehrt der Antrag jeder Grundlage. Die umfangreichen Schulbegehungen – der Bericht wird in einigen Wochen vorliegen – haben Ihre Darstellung der Situation in keiner Weise bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Die GBS-Konzepte liegen vor. Die Zusammenarbeit mit bewährten Trägern sichert die inklusive Betreuung. Wir sehen es selbstverständlich als Regelaufgabe an, die Konzepte weiterzuentwickeln. In der Unterarbeitsgruppe zum Landesrahmenvertrag GBS in der Schulbehörde wird gemeinsam mit den Trägern das Thema Inklusion laufend behandelt. Hier werden konkrete Probleme und Aufgaben angesprochen und gelöst. Dies hilft den Standorten konkret in der Praxis. Standards für GBS werden aktuell erarbeitet. Gemeinsam mit den Trägern wird außerdem geschaut, wie die vorhandenen Fortbildungsmöglichkeiten im schulischen Bereich und in der Jugendhilfe genutzt werden können, um hier gemeinsame Weiterbildungen zum Thema Inklusion zu organisieren.

Meine Damen und Herren! Ich würde mir sehr wünschen, dass wir weiterhin gemeinsam das Thema Inklusion voranbringen. In diesem Fall müssen wir aber feststellen, dass der Antrag der GRÜNEN offensichtlich von falschen Voraussetzungen ausgeht. Wir können die Forderungen nicht nachvollziehen und lehnen den Antrag daher ab. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Hanneken-Deckert. – Das Wort hat Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Offensichtlich leben Sie, sehr geehrte Frau Kollegin, in einer anderen Schulwelt als wir und auch sehr viele Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen, die sich gerade in den letzten Tagen und Wochen an viele Abgeordnete gewandt haben. Ich bin empört über das, was Sie uns hier heute geboten haben. Ich halte Ihnen zugute, dass man Ihnen das aufgeschrieben hat, aber das hat mit der Realität am Nachmittag an den Hamburger Schulen hinsichtlich GBS nun wirklich nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels* FDP)

Wir führen heute keine grundsätzliche Inklusionsdebatte, und wir reden auch nicht grundsätzlich über den Erfolg von GBS. Wir haben in der Vergangenheit in vielen Debatten bereits deutlich gemacht, dass wir Ihre vorschnelle und qualitativ minderwertige Einführung sowohl von GBS als auch von Inklusion für falsch halten. Wir sehen unter anderem an diesem Beispiel, das die GRÜNE Fraktion in ihrem Antrag dankenswerterweise noch einmal auf den Punkt gebracht hat, wozu das führt.

Wir hatten gestern eine Anhörung im Schulausschuss zum Thema kulturelle Bildung – Sie waren nicht alle dabei –, und da war es sehr interessant, einmal zu erfahren, wie der Senator und seine Führungsmannschaft in der Behörde sich die Steuerung von Politik vorstellen. Man kann es eigentlich so zusammenfassen: Das wird schon, wenn wir nur ein bisschen zuwarten, dann wird das alles schon werden, man muss den Dingen halt Zeit geben.

(*Wolfgang Rose* SPD: So ein Quatsch! Sie waren in einer anderen Veranstaltung!)

– Herr Kollege, lassen Sie mich einmal ausreden. Sie können sich gleich gerne auch zu Wort melden.

Das kann man vielleicht im Zusammenhang mit der kulturellen Bildung so machen. Das ist nicht so schön für die Kulturschaffenden und die Kulturinstitutionen, und auch für die Schülerinnen und Schüler ist es nicht so richtig gut, aber da wird es vielleicht keinen so großen Schaden anrichten, könnte man denken. Aber im Zusammenhang mit Inklusion ist diese Haltung natürlich fatal, weil man hier den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, und zwar in allen Bereichen, auch bei den LSE-Kindern und bei denen mit besonderen Förderbedarfen, einfach nicht gerecht wird. Darüber hinaus, und das ist auch ein wesentlicher Aspekt, findet hier eine Überforderung der Erzieherinnen und Erzieher und auch der Träger statt, die diese Aufgabe, die ihnen nach Landesrahmenvertrag aufgebürdet wurde, gar nicht leisten können. Das hätte man sehen können, andere haben es auch

gesehen beim Abschluss des Landesrahmenvertrags. Es ist aus unserer Sicht wirklich ein Skandal, dass die Behörde an dieser Schnittstelle zwischen GBS und Inklusion nicht das Heft in die Hand nimmt, sondern die Dinge sich selbst überlässt. Da heißt es in der Beantwortung der Großen Anfrage der GRÜNEN zu diesem Thema, es handele sich um eine Entwicklungsaufgabe und es sei eine Struktur im Aufbau. Das ist gerade das, was ich im Bereich der kulturellen Bildung gestern auch gehört habe. Und es ist einfach unverantwortlich, das für diesen Bereich so zu handhaben.

(Beifall bei der CDU)

Jeder, der Kontakt in die Schulen hinein hat, weiß, dass sich gerade im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Schulbegleitung die Situation noch einmal deutlich verschärft hat, denn am Nachmittag kommt von den Schulbegleitungen leider sehr wenig an. Es reicht hinten und vorne nicht aus, gerade bei den LSE-Kindern. Auch dieses Programm, das Sie verkaufen, als sei es eine Neuerfindung, ist in Wahrheit ein Kürzungsprogramm. Ich habe mich vorhin gefragt, Herr Senator, ob Sie vielleicht einfach zu viel mit Bauen beschäftigt sind und sich deshalb nicht mehr hinreichend mit der Qualität Ihrer Maßnahmen befassen können. Das ist nicht gut.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Ritter von der FDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Zum Thema GBS möchte ich erst einmal kurz die Frage aufwerfen, woher die SPD ihre Sicht auf die Realität nimmt. Wir haben schon vorhin gehört, dass die Realität oftmals sehr stark von der Sichtweise der Senatoren oder der SPD-Fraktion abweicht. Das könnte vielleicht damit zu tun haben, dass man auch einmal außerhalb von Genossen-Runden mit Lehrern sprechen müsste. Wir tun das.

Herr Rabe hat vorhin gesagt, die Gründung einer Einrichtung reicht nicht aus, wir handeln, nur dann geht es weiter. Das war eine sehr starke Aussage, Herr Rabe. Jetzt übertrage ich das einmal. Sie haben eine neue Form eingerichtet, nämlich die GBS, und das Thema Inklusion vergessen oder von Anfang an nicht mitgedacht. So kommt es zu dem, was Frau von Berg angesprochen hat, dass nämlich die Eltern verängstigt sind und sich fragen, wie das mit der Inklusion abläuft und wie ihre Kinder an den Schulen betreut werden.

Wir haben an den Schulen nicht nur das Problem, dass es als Folge davon, dass Sie die Inklusion komplett auf die allgemeinbildenden Schulen verlagern, dort diese Schüler gibt, sondern hinzu kommt, was wir der Senatsantwort aus dem Antrag

(Finn-Ole Ritter)

der GRÜNEN – den wir, ich kann das schon vorwegnehmen, unterstützen – entnehmen können. Hier steht, wie Sie Inklusion definieren – Zitat –:

"[...] es handele sich um eine Entwicklungsaufgabe für die konzeptionelle Weiterentwicklung, um zum Beispiel das Wissen aus der pädagogischen Arbeit mit inklusiv zu beschulenden Kindern aus dem Vormittag in ein ganztägiges Gesamtsystem zu integrieren [...]".

Das heißt also, dass Sie gesagt haben, wir machen jetzt erst einmal GBS, damit wir sagen können, dass wir allen Schülern die Möglichkeit gegeben haben, den Ganzttag anzunehmen, und dann schauen wir, wie wir diese Kinder beschulen und betreuen können. Das ist, wie immer, der zweite Schritt vor dem ersten, und das machen wir einfach dauerhaft nicht mit.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Die Schüler sind nun einmal da, und wir haben jetzt schon – sprechen Sie mit den Leuten – Probleme mit der normalen GBS. Ich war, ich kann das Geheimnis lüften, einmal mit Frau Berg zusammen in Harburg.

(Zurufe aus dem Plenum: Hui!)

– Auf einer offiziellen Veranstaltung zum Thema GBS natürlich.

Da hat sich ein völlig anderes Bild von GBS gezeigt: keine Räumlichkeiten für das Mittagessen und so weiter. Wenn ich mir überlege, dass dann noch die inklusive Betreuung durchgeführt werden soll, dann graut es mir wirklich. Ich verstehe nicht, wo Sie Ihr Weltbild oder Ihre Realität herhaben. Vielleicht gehen Sie einmal in Schulen, in denen nicht nur Genossen arbeiten.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GRÜNEN haben einen Antrag zur Inklusion im Rahmen der Ganztägigen Bildung und Betreuung an den Schulen vorgelegt. Tatsächlich findet aber Inklusion in diesen Bereichen so gut wie gar nicht statt, und das ist nicht, wie gesagt wurde, von den GRÜNEN suggeriert, das ist das klare Ergebnis der Großen Anfrage. Dazu zwei Zahlen.

Erstens: Fast die Hälfte der Grundschulen, genau sind es 45 Prozent der 120 Grundschulen mit Ganztägiger Bildung und Betreuung, haben kein einziges – in Tüffelchen – Inklusionskind in der Kernzeit.

Zweitens: Insgesamt finden sich an allen 125 Grundschulen mit Ganztägiger Bildung und Betreuung nur weniger als 1 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Kernzeit. Man kann getrost sagen, dass die SPD mit den GBS-Schulen quasi inklusionsfreie Zonen geschaffen hat. Das gibt es sonst nur an den Gymnasien. Das ist ein Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Jetzt kommt Frau Hanneken-Deckert und sagt, die Zahlen stimmen alle nicht. Eines will ich Ihnen sagen: Wenn der Senator die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf für den Schulunterricht am Vormittag willkürlich herunterrechnet, um an der systemischen Zuweisung zu sparen, dann kann er das für GBS am Nachmittag nicht völlig anders rechnen, sodass dann plötzlich alle Inklusionskinder auch LSE-Kinder sind. So geht es auf keinen Fall; das ist das Allerletzte.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei *Robert Heinemann, Karin Prien, beide CDU, und Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Die Qualität von GBS muss eindeutig verbessert werden. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm Qualität am Nachmittag versprochen – ich zitiere –:

"Wir werden mit einer Qualitätsoffensive den Unterricht und die Bildungsangebote an allen Schulen verbessern."

Das hat offenbar nicht geklappt. Von den Schulpalästen redet sowieso schon keiner mehr. Ich mache es kurz und bündig: DIE LINKE unterstützt den Antrag der GRÜNEN.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – *Olaf Ohlsen CDU: Sehr schön!*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion hat jetzt das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn ich heute schon mehrfach am Rednerpult stand, was gerade auf meinem Weg nach vorne angemerkt wurde, so muss ich noch einmal etwas richtigstellen, damit wir als GRÜNE Fraktion nicht so dargestellt werden, als könnten wir die Zahlen nicht richtig interpretieren. Wir haben zwei Anfragen gestellt, eine Schriftliche Kleine Anfrage – da haben wir nach den Kindern gefragt, die tatsächlich einen speziellen sonderpädagogischen Förderbedarf haben – und eine Große Anfrage, in der wir, ich lese es gerne noch einmal vor, gefragt haben: "Wie viele Kinder davon mit sonderpädagogischem Förderbedarf [...]?" Das sind alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, also auch die sogenannten LSE-Kinder. Und wenn Frau Hanneken-Deckert

(Dr. Stefanie von Berg)

sagt, die würden nachmittags statistisch nicht geführt, dann muss ich Sie fragen, ob in der GBS der Nachmittag eigentlich weiß, was der Vormittag macht.

(Beifall bei *Robert Heinemann, Karin Prien, beide CDU, Dr. Anjes Tjarks GRÜNE* und *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Wir brauchen uns auch gar nicht über die Zahlen zu streiten; das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist – lesen Sie dazu bitte unseren Antrag –, dass es keine Konzepte gibt, meine Damen und Herren.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Es wird einfach Gutes getan!)

Das Entscheidende ist, dass es keine Standards gibt. Und genau diese beiden Punkte fordern wir ein.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Standard war früher, wir sind über den Standard hinaus!)

Dass die SPD das noch nicht einmal an den Ausschuss überweist, zeigt, dass Inklusion für sie keinen Stellenwert hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, also kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache 20/12635 an den Schulausschuss folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit hat die Überweisung keine Mehrheit gefunden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte dem GRÜNEN Antrag aus Drucksache 20/12635 seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit hat der Antrag keine Mehrheit gewonnen.

Wir sind am Ende unseres ersten Sitzungstags angelangt. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und einen schönen Feierabend.

Ende: 20.09 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordnete Dr. Melanie Leonhard